

Ab jetzt in einem Heft:
Deutschland-Rundbrief,
EU-Rundschreiben und punkt.um

umwelt aktuell



Informationen für Deutschland und Europa

Ob Brüssel Gesetze ändert, was in Berlin beschlossen wurde oder welche Brisanz eine neue Verbandsstudie hat – **umwelt aktuell** hält Sie auf dem Laufenden. Alles, was Sie als Profi oder Aktiver im Bereich Naturschutz, Umwelt und Nachhaltigkeit wissen müssen, finden Sie hier – kompakt und übersichtlich, Monat für Monat.

Die Rubriken

► Themen

Hier finden Sie Artikel zu den wichtigsten Entwicklungen. Wir analysieren die Hintergründe, befragen die Akteure und Expertinnen und benennen die Trends.

► Aktuell

Kurz und verständlich, nach Themenbereichen sortiert, werden Sie hier über das aktuelle Umweltgeschehen informiert.

► Verbände

Hier finden Sie Nachrichten zu den Aktivitäten der Verbände des Deutschen Naturschutzrings.

► Service

Mit unseren Rezensionen behalten Sie den Überblick über Fachliteratur und Internet. Dank der Termine verpassen Sie keine Veranstaltung mehr.

► ökopädNEWS

Neuigkeiten und Anregungen aus der Umweltbildung stellt die ANU für Sie zusammen.

Fragen? Anregungen?

Schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an!
Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung.

► Redaktion umwelt aktuell

DNR, Matthias Bauer, Juliane Grüning,
Prenzlauer Allee 230, D-10405 Berlin,
Tel. +49 (0)30 / 443391-82, Fax -80,
E-Mail redaktion@dnr.de

► AbonentInnenservice

oekom verlag, Stefanie Gritsch,
Tel. +49 (0)89 / 544184-25,
E-Mail gritsch@oekom.de

► Anzeigen

oekom verlag, Andrea Wolf,
Tel. +49 (0)89 / 544184-34,
E-Mail wolf@oekom.de

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	7
Globalisierung & Eine Welt	9
Klima & Energie	10
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	17
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Unternehmen	28

VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	37
UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung: Bildung und Klimaschutz	

THEMEN DES MONATS

Flugverkehr

Keine Höhenflüge fürs Klima

**Auf ihrer Vollversammlung ignoriert die Zivilluftfahrt-Organisation ICAO
erneut ihr Klimaschutzmandat**

Seite 2

EU-Meerespolitik

Umweltschutz wird über Bord geworfen

**Obwohl die Ökosysteme unter Wasser gefährdet sind, ist die EU weiter
aufseiten der maritimen Industrien**

Seite 4

EU-Agrarpolitik

Heiße Kartoffeln aus Brüssel

**Die Europäische Union stellt ihre Agrarausgaben auf den Prüfstand –
fördert sie auch mehr Umweltschutz?**

Seite 5

Interview: Fossile Energien

„Dinosaurier-Technik“

**Seit Monaten ist die Energiepolitik von Vattenfall in der Kritik – auch
wegen des Abbaus klimaschädlicher Braunkohle**

Seite 13

Flugverkehr

Keine Höhenflüge fürs Klima

Auf ihrer Vollversammlung ignoriert die Zivilluftfahrt-Organisation ICAO erneut ihr Klimaschutzmandat

Die Internationale Zivile Luftfahrtorganisation ICAO soll Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase im Flugverkehr beschließen. Seit zehn Jahren bereits. Auch auf ihrer diesjährigen Vollversammlung konnten sich die Mitgliedstaaten nicht einigen. Im Gegenteil: Mit ihrem Vorhaben, den Flugverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen, stand die EU alleine da. ■ VON WERNER REH, BUND

Vor zehn Jahren hat die Internationale Zivile Luftfahrtorganisation (ICAO) von den Vereinten Nationen den Auftrag erhalten, die klimaschädlichen Flugzeugabgase zu vermindern. Mit gutem Grund. Denn der Luftverkehr emittiert nicht nur das Treibhausgas Kohlendioxid. Auch andere Gase wie Wasserdampf oder Stickoxide wirken sich negativ auf das Klima aus, wenn sie von Flugzeugen in großen Höhen ausgestoßen werden. Laut Weltklimarat (IPCC) beträgt deren Wirkung das Zwei- bis Fünffache des CO₂-Ausstoßes. Zwar verursacht der Flugverkehr heute weltweit nur etwa 2,5 Prozent der CO₂-Emissionen. Doch seit 1990 stiegen sie um etwa 80 Prozent an, und auch zukünftig werden sie voraussichtlich um 3,5 Prozent jährlich wachsen.

Klimaschutzmaßnahmen verhindert

Nachdem sich die ICAO-Mitgliedstaaten zehn Jahre lang zu keiner Entscheidung durchringen konnten, stand das Thema auf der 36. Vollversammlung, die Ende September zu Ende ging, erneut auf der Agenda. Dabei ging es um den Einsatz marktwirtschaftlicher Maßnahmen, um die klimaschädlichen Flugzeugabgase zu verringern. Steuern und Abgaben waren bereits früher abgelehnt worden, einzig das Instrument des Emissionshandels ist noch möglich. Genau das bevorzugt derzeit die EU. Sie will den Luftverkehr in das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) einbeziehen – einschließlich aller Flüge aus Nicht-EU-Staaten, die auf europäischen Flughäfen landen oder starten. Die USA hatten allerdings schon vor der ICAO-Versammlung klar gemacht, dass

sie dies auf keinen Fall akzeptieren würden. So forderte die von den USA angeführte Koalition der Klimaschutz-Unwilligen dann auch, dass Fluggesellschaften aus Drittstaaten nur in den Emissionshandel einbezogen werden dürften, wenn diese ausdrücklich zustimmten, die dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten zu übernehmen. Dies würde faktisch die europäischen Fluggesellschaften, die durch die EU zur Teilnahme an dem ETS gezwungen werden könnten, benachteiligen. Für alle außereuropäischen Airlines bedeutete es aber einen Kostenvorteil.

Eine weitere – rein taktische – Finte der Klimaschutz-Verhinderer war die Forderung nach globalen und freiwilligen Maßnahmen. So verlangten sie freiwillige Ausgleichsmaßnahmen zur Neutralisierung von Emissionen, wie sie etwa die Lufthansa seit September anbietet. Außerdem wollten sie, dass die ICAO auch künftig die Zuständigkeit für Klimaschutz im Luftverkehr behalten müsse. Letzten Endes liefen alle diese Vorschläge auf eines hinaus: effektive Klimaschutzmaßnahmen zu verhindern.

ICAO: Lobby des Luftverkehrs

Die Koalition der Klimaschutz-Verhinderer war imposant. Kanada profilierte sich – obwohl es das Kyoto-Protokoll ratifiziert hat – als Musterschüler der USA. Weitere Staaten gesellten sich hinzu: China, Saudi-Arabien und Australien sind an erster Stelle zu nennen. Aber auch Japan, Sri Lanka oder Pakistan, Brasilien als Wortführer Südamerikas sowie Nigeria, der bevölkerungsreichste Staat Afrikas, traten der immer breiter werdenden Koalition bei. Selbst die karibischen Staaten, die

durch den Meeresspiegelanstieg besonders vom Klimawandel betroffen sind, sprachen sich nicht für effektive Klimaschutzmaßnahmen, sondern für eine ungehemmte Expansion des Luftverkehrs aus. Kein einziges außereuropäisches Land unterstützte den Ansatz der EU. Einmal mehr zeigte sich, dass sich die ICAO als Lobbyorganisation des Luftverkehrs versteht, die kein Interesse an effektiven Klimaschutzmaßnahmen hat. Dennoch oder gerade deshalb verlangten alle RednerInnen, die ICAO müsse auch künftig eine Führungsrolle bei Klimaschutzmaßnahmen innehaben.

Zwar gab es keine formelle Abstimmung. Aber die Redebeiträge der Delegationen zeigten, dass die Mehrheit der Vertragsstaaten einem Emissionshandelssystem nur auf der Basis eines gegenseitigen Einverständnisses zustimmen wollen. Drittstaaten dürften also nur mit ausdrücklicher Genehmigung in das ETS einbezogen werden. Dies führt zu Kosten- und Wettbewerbsvorteilen für die Fluggesellschaften, die keine Emissionslizenzen erwerben wollen und trotzdem die europäischen Flughäfen nutzen. Weiterhin riet die ICAO in ihrem Abschlussdokument den Mitgliedstaaten, „von einer unilateralen Einführung von Abgaben auf Treibhausgase abzusehen“.⁽¹⁾

EU bleibt standhaft

Die EU – vertreten durch Großbritannien, Frankreich, Deutschland und vor allem Portugal als amtierende Ratspräsidentschaft – legte formal einen rechtlichen Vorbehalt ein und stellte klar, dass und warum sie sich nicht an diesen Beschluss halten werde. In einer Erklärung legten

die Europäer ihre Gründe eindrucksvoll dar. Dabei verwiesen sie auf die dringend notwendigen ernsthaften Klimaschutzanstrengungen im Flugverkehr und zeigten, dass das EU-Emissionshandelssystem diskriminierungsfrei angelegt sei und gerade deshalb alle Drittstaaten in das ETS einbezogen werden müssten. Wenn die ICAO bei der Bekämpfung des Klimawandels im Flugverkehr eine Führungsrolle einnehmen wolle, so die EU weiter, dann könne sie dies nur durch den Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten wie den Emissionshandel tun. Die Geschlossenheit der EU war beeindruckend. Kein europäisches Land äußerte eine abweichende Meinung. Im Gegenteil: Der portugiesische Vertreter sprach auch für die Europäische Zivile Luftfahrtorganisation, der 42 Mitgliedstaaten angehören.

Seit nunmehr zehn Jahren versagt die ICAO bei der Erarbeitung von Vorschlägen, die die Treibhausgasemissionen des Luftverkehrs senken könnten. Positive

Entwicklungen sind auch in Zukunft nicht zu erwarten. Denn die ICAO hat sogar beschlossen, auf klare Ziele für die Reduktion von CO₂ zu verzichten. Einen entsprechenden Passus hat sie aus dem Abschlussdokument gestrichen. Stattdessen braucht die ICAO nach eigener Vorstellung nur „eine Vision für die Reduzierung der Treibhausgase zu entwickeln und diese in ICAOs eigene wirtschaftliche Planung und weitere Programme einzubeziehen“.

Klimaschutzmandat entziehen

Die Entscheidungen vom September werden erheblichen Druck auf das europäische Emissionshandelssystem ausüben. Es besteht jedoch eine gute Chance, dass die EU standhaft bleibt. Denn zeitgleich zu der ICAO-Versammlung hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments deutliche Verbesserungen an dem Entwurf der EU-Kommission, wie der Flugverkehr in den europäischen Emissions-

handel zu integrieren sei, vorgeschlagen. So sollen Emissionen des Flugverkehrs mit zwei multipliziert werden, um die höhere Klimawirksamkeit im Vergleich zu anderen Emissionsquellen zu berücksichtigen. Der zuständige Parlaments-Berichtersteller Peter Liese hat Recht, wenn er die UN auffordert, der ICAO das Klimaschutzmandat zu entziehen. Zehn Jahre Versagen sind genug.

Anmerkung

- (1) ICAO (Hrsg.): Market-based measures, including emission trading. Dokument A36-WP/355 vom 27.9.2007, Appendix L

Werner Reh ist Referent für Verkehrspolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz.

**Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 27586-435**

**E-Mail:
werner.reh@bund.net,
www.bund.net/verkehr**



Die Zeit ist reif!

Klimawandel geht uns alle an! Überschwemmungen, Dürreperioden und Krankheiten gefährden Millionen von Menschen, vor allem in den Entwicklungsländern. Wir müssen Druck machen, damit die Politik jetzt konsequent handelt.

Wenn auch Sie es satt haben,

- » dass der Klimawandel die Armen noch ärmer macht,
- » dass die Politiker von Klimaschutz reden, aber nur halbherzig handeln,
- » dass in Deutschland über 25 neue Kohlekraftwerke geplant werden,
- » dass die Regierung vor den Automobil- und Energiekonzernen einknickt, dann

Demonstrieren Sie mit uns für einen Aufbruch in der Klimapolitik!

Hunderttausende Menschen gehen am 8. Dezember weltweit auf die Straße. In Deutschland setzen wir das Startsignal für eine neue Klimaschutzbewegung.

Machen Sie mit!

Wann: Samstag, 8. Dezember 2007

**Wo: » Berlin, Brandenburger Tor
» Braunkohlekraftwerk Neurath (bei Düsseldorf)
» und weitere Städte**

Infos: www.die-klima-allianz.de



EU-Meerespolitik

Umweltschutz wird über Bord geworfen

Obwohl die Ökosysteme unter Wasser gefährdet sind, ist die EU weiter aufseiten der maritimen Industrien

„Blueprint“ heißt das im Oktober vorgestellte Aktionsprogramm der EU für die künftige Meerespolitik. Es sieht allerdings nicht so aus, als ob die EU damit die Ausbeutung der Meere verhindern will. Denn den Lebensraum Meer zu schützen hat im Blueprint keine Priorität. ■ VON NADJA ZIEBARTH, AKTIONSKONFERENZ NORDSEE

Der Zustand der europäischen Meere ist dramatisch: Die durch Schiffe verursachten Emissionen nehmen zu, Flussvertiefungen und Hafenausbauten gefährden ökologisch wertvolle Lebensräume, die Meere sind leer gefischt, die Offshore-Industrie bedroht Ökosysteme, Rohstoffe werden geplündert und gefährliche Chemikalien eingeleitet. Da unterschiedliche Wirtschaftszweige vom Meer abhängen und verschiedene Politikbereiche zuständig sind, versucht die Europäische Union eine Sektoren übergreifende Meerespolitik zu betreiben. Zu diesem Zweck hat sie eine öffentliche Konsultation zu ihrem Grünbuch Meerespolitik durchgeführt. Mitte Oktober stellte sie die Ergebnisse im Aktionsprogramm „Integrierte Meerespolitik für die Europäische Union“ der Öffentlichkeit vor.⁽¹⁾

Ein Ansatz, viele Schwächen

Das auch „Blueprint“ genannte Aktionsprogramm legt Leitlinien für die Meerespolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten fest. Politische und planerische Entscheidungen über die Offshore-Industrie, die Schifffahrt und die Fischerei sollen ebenso berücksichtigt werden wie die Forderung der Umweltverbände, die bestehende Fischereipolitik zu integrieren. Der Ansatz einer integrativen Meerespolitik ist ausdrücklich zu begrüßen. Das Blueprint zeigt aber nicht, mit welchen Instrumenten die Leitlinien umgesetzt werden sollen. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten für Schifffahrt, Fischerei sowie Klima und Energie bleiben weiterhin bestehen. Und genau diese haben bisher zur Ausbeutung der Meere geführt. Ein weiteres Manko des Aktionsprogramms ist seine Prioritäten-

setzung. An oberster Stelle steht, maritime Industrien zu stärken. So heißt es unzweideutig: „Das erste Ziel der integrierten EU-Meerespolitik besteht darin, optimale Bedingungen für eine nachhaltige Nutzung der Ozeane und Meere zu schaffen, um somit das Wachstum der maritimen Wirtschaft und der Wirtschaft in den Küstenregionen zu ermöglichen.“

Das Blueprint begreift sich als nachhaltiger integrativer Handlungsansatz von wirtschaftlichem Wachstum, sozialem Wohlstand und Umweltschutz. Diese drei Säulen in Bezug zueinander zu bringen, ist richtig, aber die Umsetzung ist unkonkret und ungleichgewichtig zu Gunsten des Wirtschaftswachstums. So wird der ökologische Erhalt der Meeresumwelt nur insoweit propagiert, als er zur wirtschaftlichen Nutzung des Meeres erforderlich erscheint. Die Meeresumwelt selbst hat im Aktionsprogramm keinen schutzbedürftigen Eigenwert. Der Umwelt- und Naturschutz muss aber als übergeordnetes Grundprinzip über sämtlichen Nutzungen und sozialen Ansprüchen stehen.

Instrumente richtig nutzen

Positiv hervorzuheben ist der Vorschlag der EU-Kommission, eine maritime Raumplanung für die Meere Europas einzurichten, um deren Nutzungen besser koordinieren und die Umweltfolgen kontrollieren zu können. Der Schritt ist richtig, weil die bestehenden Instrumente größtenteils auf eine Raumplanung zu Lande ausgerichtet sind. In vielen Fällen berücksichtigen sie mögliche Auswirkungen küstennaher Bauvorhaben auf das Meer nicht. Aber Raumplanung ist nur eine Maßnahme. Entscheidend für die Umwelt sind die Ziele

und damit die Bewertungen der Eingriffe. Hierzu bedarf es einer ambitionierten EU-Meeresrahmenrichtlinie, die sich explizit auf den Meeresumweltschutz bezieht. Die im Herbst 2006 veröffentlichte Richtlinie zur Meerespolitik befindet sich momentan im Abstimmungsprozess zwischen EU-Parlament und EU-Rat und wird voraussichtlich Anfang 2008 verabschiedet. Umweltorganisationen fordern darin klare Ziele für einen guten ökologischen Zustand der Meere, die dem Umweltschutz im Konflikt mit ökonomischen Nutzungen der Meere Gewicht verleihen sollen.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt könnten internationale Abkommen sein. Seit Jahrzehnten gibt es Konventionen zum Meeresschutz. So fanden seit 1984 internationale Nordseekonferenzen statt, die 2006 wegen des zunehmenden Einflusses der EU-Politik und damit mangelnder eigener Handlungsmöglichkeiten eingestellt wurden. Für den Nord-Ost-Atlantik ist mittlerweile die Konvention OSPAR (Oslo-Paris-Kommission) zuständig und für die Ostsee die Konvention HELCOM (Helsinki-Kommission). Beide haben Ziele formuliert, die die EU allerdings nicht in das Blueprint übernommen hat. So fehlt beispielsweise das sogenannte Generationenziel, wonach der Eintrag von gefährlichen Stoffen ins Meer bis zum Jahr 2020 auf Null zu senken ist. Die EU sollte ihre rechtlichen Möglichkeiten zur Umsetzung internationaler Meeresschutzabkommen intensiver nutzen und diese im Aktionsprogramm verbindlich verankern.

Schifffahrt benachteiligt

Das Blueprint attestiert der Schifffahrt, gegenüber anderen Verkehrsmitteln be-

nachteiligt zu sein. Die Kommission beabsichtigt, diese angebliche Benachteiligung zu beenden, obgleich sie ebenso die Luftverschmutzung und die CO₂-Emissionen der Schifffahrt als beunruhigend bezeichnet – ein deutliches Zeichen für die erfolgreiche Lobbyarbeit der Wirtschaft. Fakt ist, dass die Schifffahrt vielfach begünstigt wird. So werden Schiffsemissionen weder im Kyoto-Protokoll noch im Emissionshandel berücksichtigt. Reeder müssen keine Steuern für das als Schiffstreibstoff verwendete Bunkeröl bezahlen. Der Staat unterstützt die Hafenwirtschaft finanziell beim Ausbau von Häfen, Zufahrten und Hinterlandbindungen.

Die staatliche Unterstützung beschleunigt das Verkehrswachstum an Land weiter. Dabei scheint ein Verkehrskollaps in Europa ohnehin schon unvermeidlich, wenn die prognostizierte Zunahme des Verkehrs nicht gestoppt wird. Doch die

aus Wirtschaftswachstum und globalen Warenströmen resultierenden Gesundheits- und Sozialbelastungen vernachlässigt das Bluepaper ebenso wie die entstehenden Umweltschäden. Deshalb ist es dringend erforderlich, ein Konzept zur Verkehrsvermeidung in die Meerespolitik zu integrieren.

Wie geht es mit dem Aktionsprogramm weiter? Die EU-Mitgliedstaaten sollen im nächsten Schritt „nationale integrierte Meerespolitiken“ entwickeln, für die die EU-Kommission im nächsten Jahr Leitlinien vorschlagen will. Ab dem Jahr 2009 sollen die Mitgliedstaaten dann Jahresberichte über die Maßnahmen vorlegen. Dabei sind sie aufgefordert, die unterschiedlichen Stakeholder regelmäßig zu konsultieren, um Vorschläge zu diskutieren und bewährte Praktiken auszutauschen. Die Ergebnisse dieser Konsultationsprozesse sollen in die zukünftige Meerespolitik einfließen. Wie

dabei Interessenskonflikte zwischen Ökologie und Ökonomie bewältigt werden sollen, bleibt allerdings offen. Umweltorganisationen müssen in jedem Falle mit ihren Forderungen einbezogen werden, um eine wirklich nachhaltige und integrative Meerespolitik durchzusetzen.

Anmerkung

► (1) KOM (2007) 575 endgültig, Download: www.ec.europa.eu/maritimeaffairs

Die Meeresbiologin Nadja Ziebarth arbeitet bei der Aktionskonferenz Nordsee. Sie ist Vorsitzende des Dachverbandes „Seas at Risk“ in Brüssel.

Kontakt:
Tel. +49 (0)421 / 77675
E-Mail: nadja.ziebarth@aknev.org
www.aknev.org



EU-Agrarpolitik

Heiße Kartoffeln aus Brüssel

Die Europäische Union stellt ihre Agrarausgaben auf den Prüfstand – fördert sie auch mehr Umweltschutz?

Die EU steckt jährlich Subventionen in Milliardenhöhe in die Landwirtschaft. Im November veröffentlicht die EU-Kommission Vorschläge, wie diese zu reduzieren sind. Wichtig wäre es, die ökologische Bewirtschaftung zu fördern und den Gewässer- und Klimaschutz in die agrarpolitischen Ziele aufzunehmen. ■ VON TANJA DRÄGER DE TERAN, WWF

EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel hat zur Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) den Slogan „One vision, two steps“ geprägt. In Schritt eins sollen die Reformen von 2003 vollständig umgesetzt werden, in Schritt zwei sollen die Ziele und Instrumente der GAP grundlegend überprüft werden. Es scheint, dass Fischer Boel diesen Teil hinauszögern will, bis ihre Amtszeit vorüber ist und sie dieses konfliktreiche Thema an den nächsten Kandidaten abgeben kann. Erst 2009 soll über die langfristige Ausrichtung der GAP diskutiert werden – bei der Überprüfung des EU-Haushaltes. Dennoch stellt die Kommissarin im November im sogenannten Health Check 2008 vor, welche agrarpolitischen Änderungen der

EU vorschweben. Visionen wird man darin vergeblich suchen.

Gelder für ländliche Entwicklung?

Im Zuge der Agrarreform von 2003 führte die EU die Entkopplung der Finanzen ein. Mit dieser Trennung der Beihilfen von der Produktion sollen die Landwirte den Anreiz verlieren, durch mehr Erzeugnisse mehr Beihilfen zu bekommen. Inwieweit die entkoppelten Zahlungen in ihrer jetzigen Form noch zu rechtfertigen sind, stellt der Gesundheitsscheck der GAP nicht in Frage. Dennoch bleibt das Thema aktuell. Nach wie vor bemessen manche Mitgliedstaaten die Höhe der Zahlungen an ihre landwirtschaftlichen Betriebe nach

der Referenzmenge von 2002. Diese wird in Zukunft neu festzulegen sein.

2003 wurde auch die sogenannte Cross-Compliance-Regelung eingeführt. Sie sieht vor, Agrarsubventionen an die Einhaltung von Mindeststandards im Umwelt- und Tierschutz zu binden. Die Kommission will diese Regelung „vereinfachen und entbürokratisieren“. Aus Umweltsicht wäre dagegen eine Erweiterung des in der Cross Compliance festgelegten Anforderungskatalogs notwendig. So sollten zum Beispiel der Gewässerschutz – vor allem die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie – und der Klimaschutz in die Regelung integriert werden.

Nach dem Willen der Kommission sollen die Direktzahlungen pro Betrieb nicht ►

mehr unbegrenzt sein, sondern ab 2009 gekappt werden. Vorgesehen ist eine gestaffelte Kürzung: ab 100.000 Euro um zehn Prozent, ab 200.000 Euro um 25 Prozent und ab 300.000 Euro um 45 Prozent. Die Organisation farmsubsidy.org hat errechnet, dass dies Mittel in Höhe von etwa 550 Millionen Euro freisetzen würde. Rund 23.500 Empfänger wären betroffen. In Deutschland, vor allem in den neuen Bundesländern, würden ungefähr 5.300 Betriebe insgesamt 270 Millionen Euro weniger erhalten. Gemäß Health Check sollen die eingesparten Gelder zwar in den Mitgliedstaaten verbleiben, es fehlen jedoch konkrete Vorschläge, wofür die Mittel verwendet werden sollen. Damit die frei werdenden Mittel öffentlichen Gütern zugute kommen, fordern Umweltverbände, das Geld für die Entwicklung der ländlichen Räume zur Verfügung zu stellen. Wichtig ist hier, das Landmanagement zu verbessern und die Umwelt stärker zu schützen.

Reform in Zeitlupe

Ein weiterer Vorschlag im Health Check betrifft den sogenannten Modulationssatz. Das ist der Anteil der Gelder, die von der ersten Säule der Subventionen, den Direktzahlungen, in die zweite Säule fließen. Zu den Subventionen der zweiten Säule zählen unter anderem Agrarumweltprogramme, das Management der Natura-2000-Gebiete, Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete sowie die Förderung von Investitionen und Regionalvermarktung. Nach dem Willen der EU-Kommission soll der Modulationssatz ab 2010 um jährlich zwei Prozent steigen. Er läge dann 2013 bei 13 Prozent. Dadurch stünden der zweiten Säule im Jahr 2013 erheblich mehr Gelder zur Verfügung: EU-weit knapp 1,4 Milliarden Euro, in Deutschland 550 Millionen Euro.

Den Modulationssatz zu erhöhen ist ein richtiger, aber noch nicht ausreichender Schritt. In dem jetzt angestrebten, äußerst zögerlichen Tempo würden die Direktzahlungen erst im Jahr 2056 auslaufen. Angesichts der Tatsache, dass sich selbst Frankreich, das bisher die Direktzahlungen verteidigt, grundsätzliche Reformen

schon vor 2013 vorstellen kann, erscheint dies als Reform in Zeitlupe. Um den erweiterten Maßnahmenkatalog der zweiten Säule umsetzen zu können, sind weitere Mittel dringend erforderlich. Allein die Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft für das Management der Natura-2000-Schutzgebiete werden auf über drei Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Auch um die Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen beziehungsweise ihre Umweltziele zu erreichen, werden erheblich mehr Gelder benötigt als über den erhöhten Modulationssatz frei würden.

Nach Auffassung von Umweltorganisationen sollten ökologische und soziale Leistungen der Landwirte angemessen finanziell honoriert werden. Dass dies auf eine breite Zustimmung stößt, zeigt eine repräsentative Ipsos-Umfrage im Auftrag des WWF. 96 Prozent der Befragten gaben an, dass nur solche Bauern EU-Subventionen erhalten sollten, die umweltfreundlich anbauen und ihre Tiere artgerecht halten. 89 Prozent befürworteten eine finanzielle Honorierung für die Pflege der Landschaft oder wertvoller Naturschutzgebiete. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fließen bislang jedoch nur knapp zwei Prozent der Subventionen in Agrarumweltprogramme, die eine umweltfreundliche Produktion fördern.

Zu viele Nährstoffe im Wasser

Die EU-Kommission betont gern, dass Umweltbelange bei den Reformen der GAP vermehrt berücksichtigt würden. Für den Gewässerschutz sehen die Ergebnisse jedoch mager aus. Nach wie vor sind Nährstoffeinträge eine der Hauptbelastungen der Gewässer in Europa und auch in Deutschland. Seit 1990 ist der jährliche Überschuss an Stickstoff auf den Feldern mit etwa 110 Kilogramm pro Hektar auf nahezu unverändert hohem Niveau. Untersuchungen zeigen, dass nur die Hälfte des als Dünger eingesetzten Stickstoffs wirklich von den Pflanzen genutzt wird. Der Rest versickert oder entweicht in Form von klimaschädlichem Lachgas in die Atmosphäre.

Die Wasserrahmenrichtlinie im Anforderungskatalog der Cross Compliance zu verankern ist deshalb dringend notwendig. Der Health Check der EU muss klären, für welche ökologischen Leistungen die Landwirte in Zukunft honoriert werden, welche Grenzen für das Verursacherprinzip gelten und was unter gesellschaftliche Leistungen fällt.

Landwirtschaft schädigt das Klima

Weltweit trägt die Landwirtschaft viel zu dem vom Menschen verursachten Klimawandel bei, vor allem durch die Tierhaltung zur Fleischproduktion, den Reisanbau und die Düngung. So geht die Hälfte des weltweiten Methanausstoßes auf das Konto der Landwirtschaft. Bei Lachgas liegt der Anteil sogar bei über 70 Prozent. Je nach Art der Berechnung schwankt der Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaefekt zwischen 14 und 20 Prozent. Das Potenzial, diese Treibhausgase zu reduzieren, ist hoch. Da der Klimaschutz bislang aber nicht Teil der GAP ist, fordern Umweltverbände, ihn in die agrarpolitischen Ziele der EU zu integrieren. Sowohl für Deutschland als auch für die EU sollten politische Zielvorgaben für die Reduzierung der landwirtschaftlichen Emissionen festgelegt werden. Außerdem sind die gesamten Agrarsubventionen künftig an wirksame und überprüfbare soziale, ökologische und tierschützerische Kriterien zu koppeln. Dies können die spezifischen Fördermaßnahmen im Rahmen der zweiten Säule gewährleisten. Die Direktzahlungen sollten schrittweise abgeschafft und die frei werdenden Mittel in die zweite Säule umgeschichtet werden.

Tanja Dräger de Teran ist Referentin für internationale Agrarpolitik beim WWF Deutschland. Ihre Arbeitsschwerpunkt in der Agrarpolitik: GAP-Reform, Klima und Gewässerschutz.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 30 87
42-13, E-Mail :
draeger@wwf.de,
www.wwf.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Verpackungsnovelle

**Weißer Rauch
statt gelbe Tonne?**

■ „Gelbe Tonne in die Tonne?“, „Der Grüne Punkt soll in den Ofen“, „Grüner Punkt hat sich bewährt“ – so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen zur Debatte um die Novelle der Verpackungsverordnung. Ausgelöst hatte den Streit ein internes Papier des Bundeswirtschaftsministeriums, das das System der Gelben Tonne nach 16 Jahren für „ökonomisch und ökologisch überholt“ erklärt hatte und stattdessen die „hochwertige thermische Verwertung“ in Müllheizkraftwerken bevorzugt. Umweltminister Sigmar Gabriel war da anderer Meinung: Die getrennte Sammlung von Verpackungsabfällen habe sich bewährt und müsse ausgebaut statt abgeschafft werden. Zurzeit gebe es oder Unternehmen, die sich der Kosten für die haushaltsnahe Sammlung entzögen, sodass das System unterfinanziert sei. Die Novelle soll mit einer höheren Transparenz und klaren Zuständigkeitsdefinitionen für duale Systeme und die sogenannten Selbstentsorger das Trittbrettfahren verhindern.

Am 10. Oktober gab es zum Kabinettsbeschluss über die Neuregelung eine Anhörung vor dem Unterausschuss im Bundestag. Auch Umweltverbände wurden gehört. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte grundsätzliche Defizite auf dem Weg zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Um möglichst ressourceneffiziente Stoff- und Materialkreisläufe zu schaffen, bedürfe es weit mehr als nur einer Nachbesserung der vorhandenen Verpackungsverordnung, sagte die DUH-Abfallexpertin Maria Elander. Die Novelle verfehle ihr Ziel, den vorhandenen Missständen in der Verpackungsentsorgung Einhalt zu gebieten. Elander sieht „die höchst reale Gefahr“, dass weiterhin unerlaubte Verrechnungen und Mengenausgleiche zwischen privatem und gewerblichem Abfall möglich sind. Diese seien in der Praxis leicht durchzu-

führen, aber nur schwer zu kontrollieren. So sei Missbrauch vorprogrammiert.

Die DUH forderte konsequente Maßnahmen gegen das Umgehen bestehender Umwelt- und Recyclingstandards. Der Verband forderte außerdem weitere Anstrengungen, damit das 80-Prozent-Ziel bei Mehrwegverpackungen erreicht wird. Auch die vorgesehene Vollständigkeitsklärung, die für eine hohe Transparenz sorgen soll, bleibe ein zahnlöser Tiger, wenn klageberechtigte Verbraucherschutzorganisationen sie nicht einsehen dürften. Abfallexpertin Elander: „Es ist sehr bedauerlich, dass der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode der Mut gefehlt hat, die Wertstoffsammlung in Deutschland insgesamt zu hinterfragen und eine grundsätzliche Neuordnung der Kreislaufwirtschaft zu veranlassen.“ [jg]

- ▶ DUH, Maria Elander, Tel. +49 (0)30 / 25898612, E-Mail: elander@duh.de, www.duh.de/abfall_mehrweg_recyc.html

EU-Abfallrahmenrichtlinie**2008 wird über Europas Müll entschieden**

■ Die zurzeit in den EU-Institutionen diskutierte Abfallrahmenrichtlinie von 2005 gilt als ein Kernstück der europäischen Politik. Sie definiert Grundprinzipien und Schlüsselbegriffe des Abfallrechts und wird auch die deutsche Abfallgesetzgebung wesentlich mitbestimmen. Der EU-Umweltministerrat verabschiedete seine Änderungsvorschläge bereits Ende Juni. Diese können in den jetzt veröffentlichten „Erwägungsgründen des Rates“ nachgelesen werden.

Zu den Streitpunkten zwischen Ministerrat und Parlament gehören mögliche Änderungen an der Rangfolge der Abfallhierarchie und Fragen zur Müllverbrennung, die als Verwertung gelten soll, wenn sie bestimmten Energieeffizienzkriterien entspricht. Von der Abfallhierarchie – Vermeidung vor Wiederverwendung, Recycling und Deponierung – soll abgewi-

chen werden können, wenn „Gründe wie etwa die technische oder wirtschaftliche Durchführbarkeit oder der Umweltschutz dies rechtfertigen“. Strittig ist auch, wann Abfall nicht mehr als Abfall, sondern als Stoff oder Produkt gelten soll. Voraussichtlich im Januar 2008 wird das EU-Parlament in seiner zweiten Lesung über die Änderungswünsche entscheiden, die der Rat in seinem Gemeinsamen Standpunkt formuliert hat. Im Laufe des Jahres dürfte eine Einigung über die EU-Abfallpolitik erreicht werden. [jg]

- ▶ Vorschlag der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/transparency (Register für Dokumente – Dokumentensuche – KOM (2005) 667 endg.)
- ▶ Dokumente des EU-Ministerrats: <http://register.consilium.europa.eu> (Einfache Suche – Text: Abfallrahmenrichtlinie)
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Kontaminierte Flächen in der EU**Schadstoffe bleiben
Jahrzehnte im Boden**

■ An über 250.000 Orten der Europäischen Union sind die Böden verschmutzt und müssen saniert werden. Das ergab eine Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA), in der untersucht wird, wie die Mitgliedstaaten der EU mit kontaminierten Böden umgehen. Laut Studie gibt es potenziell über drei Millionen Standorte, an denen von umweltrelevanten Verschmutzungen ausgegangen werden kann. Die Dunkelziffer schätzt die Studie als hoch ein, sodass die Zahl der Böden, die eine Sanierung benötigen, bis 2025 um 50 Prozent steigen dürfte. Allerdings seien die Daten schwer zu vergleichen, erklärte die EEA.

Über 80.000 Standorte wurden in den letzten 30 Jahren bereits saniert und statistisch erfasst. Die Berichte aus den EU-Ländern zeigen, dass für Verschmutzung von Böden hauptsächlich Schwermetalle und Mineralöl verantwortlich sind. Mineralöle sowie Chlorkohlenwasserstoffe sind ▶

die am häufigsten gefundenen Fremdstoffe. Die Sanierung wird voraussichtlich noch Jahrzehnte dauern. Die öffentlichen Haushalte stellen etwa ein Drittel der für die Reinigung verschmutzter Böden benötigten Summe.

Die Position des EU-Parlaments zum Thema Bodenschutzrahmenrichtlinie ist in der Rubrik „Naturschutz & Biodiversität“ nachzulesen. [jg]

- www.eea.europa.eu
- Studie: www.kurzlink.de/bodenkontamination

Montreal-Protokoll

FCKW-Ausstieg früher als erwartet

■ Die Weltgemeinschaft hat Ende September einen besseren Schutz für die Ozonschicht beschlossen. VertreterInnen von 191 Ländern einigten sich beim Treffen der Vertragsstaaten des Montreal-Protokolls darauf, die Verwendung von teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen (H-FCKW) früher zu beenden. H-FCKW werden unter anderem als Kältemittel in Klimaanlage verwendet und gefährden die Ozonschicht 2000 Mal stärker als Kohlendioxid. Der Direktor des UN-Umweltprogramms UNEP Achim Steiner nannte die Beschlüsse der Klimaschutzkonferenz im kanadischen Montreal eine „historische Einigung“ und einen „wichtigen Durchbruch“.

Die Industrieländer sollen laut dem Beschluss die Verwendung von H-FCKW schrittweise bis 2020 einstellen. Entwicklungsländer haben zehn Jahre länger Zeit. Außerdem versprochen die Industrieländer den Entwicklungsländern finanzielle Unterstützung für deren Ausstieg. Das Montrealer Protokoll hatte ursprünglich mehr Zeit vorgesehen. Durch den beschleunigten Ausstieg können nach Schätzung von Experten umgerechnet 18 bis 25 Milliarden Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden. Vor 20 Jahren, am 16. September 1987, wurde das Montreal-Protokoll über Stoffe, die zum Ozonabbau führen,

beschlossen. Damals unterzeichneten 24 Staaten und die Europäische Gemeinschaft das internationale Vertragswerk, nach dem Substanzen wie Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und teilhalogenierte FCKW (H-FCKW) verboten werden sollen. Bis heute haben 191 Staaten das Protokoll ratifiziert. [jg]

- Ergebnisdokumente: www.ozone.unep.org (Search: MOP 19)

Quecksilber im Meer

Nordsee-Schutzkommission machtlos gegen Bayer & Co.

■ Die Oslo-Paris-Kommission (OSPAR) zum Schutz von Nordsee und Nordostatlantik hat einen neuen Bericht über die Quecksilberemissionen von Chloralkalanlagen veröffentlicht. Die Zahl der Chlorwerke mit Quecksilbertechnik ist seit dem ersten Bericht 1998 zurückgegangen, stagniert aber seit einigen Jahren. So wurde in Deutschland zuletzt 2002 ein Werk stillgelegt. Dementsprechend sind die Quecksilberemissionen anfänglich stark, zuletzt deutlich schwächer zurückgegangen. Von den insgesamt emittierten 4450 Kilogramm stammt rund ein Drittel aus den neun Anlagen in Deutschland.

Die Bayer AG hat ihre Kapazitäten in Krefeld-Uerdingen dem Bericht zu Folge um fast 20 Prozent erweitert: von 110.000 Tonnen Chlorproduktion mit Quecksilbertechnik im Jahr 2004 auf 130.000 Tonnen 2005. Die Firma LII Europe mit einer Anlage im Chemiepark Frankfurt-Höchst hat den höchsten Quecksilberausstoß der deutschen Standorte. Pro produzierter Tonne Chlor lag er bei 1,3 Gramm und damit über dem in Deutschland seit Kurzem zulässigen Grenzwert von 1,0 Gramm.

Die Nordsee-Anrainerstaaten hatten bereits 1990 gefordert, dass Chlorwerke bis 2010 aus der Quecksilbertechnik aussteigen sollen. Die Selbstverpflichtung der Betreiber sieht dies erst für 2020 vor. [fn]

- www.ospar.org

Schmutzigste Orte der Erde

Giftalarm in Asiens Städten

■ Der Kontinent mit den dreckigsten Orten der Welt ist Asien. Das Blacksmith Institute in New York hat gemeinsam mit Green Cross Schweiz und mehreren US-Universitäten eine aktuelle Liste der zehn am meisten verunreinigten Orte der Welt veröffentlicht. Sieben liegen in Asien, jeweils einer in Amerika, Afrika und Europa. Die Forschergruppe berücksichtigte das Ausmaß und den Grad der Verschmutzung sowie die Anzahl der dadurch gefährdeten Menschen. Das erklärte Ziel der Studie: nicht nur anzuprangern, sondern auch Lösungen anzustoßen.

An vielen dieser Orte ist die Lebenserwartung drastisch reduziert. Etliche Kinder kommen missgebildet zur Welt. Wasser, Luft und Böden sind so schwer belastet, dass ein gesundes Leben kaum möglich ist.

In Russland, China und Indien liegen jeweils zwei der zehn globalen Problemorte, in Aserbaidschan einer. Dort befinden sich vor der Küste bei Sumqayıt, der einflussreichsten Industriestadt des Landes, große Erdölvorkommen. Aber nicht nur die Petrochemie, vor allem die Chlorproduktion mit Quecksilber beeinträchtigt die Lebensbedingungen in Sumqayıt. Die Weltbank hat inzwischen ein Projekt gestartet, um die Region von 1.500 Tonnen Quecksilber zu befreien.

Probleme durch Chlorproduktion haben auch die Menschen von Vapi in Indien. Der Quecksilbergehalt im Grundwasser liegt dort 100-fach über dem von der Weltgesundheitsorganisation vorgegebenen Grenzwert. Doch die 70.000 Bewohner von Vapi sind auf diese Wasservorräte angewiesen. Sie leiden wegen der Verseuchung des Trinkwassers unter Krebs und Hautkrankheiten. Früh- oder Totgeburten sowie Missbildungen sind häufig.

Im russischen Dserschinsk wurden zu Sowjetzeiten Chemiewaffen gebaut. Noch immer ist die Großstadt ein bedeutender russischer Chemiestandort. So sind im Grundwasser erhebliche Mengen an Arsen, Quecksilber, Blei und Dioxinen zu finden. Die Lebenserwartung der 300.000

dort lebenden Menschen liegt bei nur 40 bis 50 Jahren.

Die EinwohnerInnen der chinesischen Millionenstadt Linfin leiden unter Luftverschmutzung. Zahlreiche Kohlekraftwerke und Schwerindustrie machen das Atmen in der gesamten Provinz zur Qual. Drei Millionen Menschen sind betroffen.

Eine Weltkarte der verschmutzten Orte ist ein Bild der Globalisierung: Mit der Produktion wurde auch die Umweltverschmutzung in den letzten Dekaden nach Asien verschoben. In Europa zählt nur Tschernobyl in der Ukraine zu den zehn globalen Problempunkten. Afrika ist zwar ein billiger Rohstofflieferant, produziert jedoch wird hier kaum. So ist der dreckigste Ort eine alte Bleimine in Simbabwe, die 1994 geschlossen wurde und noch immer die Gesundheit einer Viertel Million Menschen belastet. Der am stärksten verschmutzte Ort Amerikas liegt in Peru. In der Stadt La Orya werden Schwermetalle abgebaut und verarbeitet. 35.000 Menschen haben Blei, Kupfer, Zink und Schwefel im Körper. [fn]

- ▶ Green Cross Schweiz, Zürich, Tel. +41 (0)43 / 49913-13, Fax -14, www.greencross.ch
- ▶ Top Ten: www.blacksmithinstitute.org/ten

Feinstaub

Atempause für Luftverschmutzer

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat Mitte Oktober über die EU-Feinstaubpolitik abgestimmt. Die Grenzwerte für grobe Partikel mit einer Größe von zehn Mikrometern (PM₁₀) müssen erst später als beschlossen eingehalten werden. Diese sollen laut Umweltausschuss nun erst ab 2013 gelten. Für extrem feine Partikel bis 2,5 Mikrometer (PM_{2,5}) soll von 2015 an ein verbindlicher Jahresgrenzwert von durchschnittlich 20 Mikrogramm je Kubikmeter Luft gelten. Damit fordert der Umweltausschuss einerseits schärfere Grenzwerte für PM_{2,5} als der EU-Ministerrat (25 Mikrogramm), räumt

aber andererseits den Mitgliedstaaten mehr Zeit für die Umsetzung der Grenzwerte für PM₁₀ ein. Darüber hinaus stimmten die ParlamentarierInnen für Ausnahmeregelungen in bestimmten Gebieten.

Dragomira Raeva, Luftqualitätsexpertin beim Europäischen Umweltbüro (EEB), bezeichnet die Entscheidung als „Atempause für Luftverschmutzer“. Die Dachorganisation kritisierte die bis zu fünfjährige Verzögerung bei der Einführung strengerer PM₁₀-Grenzwerte. Selbst wenn die Grenzwerte eingeführt sind, wird die Luftverschmutzung nach Schätzungen der EU-Kommission immer noch 230.000 Todesfälle jährlich verursachen. Weil die EU-Institutionen sich bisher nicht einigen konnten, muss die Angelegenheit wahrscheinlich im Vermittlungsausschuss zu Ende verhandelt werden. [jg]

- ▶ EEB, Dragomira Raeva, Tel. +32 (0)2 / 2891307, E-Mail: dragomira.raeva@eeb.org, www.eeb.org
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Alternativer Nobelpreis

Gegen Gentechnik und Atomwaffen

■ Am 2. Oktober hat die Right Livelihood Award Foundation ihre diesjährigen PreisträgerInnen bekannt gegeben. Die als Alternative Nobelpreise bekannten Auszeichnungen in Höhe von zwei Millionen schwedischen Kronen (etwa 220.000 Euro) gehen dieses Jahr an Menschen und Organisationen, die Lösungen für globale Probleme aufgezeigt haben, so die Stiftung.

So würdigte die Jury Christopher Weeramantrys „lebenslange bahnbrechende Arbeit für die Stärkung und Ausweitung des Völkerrechts“. Der Sri Lanker wurde bekannt für seine Stellungnahme als Richter am Internationalen Gerichtshof, in der er begründete, warum die Anwendung

oder Drohung mit Nuklearwaffen immer gegen das Völkerrecht verstoße.

Die Kenianerin Dekha Ibrahim Abdi hat sich erfolgreich für Frieden und Konfliktlösung an vielen Krisenherden der Welt eingesetzt. Die Jury zeichnete sie aus, weil sie in kooperativen Prozessen gezeigt habe, „wie religiöse und andere Differenzen sogar nach gewalttätigen Konflikten versöhnt werden können“.

Percy und Louise Schmeiser aus Kanada haben gegen Konzerne gekämpft, die gentechnisch verändertes Saatgut auf den Weltmarkt bringen. Die Jury würdigte sie „für ihren Mut bei der Verteidigung der Artenvielfalt und der Rechte der Bauern, und dafür, dass sie die derzeitige ökologisch und moralisch perverse Auslegung des Patentrechts in Frage stellen“.

Die Firma Grameen Shakti aus Bangladesch hat nach Ansicht der Jury gezeigt, wie durch Solartechnik eine kostengünstige und klimafreundliche Energieversorgung für die arme dörfliche Bevölkerung realisiert werden kann. Das Unternehmen wurde ausgezeichnet, „weil es in Tausenden bangladeschischen Dörfern eine nachhaltige Beleuchtung und Energieversorgung möglich gemacht hat, die die Gesundheit, Bildung und Produktivität fördert“.

Die Right Livelihood Award Foundation ist eine gemeinnützige schwedische Stiftung, die bisher 123 Preisträger aus 56 Ländern ausgezeichnet hat. Die Preisverleihung findet am 7. Dezember im schwedischen Parlament in Stockholm statt. [mbu]

- ▶ www.rightlivelihood.org

UN-Wüstenkonferenz

Aktionsplan scheitert am Geld

■ Die achte UN-Wüstenkonferenz, die Mitte September in Madrid zu Ende ging, hat keine konkreten Ergebnisse gebracht. Zwar verabschiedeten die Delegierten aus 191 Ländern einen Zehn-Jahres-Aktionsplan für den Kampf gegen die fortschreitende Desertifikation. Doch Japan lehnte die Finanzierung des Programms ab, wodurch ein einhelliger Beschluss unmöglich

Nachhaltigkeit

A-Z



H wie Holz

»Ötzi«, der Mann aus dem Eis, konnte bei seiner Gletscherbesteigung ebenso wenig darauf verzichten wie die Baumeister mittelalterlicher Kathedralen oder die Energieunternehmen unserer Tage: Holz ist als Werk, Bau- und Brennstoff unentbehrlich. Dieser Band erzählt die Kulturgeschichte des Holzes und verschafft überraschende Einblicke in die Beziehung zwischen dem Naturstoff und seinem Nutznießer Mensch.

J. Radkau

Holz

Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt
oekom verlag, München 2007
Reihe Stoffgeschichten Band 3
344 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen
24,90 EUR, ISBN 978-3-86581-049-6

Erhältlich bei

www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

wurde. Als Grund nannte die japanische Delegation den Rücktritt des Regierungschefs. Sie verfüge dadurch nicht mehr über Entscheidungsbefugnis. Die spanische Umweltministerin Cristina Narbona hofft nun, dass auf Nachfolgesitzungen der UN doch noch eine Einigung erzielt werden kann. [io]

► www.unccd.int

KLIMA & ENERGIE

IPCC-Bericht

Warnungen immer dramatischer

■ Im letzten Teil seines vierten Sachstandsberichts verschärft der Weltklimarat (IPCC) seine Warnungen vor dem Klimawandel. Die WissenschaftlerInnen erklärten, man verfüge über immer deutlichere Erkenntnisse, dass der Klimawandel schneller und stärker kommen werde als bisher vermutet. Bis Ende des Jahrhunderts könnte die globale Durchschnittstemperatur um bis zu sechs Grad Celsius höher liegen als zu vorindustriellen Zeiten. Ein Anstieg um knapp ein Grad sei bereits nicht mehr zu verhindern, auch die Schwelle von zwei Grad werde wahrscheinlich überschritten. Ebenso sei nicht mehr die Frage, ob der Meeresspiegel ansteigen werde, sondern nur noch um wie viele Meter. Somit ist nach Ansicht des IPCC klar, dass nicht nur, wie bisher angenommen, die zukünftigen, sondern bereits die heutigen Generationen betroffen seien. Der stellvertretende IPCC-Vorsitzende Martin Parry kommentierte: „Now we know that it's us.“

Der letzte Teil des vierten Sachstandsberichts dient als Zusammenfassung für die politischen Entscheidungsträger. Er wird offiziell erst im November veröffentlicht, gelangte aber bereits vorher an die Öffentlichkeit. Die ersten drei Teile – zu den wissenschaftlichen Grundlagen, den Auswirkungen und Anpassungsmöglich-

keiten sowie zu Vermeidungsmaßnahmen – waren bereits in der ersten Hälfte des Jahres 2007 erschienen. [io, ms]

► www.ipcc.ch

Friedensnobelpreis

Klimaschützer ausgezeichnet

■ Der diesjährige Friedensnobelpreis wird an den Weltklimarat (IPCC) und den ehemaligen US-Vizepräsident Al Gore verliehen. Die Jury lobte den IPCC für seine „Bemühungen, das Wissen über den vom Menschen verursachten Klimawandel zu vergrößern und zu verbreiten, und somit die Grundlage für Gegenmaßnahmen zu legen“. Gore wurde als diejenige Einzelperson ausgezeichnet, die am meisten dazu beigetragen habe, die Gefahren des Klimawandels im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. [ms]

► www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace

Klimapolitik

EU sucht Verbündete im Süden

■ Die EU-Kommission hat ein Klimabündnis der EU mit den Entwicklungsländern initiiert. Die sogenannte Global Climate Change Alliance (GCCA) soll dazu dienen, die ärmsten Länder in ihrem Kampf gegen die Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Es seien besonders die Entwicklungsländer, die der Klimawandel am stärksten trifft, so der EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Louis Michel.

Die Zusammenarbeit soll in fünf Schwerpunktbereichen erfolgen: Unterstützung bei konkreten Anpassungsmaßnahmen, Reduzierung der durch Entwaldung verursachten Emissionen, bessere Nutzung des globalen Kohlenstoffmarktes durch die ärmsten Länder, Unterstützung bei Prävention und Vorbereitung auf Na-

turkatastrophen sowie Integration des Klimaschutzes in die Entwicklungszusammenarbeit und die Armutsbekämpfung.

Von 2008 bis 2010 will die EU-Kommission 50 Millionen Euro für die Allianz bereitstellen. Da dies jedoch nicht ausreicht, forderte sie die Mitgliedstaaten zu weiteren Zahlungen auf. [ms]

► www.kurzlink.de/allianz

Klimakonferenzen

USA allein zu Hause

■ Zwei ungewöhnliche Klimakonferenzen, die Ende September in den USA stattfanden, verdeutlichen nach Ansicht vieler BeobachterInnen die zunehmende Isolation der Vereinigten Staaten beim Klimaschutz.

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hatte zu einem UN-Sondergipfel zum Klimaschutz eingeladen, an dem über 80 Staats- und Regierungschefs sowie VertreterInnen aus insgesamt 150 Ländern teilnahmen. Ziel war es, öffentliche Unterstützung für einen Verhandlungserfolg bei der Klimakonferenz in Bali im Dezember zu mobilisieren. In ihren Redebeiträgen erklärten viele Staaten ihr grundsätzliches Ja zum UN-Klimaprozess und forderten entschiedenes Handeln. Ban wertete das Treffen als großen Erfolg. Auch Umweltschutzorganisationen wie der WWF gratulierten den Vereinten Nationen zu ihrer Führungsrolle beim globalen Klimaschutz.

Ganz anders waren die Reaktionen auf eine nur zwei Tage später stattfindende Konferenz: Die US-Regierung hatte Vertreter der 17 größten Treibhausgas-Emitenten zu einer eigenen Klimakonferenz nach Washington eingeladen. Örtliche und zeitliche Nähe zu dem UN-Sondergipfel, an dem US-Präsident George W. Bush selbst nicht teilgenommen hatte, waren bewusst gewählt. In seiner Rede nannte Bush den Klimawandel eine der großen Herausforderungen unserer Zeit und warb für ein langfristiges Ziel zur Reduktion von Treibhausgasen. Konkrete Zahlen legte er allerdings nicht vor. Auch lehnte er einen

Handel mit Emissionsrechten ab und betonte, dass jeder Staat seinen eigenen Weg im Klimaschutz gehen müsse.

Dafür ertete die US-Regierung teilweise harsche Kritik. Greenpeace USA befand, dass die Konferenz lediglich die vollständige Untätigkeit der USA unterstrichen habe. EU-Vertreter sahen die Bush-Regierung in der internationalen Klimapolitik zunehmend isoliert. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel fragte sich öffentlich, ob die USA – obgleich wieder im Boot sitzend – auch tatsächlich in dieselbe Richtung ruderten wie die restliche Welt.

Die offiziellen UN-Verhandlungen, zu denen beide Konferenzen nicht zählen, haben ihren nächsten großen Höhepunkt vom 3. bis 14. Dezember auf der indonesischen Insel Bali. [ms]

► www.un.org/climatechange/2007highlevel

CO₂-Abscheidung

Skepsis in der EU, Optimismus in Deutschland

■ Europaweit herrscht Skepsis, ob die Technik der CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Dies ist das Ergebnis eines Konsultationsprozesses der EU-Kommission. Die deutsche Wirtschaft und die Bundesregierung sind dagegen überzeugt, die CCS-Technik bis 2020 zur Marktreife entwickeln zu können.

Die EU-Kommission hatte unter anderem vorgeschlagen, ab dem Jahr 2020 nur noch Kohlekraftwerke, die mit CCS-Technik arbeiten, zuzulassen. Eine europaweite, öffentliche Konsultation ergab allerdings, dass nur ein Viertel der Befragten glaubten, dass CCS bereits im Jahr 2020 einsatzbereit sei. Kaum höher ist mit 26 Prozent die Zahl derjenigen, die CCS für die wichtigste Technologie im Kampf gegen den Klimawandel halten. An der Konsultation beteiligten sich Einzelpersonen und Organisationen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Die Ergebnisse sollen in eine Strategie für Energietechnologien

(SET) einfließen, die die Kommission im Dezember vorstellen will.

Die deutsche Bundesregierung hält CCS dagegen für eine „vielversprechende Option“ und unterstützt die deutsche Energiewirtschaft bei ihren Plänen, in den nächsten Jahren weitere Pilotanlagen zu bauen. Währenddessen haben die Unternehmen RWE, BASF und Linde ein Konsortium gegründet, um die Entwicklung von CCS zu beschleunigen. Ihr Ziel ist es, die Technik bis 2020 kommerziell einzusetzen. Die ersten Demonstrationsanlagen sollen ab 2010 gebaut werden. [ms]

► www.kurzlink.de/consultation-report

Emissionshandel

Schärfere Regeln für Flugverkehr gefordert

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat schärfere Regeln für die Einbindung des Flugverkehrs in den Emissionshandel gefordert und damit den Vorschlag der EU-Kommission als zu schwach kritisiert. Die Abgeordneten forderten, die Obergrenze für Treibhausgas-Emissionen von Flugzeugen bei 75 Prozent der durchschnittlichen Werte von 2004 bis 2006 festzusetzen, nicht bei 100 Prozent, wie die Kommission vorgeschlagen hatte. Auch solle die Hälfte der Zertifikate versteigert werden, nicht nur drei Prozent. Zudem müsse die Regelung bereits ab 2010 für alle Flüge gelten, forderten die ParlamentarierInnen. Die Kommission wollte die Richtlinie erst ab 2011 für innereuropäische Flüge und ab 2012 für alle Flüge greifen lassen.

Der Gesetzgebungsprozess steht noch am Anfang. Im November will das Plenum des EU-Parlaments den Kommissionsvorschlag in erster Lesung beraten, am 17. Dezember könnte der Umweltministerrat das Thema auf die Agenda setzen. Die zweite Lesung würde im Jahr 2008 erfolgen. [ms]

► EU-Gesetzgebungsverfahren:
www.kurzlink.de/mitentscheidung

Nationales Klimaziel

BDI errechnet Wachstumsbremse

■ Eine vom Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass eine weitgehende Reduktion der Treibhausgase in Deutschland zu vertretbaren Kosten möglich ist. Das von der Bundesregierung angestrebte Ziel die Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren verursache allerdings hohe Kosten, so die Unternehmensberatung McKinsey, die die Studie erstellt hat. Der BDI nimmt für sich in Anspruch, damit die erste umfassende betriebswirtschaftliche Berechnung der Folgekosten aller Klimaschutztechnologien erstellt zu haben.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Emissionsminderungen bis zu 26 Prozent im Vergleich zu 1990 möglich seien, ohne dass die Bevölkerung ihren Lebensstandard einschränken müsse. Aus der Ausstieg aus der Kernenergie müsse dafür noch nicht rückgängig gemacht werden. Darüber hinausgehende Treibhausgas-Minderungen würden aber sehr teuer und hätten negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, so die Studie. Genaue Angaben ließen sich allerdings aufgrund der vielen Unwägbarkeiten kaum machen. So entstünden Kosten zwischen 32 und 175 Euro pro Tonne CO₂-Äquivalent, wenn die Treibhausgase um 31 Prozent gesenkt werden sollten. Noch weitergehende Reduktionen halten die WissenschaftlerInnen für wirtschaftlich nicht umsetzbar. Um die Kosten zu senken, schlägt der BDI unter anderem vor, die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke zu verlängern.

Das Bundesumweltministerium begrüßte die Studie. Man teile zwar nicht alle Ansichten, so Staatssekretär Matthias Machnig. Vor allem die Aussagen zum Atomausstieg lehne man ab. Die BDI-Studie zeige jedoch, dass Klimaschutz zu vertretbaren Kosten machbar sei und große Chancen für die deutsche Wirtschaft mit sich bringe. [ms]

► www.kurzlink.de/bdi-klimastudie (PDF, 3 MB)

Europäische Investitionsbank

Geld für widersprüchliche Energiepolitik

■ Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat einen Fonds mit 100 Millionen Euro zur Förderung von Klimaschutzprojekten aufgelegt. Damit sollen ab dem Jahr 2012 zusätzliche Zertifikate für den Emissionshandel zur Verfügung gestellt werden. Partner ist unter anderem die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Nach den Worten von EIB-Präsident Philippe Maystadt soll der Fonds langfristige Projekte für die Handelsperiode der Jahre 2013 bis 2022 initiieren und fördern. Gesucht werden vor allem Projekte in den Sektoren erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Forstwirtschaft und Methanabscheidung. Die EIB stelle sich damit an die Spitze des internationalen Klimaschutzes, so Maystadt.

Umweltorganisationen zeichnen ein anderes Bild von den klimapolitischen Aktivitäten der EIB. Anlässlich der Jahrestagung der Bank Ende September im slowenischen Ljubljana kritisierte die Organisation Bankwatch, dass die EIB viermal mehr Geld in die Förderung fossiler Energieträger als in Wasser-, Wind- oder Sonnenenergie investiere. Zudem fördere die Bank den Neubau von Atomkraftwerken sowie von Öl- und Gaspipelines in sensiblen Naturregionen. [ms]

► www.eib.org

► www.bankwatch.org

Atomkraft

Forum für „nachhaltige Kernenergie“ gegründet

■ Die europäische Atomindustrie hat eine „Plattform für nachhaltige Kernenergie“ ins Leben gerufen, der Akteure aus Atomenergieforschung und -industrie angehören sollen. Die EU-Kommission begrüßte diesen Schritt. Laut Forschungskommissar Janez Potočnik soll die Plattform ein For-

schungskonzept entwickeln, das die Führungsposition der europäischen Industrie im Atomenergiesektor festigt und gleichzeitig die Atomenergie umweltneutraler gestaltet. Das Forum soll Kommission und nationale Regierungen beraten und so EU-weit Prioritäten für die Forschung festlegen. [io]

► www.snetp.eu

Energieeffizienz

Deutschlands Aktionsplan

■ Das Bundeswirtschaftsministerium hat Anfang Oktober einen nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan vorgelegt. Der Plan enthält zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Richtlinie zu Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen. Ein Schwerpunkt liegt auf schärferen Effizienzanforderungen im Gebäudebereich. [ms]

► www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Energie/energieeinsparung

Erneuerbare Energien

Jobs und noch mehr Jobs

■ Eine Studie im Auftrag des Bundesumweltministeriums hat ergeben, dass mittlerweile rund 235.000 BundesbürgerInnen in der Erneuerbare-Energien-Branche beschäftigt sind. Verglichen mit 2004, als die Zahlen erstmals erhoben wurden, ist dies eine Steigerung um fast 50 Prozent. Der Studie zufolge sind ungefähr 60 Prozent der neuen Jobs direkt auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz zurückzuführen. Die WissenschaftlerInnen rechnen mit weiteren 400.000 Jobs bis zum Jahr 2020. Dabei seien Arbeitsplätze, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, noch nicht mitgerechnet. Ursache für die hohen Zuwächse der Branche seien sowohl der Ausbau der erneuerbaren Energien im Inland als auch die Exporterfolge. [io]

► www.kurzlink.de/ee-studie

„Dinosaurier-Technik heizt die Atmosphäre auf, Menschen werden vertrieben. Das ist Vattenfall.“

Seit Monaten ist die Energiepolitik von Vattenfall in der Kritik. Aber nicht nur für Atomstrom aus Brunsbüttel und Krümmel steht der Konzern, sondern auch für den Abbau klimaschädlicher Braunkohle in der Lausitz. Von Dörfern und Naturschutzgebieten lassen sich Vattenfalls Bagger dabei nicht aufhalten. Dirk Seifert von Robin Wood über den Widerstand der Umweltbewegung.

umwelt aktuell: Mitte September hat das Bündnis der Umweltverbände unter Federführung der Grünen Liga alle Klagen gegen die geplante Erweiterung des Braunkohletagebaus in der Lausitz zurückgezogen. Im Gegenzug übernimmt der Energiekonzern Vattenfall die Prozesskosten. Warum wurden die Klagen aufgegeben?

Dirk Seifert: Robin Wood ist ja schon vorher aus der Klagegemeinschaft mit der Grünen Liga, dem BUND und dem NABU ausgetreten. Wie auch der BUND haben wir es abgelehnt, mit Vattenfall einen außergerichtlichen Vergleich zu schließen, weil klar war, dass Vattenfall für die Übernahme der Prozesskosten Wohlverhalten bei der Zerstörung der Lakomaer Teichgebiete verlangen würde. Zu solchen Deals ist Robin Wood grundsätzlich nicht bereit, auch wenn wir die Auffassung teilten, dass unsere Klagen nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) aller Voraussicht nach keine Chancen mehr haben würden. Das Land Brandenburg hatte die Lakomaer Teichlandschaft als Schutzgebiet entsprechend der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie nach Brüssel gemeldet und so hätte das OVG den Fall eigentlich dem Europäischen Gerichtshof vorlegen müssen. Diese Ansicht haben die Richter ursprünglich auch selbst vertreten, dann aber ihre Meinung geändert und grünes Licht für das Abbaggern der Teichlandschaft gegeben. Damit setzt sich das Oberverwaltungsgericht zwar über die einschlägige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes hinweg, aber aus Sicht unserer Anwälte hätten weitere Klagen keine Chance mehr gehabt. Deswegen wollten wir kein weiteres Geld und keine weitere Kraft in diese Verfahren stecken.

Vier Tage nach dem außergerichtlichen Vergleich hat Robin Wood Bäume in der Nähe des Braunkohletagebaus Cottbus-Nord besetzt. Wozu diese Aktion, wenn juristisch schon alles gelaufen war?

Juristisch ist im Fall Lakoma alles gelaufen, aber die politische Auseinandersetzung mit dem Braunkohleabbau von Vattenfall ist unverändert aktuell. Mit der Aktion haben wir weit über die Region hinaus die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, welche Zerstörungen Vattenfall mit der Fortsetzung

des Braunkohleabbaus anrichtet. Nicht nur, dass die Lakomaer Teiche mit ihrer einzigartigen Vielfalt von Pflanzen und Tieren zerstört werden und damit den Menschen im Raum Cottbus ein wunderschönes Naherholungsgebiet genommen wird. Der Braunkohletagebau bedeutet auch einen enormen Beitrag zur Klimakatastrophe. Kein anderer fossiler Energieträger ist derart dreckig und klimaschädlich wie die Braunkohle. Vattenfall gehört mit dem hohen Anteil von Braunkohleverstromung zu Europas größten Klimakillern. Darauf sollte die Baubesetzung hinweisen und ich denke, das ist auch gelungen. Außerdem haben wir Vattenfall, aber auch der Bevölkerung in der Region gezeigt, dass der Widerstand gegen den unverantwortlichen Braunkohleabbau und die Verstromung in den Kraftwerken Jämschwalde, Schwarze Pumpe und Boxberg weitergehen wird.

Vattenfall-Chef Josefsson berät die Bundesregierung als Klimaschutzbeauftragter. Gleichzeitig verkündet er Pläne für neue Kohlekraftwerke und Tagebaue. Dafür sollen in der Lausitz wieder ganze Dörfer verschwinden. Klimaforscher warnen vor gigantischen Investitionsruinen, wenn die versprochene CO₂-Speicherung scheitert. Weiß der Konzern eigentlich noch, was er tut?

Vattenfall setzt unbeirrt auf eine Politik der Zerstörung. Es ist klar, dass wir in den nächsten Jahrzehnten einen kompletten Umbau der Energiezeugung hinkommen müssen, wenn wir die Folgen der Klimakatastrophe begrenzen wollen. Das geht nur, wenn Energie möglichst effizient erzeugt und genutzt, der Anteil von erneuerbaren Energien massiv ausgebaut wird und fossile Stromerzeugung nur noch in Kraft-Wärme-Kopplung erfolgt. Dazu werden nicht weitere Großkraftwerke benötigt, sondern viele kleinere dezentrale Anlagen. Doch Vattenfall hält weiter an einer Dinosaurier-Technik aus der Steinzeit fest und will diese Politik auch in die Zukunft fortschreiben. Dieser Konzern ist dafür verantwortlich, dass sich die Atmosphäre weiter aufheizt und Menschen überall auf der Welt von den Folgen betroffen sind, in den Polargebieten genauso wie in der Lausitz, wo Menschen enteignet und vertrieben werden. Das ist Vattenfall.

Mit dem Fällen von Bäumen in dem Gebiet hat Vattenfall bereits Ende September begonnen. Welche Folgen hat die Abbaggerung für die dortige Tier- und Pflanzenwelt?

In einem Braunkohletagebau bleibt von der Tier- und Pflanzenwelt nichts übrig. Der Kahlschlag, den Vattenfall noch für mehrere Jahrzehnte fortsetzen will, wird auch erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser haben. Schon heute ist die Verkarstung der Böden ein großes Problem, weil die Grundwasserspiegel fallen. Der Braunkohleabbau verschärft dieses Problem. Der sinkende Grundwasserstand verändert nicht nur die Landschaften und die Tierwelt. Das wird sich auch auf die Trinkwasserversorgung auswirken.

Was wollen Sie weiter gegen die Energiepolitik von Vattenfall in der Lausitz unternehmen?

Für die Erweiterung des Tagebaus Welzow-Süd südwestlich von Cottbus hat Vattenfall im Juli einen Genehmigungsantrag gestellt. Für die BewohnerInnen des kleinen Ortes Porschim und von Teilen Welzows bedeutet das, dass ihre Häuser von den Vattenfall-Baggern platt gemacht werden sollen. Dagegen regt sich schon jetzt Widerstand und Robin Wood wird sich gemeinsam mit anderen Initiativen und Verbänden daran beteiligen. Lakoma ist überall. Und wir engagieren uns weiter in den Ökostrom-Wechsel-Initiativen. Wenn immer mehr Menschen entscheiden, ihren Strom nicht mehr von Vattenfall und den anderen großen Klimakiller-Unternehmen zu kaufen, werden die Konzerne vielleicht endlich einsehen, dass ihre Steinzeit-Stromerzeugung einfach keine Zukunft hat.

[Interview: Marion Busch]

Der Politikwissenschaftler Dirk Seifert ist Energiereferent der Umweltorganisation Robin Wood.

Kontakt:
Tel. +49 (0)40 /
38089221,
E-Mail: energie@
robinwood.de,
www.robinwood.de



ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 144

Werte und Richtlinien im Öko-Landbau

- Prinzipien des Öko-Landbaus
- Kriterien für die »Konventionalisierung«
- Leitbilder & Werte in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Themen in Heft 144

aus Forschung, Praxis und Beratung

- Ertragsrelevanz der Kraut- und Knollenfäule
- Öko-Landbau in Rumänien
- Überblick Lehr- und Studiengänge

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |
 Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr
 Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |
 Abo (zzgl. Versand): Privatbezieher 25,- EUR |
 Firmen/Organisationen 39,- EUR | ermäßigt 18,- EUR

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
 (zwei Ausgaben für nur 6,95 Euro) bei:
 oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |
 Waltherstraße 29 | D-80337 München |
 Fax: +49 (0)89 / 54184-49 | www.oekom.de

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schwedterth-Stiftung

Biogas

Ökostromer im Gassektor

■ Der Hamburger Ökostromanbieter Lichtblick bietet seit kurzem auch Biogas an. Mit einem Gemisch aus Erdgas und zunächst fünf Prozent Biogas möchte das Unternehmen die Gasverbraucher zum Anbieterwechsel animieren. Der Kunde merke keinen Unterschied zwischen dem Biogas-Gemisch und reinem Erdgas, so das Unternehmen. Das Gemisch verbrenne sehr viel sauberer als reines Erdgas und schone so das Klima. Das Angebot gilt vorerst nur in den Bundesländern Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Bürgerinitiativen und Umweltgruppen bemängelten dagegen, dass das Lichtblick-Biogas vorwiegend aus Anlagen der Massentierhaltung gewonnen werde. Es sei zwar besser, Gülle aus der Schweinemast zur Energiegewinnung zu nutzen als auf die Felder auszubringen. Aber von „bio“ könne bei industriellen Großmästereien keine Rede sein. Roland Schnell von der Fördergesellschaft für nachhaltige Biogas- und Bioenergientzung bedauert außerdem, dass Lichtblick auf institutionelle Anleger und Großanlagen setze statt regionale Strukturen zu fördern. In Großbritannien und Frankreich gebe es stattdessen viele dezentrale Anlagen, die auch die Wärme direkt nutzen.

- www.lichtblick.de/gas
- www.fnbb.eu

Stiftung Warentest, die im Oktober in der Zeitschrift „Test“ veröffentlicht wurde. Die Stiftung hatte 54 Lebensmitteltests aus den Jahren 2002 bis 2007 neu ausgewertet. Dabei wurden auch Abstriche an der Qualität von Biokost festgestellt, die im selben Test oft stärker schwankte als bei konventionellen Produkten. Dafür machten die Warentester mangelnde Sorgfalt während des Produktionsprozesses verantwortlich. So enthielt ein Olivenöl Weichmacher oder Hackfleisch zu viele Keime. Andererseits sind Ökolebensmittel laut Stiftung Warentest fast immer frei von Pestiziden und mit wesentlich weniger Nitrat angereichert als konventionelle Produkte.

KundInnen erleichtert dieses Ergebnis nach Meinung der verbraucherpolitischen Sprecherin der Grünen im Bundestag, Ulrike Höfken, die Entscheidung für Bionahrung. Höfken warf der Stiftung Warentest allerdings vor, die positiven Wirkungen des Ökolandbaus auf die Umwelt zu wenig zu beachten. Kritik an der Untersuchung kam auch vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Die Bewertungskriterien der Stiftung Warentest seien nicht ausreichend. Aspekte wie umwelt- und tiergerechte Produktion, Verzicht auf Gentechnik oder die starke Einschränkung erlaubter Hilfs- und Zusatzstoffe würden nur selten berücksichtigt, sagte BÖLW-Geschäftsführer Alexander Gerber. Wäre dies der Fall, bekämen Bioprodukte sehr gute Beurteilungen. [mbu]

- Stiftung Warentest, Berlin, www.test.de
- Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax -309, E-Mail: info@boelw.de, www.boelw.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Ökolebensmittel

Bio-Essen schmeckt Warentestern nicht

■ Bioprodukte sind gesünder als konventionelle, schmecken aber meist nicht besser, besonders wenn sie verarbeitet sind. Das ergab eine Untersuchung der

Produktsicherheit

EU plant Spielzeug-TÜV

■ Die Europäische Kommission will noch vor Weihnachten eine Neufassung der 1988 erlassenen Richtlinie für die Sicherheit von Spielzeug vorlegen. Dies sagte die Kommission dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments Anfang Oktober zu. Krebserregende, erbgut- und fort-

pflanzungsschädigende Stoffe in Spielzeug sollen verboten werden. Die Prüfung von möglicherweise gefährlichem Spielzeug soll eine unabhängige Kontrollstelle übernehmen.

Der Ausschuss debattierte über die geplante Novelle der Richtlinie, nachdem das Parlament im Oktober mehr Schutz vor giftigen Spielwaren gefordert hatte. Im Sommer musste der Spielzeughersteller Mattel insgesamt 21 Millionen in China hergestellte Produkte zurückrufen, die unter anderem mit Blei belastet waren. 80 Prozent aller weltweit produzierten Spielwaren werden in China hergestellt. Zwei Drittel des europäischen Spielzeugs kommen von dort. China versicherte inzwischen, dass für Export-Spielzeug keine bleihaltigen Lacke mehr verwendet würden.

Die EU-ParlamentarierInnen forderten Ende September ein neues EU-Prüfzeichen für Spielwaren und eine strengere Kontrolle des Marktes. Sie kritisierten das zurzeit gültige CE-Zeichen, das die Hersteller selbst anbringen dürfen und das lediglich anzeigt, ob technische Standards eingehalten werden.

[mbu]

- EU-Kommission, Generaldirektion Verbraucherschutz, Brüssel, E-Mail: sanco-mailbox@cec.eu.int, www.europa.eu.int/comm/consumers

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Brachflächen

EU-Landwirte dürfen mehr Getreide anbauen

■ Die EU-AgrarministerInnen haben Ende September beschlossen, das Anbauverbot für zehn Prozent der Felder bis zum Frühjahr 2008 auszusetzen. Sie folgten damit einem Vorstoß der EU-Kommission. Diese hatte angesichts der steigenden Getreidepreise vorgeschlagen, die Verpflichtung für Landwirte aufzu-

heben, einen Teil ihres Landes aus Umweltschutzgründen brachliegen zu lassen. Auch Deutschland machte sich wegen der Marktsituation für die Aussetzung stark. Der Agrar-Staatssekretär Gert Lindemann sagte, man unterstütze den Vorschlag.

Nun dürfen die Bauern in diesem Herbst und im kommenden Frühjahr Getreide aussäen. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel hofft, dass diese Maßnahme bis zu 17 Millionen Tonnen zusätzlicher Ernte bringt. Auf dem Weltmarkt werden derzeit Spitzenpreise für Getreide gezahlt. Das Produkt ist knapp, weil es beispielsweise in Europa und Australien schlechte Ernten gab.

Seit 1992 ist der sogenannte Flächenstilllegungssatz verpflichtend. Gut 3,8 Millionen Hektar Ackerland in der Europäischen Union sind derzeit von der Regelung betroffen. Ein Ziel war es, die Überschussproduktion in der EU zu drosseln. Aus Umweltsicht dient die Flächenstilllegung außerdem dem Bodenschutz. Naturschutzverbände warnten deshalb vor einem Aus für die Flächenstilllegung. Dies stehe im Widerspruch zu Angaben, wonach es riesige Flächen zum Anbau von Energiepflanzen für die Produktion von Bioenergie gebe, sagte Ariel Brunner von BirdLife.

[mbu]

- BirdLife, Ariel Brunner, Brüssel, Tel. +32 2 / 280-0830, Fax -3802, E-Mail: bleco@birdlifeeco.net, www.birdlife.org

Agrarzahlungen

Ein Viertel weniger Beihilfe für Rumänien?

■ Wenn Rumänien nicht zügig sein Verwaltungs- und Kontrollsystem für die Auszahlung von Agrarbeihilfen den EU-Vorschriften anpasst, will die Europäische Kommission die Gelder um 25 Prozent kürzen. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel setzte der Regierung in Bukarest dafür eine Frist bis zum 9. November.

Die Agrarbeihilfen sollen ab 1. Dezem-

ber an die Landwirte ausgezahlt werden. In Rumänien funktioniert laut EU-Kommission ein Computersystem noch nicht, das die Höhe von Beihilfen für Bauern und Bäuerinnen berechnet und die Flächen ausweist, für die Gelder fließen sollen.

Im kommenden Jahr sind im EU-Haushalt für Rumänien 443 Millionen als Direkthilfen eingeplant. Bis 2013 sollen Steuermittel aus dem EU-Haushalt in Höhe von insgesamt 12,2 Milliarden Euro an Rumänien gezahlt werden – teils als Direktzahlungen an die Landwirte, teils für die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Direktzahlungen werden zunächst von den Mitgliedstaaten selbst an die Bauern geleistet und anschließend aus dem EU-Haushalt erstattet. Fischer Boel warnte Rumänien davor, ohne vorheriges Einverständnis der EU-Kommission größere Beträge auszuzahlen. [mbu]

- EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, Brüssel, Tel. +32 2 / 295 -3240, Fax -7540, E-Mail: agri-library@cec.eu.int, www.europa.eu.int/comm/agriculture/index_de.htm

Artenvielfalt in der Landwirtschaft

Nutztierrassen sterben aus

■ Die Welternährungsorganisation FAO hat einen Aktionsplan zum Schutz der biologischen Vielfalt von landwirtschaftlichen Nutztieren verabschiedet. Nach Schätzung der FAO gilt ein Fünftel aller Nutztier-rassen als gefährdet. In den vergangenen Jahrzehnten sind fast zehn Prozent ausgestorben. Der Aktionsplan sieht vor, dass sich die Mitgliedsländer der FAO verstärkt um Einordnung, Monitoring sowie den Erhalt von Nutztieren kümmern. Außerdem sollten sie die Entwicklung tiergenetischer Vielfalt und eine nachhaltige Nutzungsweise fördern. Rechtlich verpflichtet sind die Länder dazu aber nicht. Genau darin sieht Franziska Wolff vom Öko-Institut in Berlin ein Problem. Außerdem reichten Schutzprogramme nicht, solange die industrielle Agrarproduktion Vielfalt in großem Maßstab vernichte, so die Umweltrechtsexpertin. Die Finanzierung des

Planes sei vage. Der Aktionsplan sei aber ein erster wichtiger Schritt und komme der Agrobiodiversität, der Umwelt, der globalen Ernährungssicherheit und dem Kampf gegen Armut zugute, lobte Wolff. [mbu]

- FAO, Rom, Tel. +39 6 / 570-51, Fax -53152, E-Mail: fao-hq@fao.org, www.fao.org

Geflügelpest

Freilandhuhn freigesprochen

■ Die Deutsche Ornithologen-Gesellschaft (DO-G) hat sich im September in Gießen besorgt über die geplante Novelle der Geflügelpest-Verordnung geäußert. Die VogelkundlerInnen sehen grundlegende Erkenntnisse aus den Ausbrüchen der auch als Vogelgrippe bekannten Krankheit in den vergangenen Jahren nicht berücksichtigt. So sei das Risiko, dass sich freilaufendes Geflügel bei Wildvögeln anstecke, erwiesenermaßen gering. Ein weltweites Monitoring von 350.000 Wildvögeln habe gezeigt, dass der Erreger der Vogelgrippe extrem selten in Wildvogelbeständen vorkomme. In den meisten Fällen ist die Vogelgrippe nach Angaben der DO-G in Geflügelställen aufgetreten, die vorschriftsmäßig von Wildvögeln isoliert waren. Dieser Übertragungsweg für den Virus sei

also kaum relevant. ExpertInnen halten ein Freilaufverbot in der Umgebung von Geflügelpestausrüchen für ausreichend.

Die OrnithologInnen kritisieren auch, dass die meisten Vogelarten durch die Definition von „Wildvögeln im Sinne der Verordnung“ ausgeschlossen sind. Dies betreffe unter anderem die Lappentaucher, die im vergangenen Sommer zu 90 Prozent durch die Vogelgrippe starben.

Aus Sicht der DO-G sind außerdem umfassende epidemiologische Begleituntersuchungen der Seuchenausbrüche erforderlich. Über die Ergebnisse müssten die zuständigen Veterinärbehörden und Fachlabore auch die Öffentlichkeit informieren. [mbu]

- Deutsche Ornithologen-Gesellschaft (DO-G), Franz Bairlein, Tel. +49 (0)4421 / 9689-0, Fax -55, E-Mail: franz.bairlein@ifv.terramare.de, www.do-g.de

EU-Agrarbeihilfen

Energiepflanzen wachsen über den Fördertopf hinaus

■ Der Verwaltungsausschuss für EU-Direktzahlungen hat Mitte Oktober einen Vorschlag der Europäischen Kommission

gebilligt, die Anbaufläche zu reduzieren, für die Landwirte die Sonderbeihilfe für Energiepflanzen erhalten können. Der Grund: Die beihilfefähige Fläche von zwei Millionen Hektar wurde überschritten. Die EU hatte die Beihilfe 2003 bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eingeführt, um Landwirte anzuregen verstärkt Biokraftstoffe anzubauen. Damit sollte die Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasse angekurbelt werden.

Für maximal zwei Millionen Hektar Fläche wird den Bäuerinnen und Bauern eine Beihilfe von 45 Euro pro Hektar gezahlt, sofern sie einen Kunden haben, der die Pflanzen entsprechend weiterverarbeitet. Weil aber in diesem Jahr schon auf mehr als 2,8 Millionen Hektar Energiepflanzen angebaut wurden, wird die Beihilfe jetzt nur für etwa 70 Prozent der beantragten Flächen ausgezahlt.

EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel bezeichnete die Zahlungen als nützlich für die europäischen Pflanzentreibstoffhersteller. Bei der GAP-Überprüfung im November müssten aber auch die Biosprit-Beihilfen auf den Prüfstand. Es gebe hier einen „blühenden Markt“. [mbu]

- EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, Brüssel, Tel. +32 2 / 295-3240, Fax -7540, E-Mail: agri-library@cec.eu.int, www.europa.eu.int/comm/agriculture

Nachhaltigkeit

A-Z



Wiedervorlage dringend

Ö wie Ökologische Ökonomie

Die neoklassische Ökonomie verkauft ihre Leitsätze gerne wie Naturgesetze. Als Gegenpol präsentiert die Vereinigung für Ökologische Ökonomie Klassiker und neue Ideen für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit: Lesen Sie in diesem Buch, wie die Wirtschaftswissenschaft zum Motor einer ökologischen Neuorientierung der modernen Gesellschaft wird.

E. Lang, C. Busch-Lüter, J. Kopfmüller (Hrsg.)
Wiedervorlage dringend: Ansätze für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit
 oekom verlag, München 2007
 256 Seiten, 19,80 EUR, ISBN 978-3-86581-070-0

Erhältlich bei
 www.oekom.de
 oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft



Genpflanzen-Zulassung

Seehofer stimmt für Genmais

■ Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat Ende September in Brüssel für die Zulassung von drei neuen Genmaissorten in der EU gestimmt. Gemeinsam mit 13 weiteren EU-Staaten ebnete Deutschland damit den Weg für die Gentechnikkonzerne Pioneer und Monsanto, die ihre Produkte auf dem EU-Markt vertreiben wollen. Die Ja-Stimmen reichten zwar nicht für eine qualifizierte Mehrheit im Agrarministerrat, aber in einer solchen Pattsituation kann die EU-Kommission eigenständig über die Zulassung entscheiden. Deren Votum fiel bisher stets pro Gentechnik aus. [mbu]

► Bundeslandwirtschaftsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, E-Mail: pressestelle@bmelv.bund.de, www.bmelv.de

Gentechnikgesetz

Bundesrat auf Gentech-Kurs

■ Ende September hat der Bundesrat Änderungen am Entwurf für das neue Gentechnikgesetz gefordert, das die Regierung im August beschlossen hatte. So will die Länderkammer das Recht von Naturschutzverbänden und -behörden abschaffen, Einfluss auf den Anbau genmanipulierter Pflanzen in ökologisch sensiblen Regionen zu nehmen. Auch das genaue Standortregister ist dem Bundesrat ein Dorn im Auge. Der für die Öffentlichkeit einsehbarer Teil soll auf die Beschreibung der Gemarkung reduziert werden.

Aus Sicht der Ländervertretung ist der im Gesetzentwurf geforderte Sachkundennachweis für Gentechnik-Bauern „unverhältnismäßig und praxisfremd“. Stattdessen solle ein Beipackzettel für Gentechnik-Saatgut genügen.

Wenn der Nachbar eines Gentechnik-Anbauers nicht innerhalb eines Monats zu dessen Anbauplänen Stellung nimmt, soll er das Recht auf die Einhaltung von Mindestabständen verlieren. Der Entwurf sieht einen Mindestabstand von 150 Me-

tern zwischen Genmais und konventionellem Mais vor, zu Ökomais sollen es 300 Meter sein.

Sollte der Bundestag die Forderungen des Bundesrates akzeptieren, sind nach Auffassung des Umweltinstituts München der Agro-Gentechnik in Deutschland Tür und Tor geöffnet. Der Umweltschutzverein appellierte deshalb an Verbraucherinnen und Verbraucher, die Abgeordneten der Regierungsparteien aufzufordern, sich weiter für ein strenges Gentechnikgesetz einzusetzen. [mbu]

► Umweltinstitut München, Tel. +49 (0)89 / 3077490, E-Mail: info@umweltinstitut.org, www.umweltinstitut.org
► www.kurzlink.de/bundesratsempfehlung

Genpflanzenanbau

Mehr Genmais in der EU

■ In der Europäischen Union wird immer mehr gentechnisch veränderter Mais angebaut. Nach Angaben des Informationsdienstes TransGen ist in diesem Jahr Genmais in Spanien, Frankreich, Tschechien, Portugal und Deutschland auf etwa 110.000 Hektar Fläche gesät worden. Vergangenes Jahr seien es 62.000 Hektar gewesen – etwa ein Prozent der Maisanbaufläche der EU. Genveränderter Mais werde in der EU derzeit ausschließlich in den fünf genannten Ländern angebaut. Rechtlich erlaubt sei der Anbau in der gesamten EU.

Spanien ist TransGen zufolge Spitzenreiter mit einem Anstieg von 40 Prozent in der Anbausaison 2007. In dem Land wachse auf über 75.000 Hektar genmanipulierter Bt-Mais. Das entspreche einem Viertel der nationalen Maiseerzeugung. In Deutschland betrage die Fläche dagegen nur 2.650 Hektar.

In der EU wird laut TransGen ausschließlich Bt-Mais gepflanzt, der einen Wirkstoff gegen den Maiszünsler produziert. Der Mais werde als Futtermittel oder Energiepflanze verwertet. Wo der Maiszünsler, dessen Raupen sich durch den Stängel der Pflanzen bohren, besonders viel Ernte zerstöre, seien Landwirte

sehr am Anbau von Bt-Mais interessiert, schreibt der von der Biotech-Industrie finanzierte Infodienst. Kritiker lehnen die Sorte ab, weil gentechnikfreie Nachbarfelder verunreinigt werden könnten. [mbu]

► TransGen, Aachen, +49 (0)241 / 168-4086, E-Mail: info@transgen.de, www.transgen.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

UN-Biodiversitätskonferenz 2008

Genetische Ressourcen nutzen – aber fair

■ VertreterInnen der 189 Vertragsstaaten des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) haben Mitte Oktober über Fortschritte beim Zugang zu genetischen Ressourcen und dem gerechten Vorteilsausgleich (ABS) beraten. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Verhandlungen über einen ethischen Verhaltenskodex für indigene und lokale Gemeinschaften sowie die Form ihrer Beteiligung an den Beratungen über ein ABS-Regime. Das Treffen im kanadischen Montreal diente der Vorbereitung der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD im Mai 2008 in Bonn.

Von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Biodiversitätskonferenz ist nach Ansicht von BeobachterInnen die Beteiligung der Ursprungsländer genetischer Ressourcen an den Vorteilen, die aus ihrer Nutzung entstehen. Die EU möchte in Bonn konkrete Beschlüsse darüber erreichen, wie und von wem hierzu internationale Regelungen erarbeitet werden können und welche Elemente ein ABS-Regime haben soll. Eines dieser Elemente könnte nach EU-Vorstellungen ein international anerkanntes „Konformitätszertifikat“ sein, das bestätigen soll, dass die genetische Ressourcen legal in Besitz genommen wurden. [bv]

► www.bmu.de, www.naturallianz.de

Bodenschutz im EU-Parlament

Verschmutzerlobby entzieht neuem Gesetz den Boden

■ Um den Schutz der wichtigsten Lebensgrundlage ist es schlecht bestellt: EU-weit sind bereits die Hälfte der Böden mehr oder weniger stark verdichtet und mindestens 500.000 Grundstücke durch Gifte belastet. Die Europäische Kommission hatte daher im September 2006 eine Gesetzesinitiative gestartet, um direkt und systematisch für Maßnahmen zum Schutz des Bodens, der (Boden-)Natur und der Bevölkerung zu sorgen. Anfang Oktober fasste der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments seine Beschlüsse zu dem Kommissionsvorschlag zusammen, die die Agrar- und Industrieverbände aus Deutschland maßgeblich beeinflusst haben. Zwar gelang es der Verursacherlobby nicht, dass der Richtlinienentwurf vollständig abgelehnt wurde, jedoch haben die Abgeordneten zentrale Instrumente abgeschwächt:

▶ Bei Maßnahmen zur Sanierung und Risikominderung soll es kein Beteiligungsrecht der Öffentlichkeit und der Umweltverbände geben. Das widerspricht dem Sinn der Århus-Konvention über Bürgerbeteiligung im Umweltschutz.

- ▶ Die Vorgaben der Bodenrahmenrichtlinie werden gegenüber anderen bodenrelevanten EU-Gesetzen, zum Beispiel zur Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen, herabgestuft.
- ▶ Vorsorgemaßnahmen sollen nicht verpflichtend für Landnutzer und Eigentümer werden, sondern nur dann zur Anwendung kommen, wenn sie „verhältnismäßig“ sind. Hierbei ist auch noch unklar, ob Firmen oder Betriebe unter dem neu definierten Begriff Landnutzer fallen.
- ▶ Die unverbindliche und in ihrer Wirkung umstrittene „gute fachliche Praxis“ in der Landwirtschaft wird als bodenverträglich anerkannt und soll allenfalls auf freiwilliger Basis weiterentwickelt werden.
- ▶ Mitgliedstaaten müssen nur ihnen angemessene Maßnahmen zur Begrenzung der Bodenversiegelung erarbeiten.
- ▶ Gegen Bodenrisiken ist weder ein nationales Maßnahmenprogramm noch die verbindliche Anwendung bodenverträglicher Maßnahmen vorgegeben.
- ▶ Bezogen auf die Landwirtschaft müssen die Staaten nicht über die Vorgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU hinaus aktiv werden.
- ▶ Für ein nationales Verzeichnis über (potenzielle) Altlastenstandorte fehlt ein Kriterienkatalog mit relevanten

Nutzungen, ein verbindlicher Bodenzustandsbericht beim Verkauf von Grundstücken sowie eine abgestimmte nationale Sanierungsstrategie.

Das Plenum des Europaparlaments will im November über die Empfehlungen des Umweltausschusses entscheiden. Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) und der BUND sehen besonders die deutschen Europa-Abgeordneten in der Pflicht, diese gravierenden Defizite zu beheben. [Ingo Valentin, Christian Schweer]

- ▶ BUND, Ingo Valentin, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 8925722, E-Mail: info@bundundboden.de
- ▶ EEB, Agrarexperte Pieter de Pous, Brüssel, Tel. +32 2 / 28913406, E-Mail: pieter.depous@eeb.org

Neue Rote Liste

Nur jede dritte Pflanzenart ist nicht bedroht

■ Weltweit sind 16.306 Arten vom Aussterben bedroht. Diesen hohen Artenverlust zeigt die Mitte September veröffentlichte Rote Liste 2007 der Weltnaturschutzorganisation IUCN. Insgesamt umfasst die Rote Liste über 41.000 Arten. Mittlerweile sind jede vierte Säugetierart, jede achte Vogelart, jede dritte Amphibienart, jede

Nachhaltigkeit

A-Z



Z wie Zukunftsmacher

Karriere machen, die Welt verbessern und auch noch glücklich sein – das sind ja gleich drei Wünsche auf einmal! Das geht doch gar nicht! – Oder doch? Das Buch »Die Zukunftsmacher« stellt Ihnen 23 inspirierende Menschen vor, die es geschafft haben, ihr Leben in den Dienst einer guten Sache zu stellen, erfolgreich zu sein und dabei glücklich und zufrieden zu werden.

J. Stefánska, W. Hafemayer

Die Zukunftsmacher

Eine Reise zu Menschen, die die Welt verändern – und was Sie von ihnen lernen können
oekom verlag, München 2007, 256 Seiten, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-086-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

fünfte Hai- und Rochenart und 70 Prozent aller erfassten Pflanzenarten gefährdet. Klimawandel und Überfischung haben dazu geführt, dass erstmals auch drei Korallen- und zehn Algenarten auf der Roten Liste stehen. Lebensraumverlust, Wilderei, Umweltgifte sowie der nicht geregelte internationale kommerzielle Handel zählen zu den Hauptgefährdungsursachen der meisten Arten.

Es gibt aber auch einige positive Beispiele für effektiven Artenschutz. 1970 existierten vom Mauritiusittich nur noch zehn Individuen. Nach der neuen Roten Liste ist die Art aufgrund erfolgreicher Artenschutzmaßnahmen nicht mehr akut vom Aussterben bedroht.

IUCN-Generaldirektorin Julia Marton-Lefèvre sagte, die bisherigen Bemühungen zum Schutz der Arten reichten nicht aus. „Die Geschwindigkeit des Artenverlustes nimmt zu und wir müssen jetzt handeln, um sie signifikant zu reduzieren und die Krise globalen Aussterbens abzuwenden.“ Dies sei möglich, so Marton-Lefèvre, erfordere aber die vereinten Anstrengungen aller Gesellschaftsebenen. [bv]

► www.iucnredlist.org

Vogelfang in Katalonien

Provinzieller Rückfall

■ Mit dem Verweis auf alte Traditionen will die katalonische Provinzregierung in diesem Jahr die Vogeljagd mit Leimruten und Schlagnetzen wieder erlauben. Die beiden bereits durch EU-Gesetzgebung verbotenen Fangmethoden gelten als tierquälerisch und unselektiv. Nach Schätzungen von Ornithologen gehört rund ein Drittel der so gefangenen Vögel zu geschützten Arten. Die spanische Naturschutzorganisation GEPEC hat zusammen mit weiteren Partnern eine Protestkampagne gestartet und sammelt Unterschriften auch im Ausland. Die Naturschutzverbände wollen damit die Wiedereinführung der Methoden verhindern. [io]

► www.gepec.org/barraca-i-filat/form_deu.php

Business and Biodiversity Initiative

Wirtschaft soll mit Biodiversität rechnen

■ Europäische Umweltverbände haben im Oktober in Lissabon hohe Hürden für die Biodiversitätspolitik der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft gesetzt. Bei einem vom portugiesischen Umweltverband Quercus und einigen Stiftungen veranstalteten Seminar bereiteten sie eine sogenannte High-Level-Konferenz der portugiesischen Präsidentschaft am 12. und 13. November vor.

João Menezes vom portugiesischen Umweltministerium betonte die Bedeutung von freiwilligen Vereinbarungen und Win-Win-Situationen. Neue Programme und Regelungen seien ebensowenig erwünscht wie weitere bürokratische Anforderungen. Menezes sprach sich für eine Plattform innerhalb der EU-Kommission aus, die – mit einem entsprechenden Budget ausgestattet – die Business and Biodiversity Initiative der Weltnaturschutzunion IUCN unterstützen solle. Vorstellbar seien ein Kriterienkatalog für etwa zwanzig Wirtschaftssektoren und ein spezielles Biodiversitäts-Audit. Arthur Eijs vom niederländischen Umweltministerium setzte sich für eine Verträglichkeitsprüfung im Bereich Biodiversität und für eine europäische Beratungsstelle ein und betonte die Bedeutung von Pilotprojekten.

DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen verwies auf eine geplante Initiative der deutschen Bundesregierung und auf die Global Reporting Initiative, die Richtlinien für Nachhaltigkeitsberichte von Unternehmen erarbeite. Er forderte die Entwicklung spezieller Indikatoren für die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie für Verkehr, Energie und Tourismus. Nach der Erarbeitung entsprechender Standards könne ein Biodiversitätslabel für die verschiedenen Bereiche vergeben werden.

Das Strategietreffen von Umweltverbänden endete mit einer „Lissabon-Deklaration“. Den Rahmen für das Treffen bildete der vom DNR koordinierte Dialog Wirtschaft und Biodiversität. Ein weiteres Treffen in Slowenien wird sich mit

Waldpolitik befassen. Die Ergebnisse des Dialogs zwischen Wirtschaft, Politik und Verbänden sollen bei der UN-Biodiversitätskonferenz COP 9 im Mai 2008 in Bonn vorgestellt werden.

[mb]

► Lisbon Declaration of NGOs on the Business and Biodiversity Initiative: DNR, Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, www.dnr.de

EU-finanzierter Umweltschutz

Die besten LIFE-Projekte

■ Die EU-Kommission hat zum dritten Mal die besten LIFE-Umwelt-Projekte ausgewählt und in einer Broschüre veröffentlicht. Die Projekte müssen erfolgreich, innovativ, gut strukturiert und vorbildhaft umgesetzt sein. Die Broschüre beschreibt 22 der erfolgreichsten LIFE-Projekte der Jahre 2006 und 2007. Darunter sind Schutzprojekte für Schildkröten, Abwasser- und Flussprojekte sowie Vorhaben im Abfallmanagement und zur Verringerung industrieller Umweltverschmutzung. [bv]

► Best Life III Projects 2006-2007. Download: www.kurzlink.de/bestlife3 (PDF, 2,6 MB)

EU-Naturschutzrichtlinien

Italien verurteilt

■ Wegen mangelhafter Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) Ende September Italien verurteilt. Das EU-Land habe zugelassen, dass sich der Zustand des Vogelschutzgebiets Valloni e steppe pedegarganiche verschlechtert habe und die wild lebenden Vogelarten gestört worden seien. Außerdem seien Bauarbeiten im Skigebiet Santa Caterina Valfurva, das unter dem Schutz der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie steht, genehmigt worden, ohne dass vorher die Naturverträglichkeit geprüft worden sei. [io]

► www.kurzlink.de/italien-natura2000

Wildniskorridore**Wandernetz für Wildkatzen**

Der Umweltverband BUND fordert einen rund 20.000 Kilometer großen Wildkatzenwegeplan. Das Wandernetz für Wildkatzen, das Bund und Ländern vorgelegt wurde, soll sicherstellen, dass Verkehrswege sowie Gewerbe- und Wohngebiete in Zukunft naturverträglich angelegt werden. Damit soll das Überleben der bedrohten Katzen, die bis zu 1.000 Hektar große Gebiete durchqueren, gesichert werden. Die längsten Wildniskorridore sollen Schwarzwald, Pfälzer Wald, Hunsrück und Eifel sowie den Harz mit dem Thüringer und dem Bayerischen Wald verbinden. [io]

► www.bund.net/wildkatze

Vogel des Jahres 2008**Der Kuckuck wird abgehängt**

■ Die Naturschutzverbände NABU und LBV haben den Kuckuck zum Vogel des Jahres 2008 erklärt. Er sei vielerorts selten geworden – in Deutschland genauso wie in seinen afrikanischen Winterquartieren. Der Kuckuck stehe für artenreiche und vielfältige Lebensräume, die wegen zu großflächiger Monokulturen und Baumaßnahmen verloren gingen. Zusätzlich wirke sich der Einsatz von Pestiziden negativ auf den Bestand der Insektenfresser aus. Auch der Klimawandel habe schlimme Folgen für den Kuckuck, da viele der Wirtsvögel, von denen der Kuckuck seine Jungen aufziehen lässt, immer früher brüteten und der Kuckuck als Zugvogel immer weniger Nester finde, die am Anfang der Brut stehen. Um den Lebensraum des Kuckucks zu sichern, fordern die beiden Verbände klare Richtlinien für den Anbau nachwachsender Rohstoffe, ökologischen Hochwasserschutz an Fließgewässern und die naturnahe Entwicklung von Auwäldern. [mi]

► NABU, Dr. Markus Nipkow,
Tel. +49 (0)30 / 28498416-20,
www.nabu.de/m01/m01_05/07228.html

Bundesamt für Naturschutz**Neue Präsidentin**

■ Beate Jessel, Professorin für Strategie und Management der Landschaftsentwicklung an der TU München, wird neue Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). Jessel gilt als Expertin für Landschaftsentwicklung und Naturschutz, Landnutzungsmanagement, Umweltverträglichkeitsprüfung, Eingriffsregelung in den Naturhaushalt und naturschutzfachliche Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Sie studierte Landschaftspflege und arbeitete unter anderem an der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege sowie an der Universität Potsdam. Die designierte Präsidentin ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Rates für Landespflege und seit 2006 dessen stellvertretende Sprecherin. Beate Jessel löst am 2. November Hartmut Vogtmann ab, der in den Ruhestand tritt. [io]

von Genen auswirkt. Durch die Technik sollen Krankheiten wie Alzheimer an Mäusen erforscht werden.

Der Bundesverband Menschen für Tierrechte kritisierte die diesjährige Auszeichnung. Damit werde eine Medizin propagiert, die sich auf Erbanlagen fixiere und den Blick für den Menschen als ganzheitliches Wesen verliere. Zudem habe sich in den Jahren 2000 bis 2005 die Zahlen der Versuche mit genmanipulierten Mäusen verdoppelt. Es sei auch nicht vorherzubesimmen, ob veränderte oder defekte Gene bei Maus und Mensch dieselben Auswirkungen hätten. Bei den Tieren könne es zu unvorhergesehenen Defekten kommen, die mit Leiden verbunden seien. [mb]

► www.tierrechte.de

Tierschutz-Verbandsklage**Bremen setzt Meilenstein**

■ Die Bremische Bürgerschaft hat Ende September als erstes Bundesland beschlossen, dass anerkannte Tierschutzorganisationen das Verbandsklagerecht erhalten. Zudem will Bremen eine Bundesratsinitiative für die Einführung dieses Klagerechts auf Bundesebene ergreifen. Das Landesparlament folgte damit einem Bürgerantrag, den der Bremer Tierschutzverein gemeinsam mit dem Deutschen Tierschutzbund initiiert hatte.

Bei dem Bremer Modell handelt sich um eine Feststellungsklage. Anerkannte Tierschutzverbände können damit behördliche Maßnahmen, etwa die Genehmigung von Tierversuchen, im Nachhinein überprüfen lassen. Stellt das Gericht fest, dass die Behörde gegen das geltende Tierschutzrecht verstoßen hat, dann muss sie bei künftigen Entscheidungen dieses Urteil im Sinne des Tierschutzes berücksichtigen. Gemeinsam mit dem vor fünf Jahren im Grundgesetz verankerten Staatsziel Tierschutz haben TierschützerInnen immer auch ein Klagerecht für anerkannte Verbände gefordert. [mb]

► www.tierschutzbund.de/00708.html

TIERSCHUTZ & ETHIK

Transgene Mäuse**Nobelpreis für Tierversuche**

■ Die höchste Auszeichnung für Mediziner, der Nobelpreis, wird in diesem Jahr an die US-Forscher Mario Capecchi und Oliver Smithies und den Briten Martin Evans verliehen. Die drei Humangenetiker legten die Grundlagen für die gezielte Abschaltung und den Austausch von Genen in Versuchstieren. Außerdem entdeckten sie eine Methode, mit der bestimmte Gen-Modifikationen in Mäusegene eingebracht werden können, indem embryonale Stammzellen zum Transport verwendet werden. Nachwuchs wird dann nach den Mendelschen Regeln erzeugt. Erwünschte Gene können mit bestimmten Zelltypen und zu bestimmten Zeiten aktiviert oder deaktiviert werden. An den so entstandenen „Knock-out-Mäusen“ soll studiert werden, wie sich der Ausfall und das Hinzufügen

Ethikpreis**Blue Planet Award für Vandana Shiva**

■ Der diesjährige Blue Planet Award der Stiftung für Ethik und Ökonomie geht an die indische Quantenphysikerin und Ökofeministin Vandana Shiva. Der Preis würdigt Personen, die sich besonders für den Erhalt der Erde engagieren. Die Preisträgerin setzte sich für die Rechte der indischen Urbevölkerung und den Schutz des Saatgutes ein. Außerdem formulierte sie alternative Ansätze für Nachhaltigkeit, Vielfalt und fairen Handel und ist in der Friedens- und Demokratiebewegung aktiv.

Die Ethecon-Stiftung verleiht als Gegenstück zum Blue Planet Award auch den Black Planet Award. Dieses Jahr erhielten zwei Topmanager des Nestlé-Konzerns diesen Negativ-Preis. [io]

► www.ethecon.org

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Reformvertrag**Verfassung light ab 2009**

■ Die 27 EU-Staaten haben sich im Oktober auf einen Reformvertrag verständigt. Dieser ersetzt die ursprünglich geplante EU-Verfassung, die 2005 bei zwei Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden durchgefallen war. Mit den neuen Regeln sollen Entscheidungen in der EU schneller durchgesetzt werden, damit Europa weltpolitisch eine größere Rolle spielen kann.

Knappe Mehrheitsentscheidungen, mit denen ein einziger Mitgliedstaat einen Beschluss stoppen kann, sollen allerdings verschoben werden können. Damit setzte sich Polen durch, das der EU eher zurückhaltend begegnet. Diese Regelung kann allerdings einstimmig wieder abgeschafft werden. Auch Italien setzte seine Forderung nach mehr Einfluss im EU-Parlament

durch und erhält einen Sitz mehr. Ab 2009 soll es statt 785 nur noch 750 Sitze im Parlament geben. Deutschland wird dann voraussichtlich 96 statt der bisherigen 99 Plätze im Europaparlament haben.

Am 13. Dezember sollen die Verträge in Lissabon unterzeichnet werden. Alle Mitgliedstaaten müssen die Verträge vor den nächsten Europa-Wahlen im Jahr 2009 ratifizieren.

Der Generalsekretär des Umweldachverbandes Europäisches Umweltbüro (EEB), John Hontelez, begrüßte die Einigung vorsichtig, da es keine Rückschritte für den Umweltschutz gegeben habe. Wie der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily meldete, hob Hontelez vor allem das neu in den Vertrag eingefügte Kapitel zur Energiepolitik hervor, in dem unter anderem Energieeffizienz, Einsparung und die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energien vorgesehen seien. Darüber hinaus seien wichtige Elemente des Verfassungsentwurfs auch im Reformvertrag enthalten, so das Verursacherprinzip und das Umweltintegrationsprinzip, nach dem Umwelt als Querschnittsthema in alle Politikbereiche einbezogen werden soll. Aus Umweltsicht gebe es keine Gründe, gegen den Vertrag zu sein, sagte Hontelez.

Marc Pallemmaerts vom Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) nannte als weiteren Pluspunkt, dass auch nachhaltige Entwicklung als EU-Ziel verankert sei, und zwar auch in der Politik gegenüber Drittstaaten. Außerdem erhalte das EU-Parlament auch in der Agrarpolitik Entscheidungskompetenzen – laut Pallemmaerts eine der deutlichsten Veränderungen.

Mehrere europäische Attac-Verbände kritisierten dagegen das „antidemokratische Verfahren“, in dem der Reformvertrag zustande gekommen sei. Die EU-Institutionen blieben in den meisten Bereichen einer demokratischen Kontrolle verschlossen und die Grundrechte seien weiterhin stark eingeschränkt. Zudem werde keine Alternative zum Neoliberalismus vorgeschlagen. Attac-VertreterInnen sprachen darüber hinaus von einer Militarisierung der EU und der Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Aufrüstung. In dem Vertrag heißt es dazu: „Die Mitgliedstaaten

**3. Schweizer NATUR Messe mit NATUR Festival**

Donnerstag bis Sonntag, 21. bis 24. Februar 2008 (zweites muba-Wochenende)
Halle 4, Messezentrum Basel, täglich von 10 bis 18 Uhr
Erleben, entdecken, diskutieren, natürlich einkaufen, nachdenken, geniessen, spielen, essen und trinken für alle!
www.natur.ch/messe

3. Nationaler NATUR Kongress

Freitag, 22. Februar 2008, Kongresszentrum Basel
Jahresthema: «forschen, lernen, handeln»
(Simultanübersetzung D-F-E)
Mit Jane Goodall, Verhaltensforscherin; Wangari Muta Maathai, Friedensnobelpreisträgerin; Bundespräsident Pascal Couchepin, Forschungsminister; 30 Workshops, Networking Dinner.
www.natur.ch/kongress

Gutschein

Im Tausch für dieses Inserat erhalten Sie eine ermässigte Tageskarte für die NATUR Messe, das NATUR Festival und die muba zum Preis von 8 (statt 14) Franken. Kinder bis 16 Jahre in Begleitung Erwachsener gratis.



Fragwürdiges Rollenspiel bei der Konferenz „Umwelt für Europa“

Unter dem Motto „Brücken bauen in die Zukunft“ fand vom 10. bis 12. Oktober in Belgrad die 6. Paneuropäische Umweltministerkonferenz der UN statt (umwelt aktuell 10.07, S. 6). VertreterInnen von 53 Staaten, darunter zahlreiche Minister, stellten sich vor allem zwei Fragen: Was hat der vor 16 Jahren gestartete Prozess „Umwelt für Europa“ gebracht? Und wie soll es weitergehen?

Die Frage nach der Zukunft dominierte die Verhandlungen. Dabei gingen die Ansichten weit auseinander. Während die USA den gesamten Prozess am liebsten sofort beerdigt sehen möchten, verfolgte die EU eine Verschlinkungsstrategie und forderte eine Schwerpunktsetzung bei den Staaten Osteuropas und Zentralasiens (EECCA). Die im European Ecoforum organisierte Zivilgesellschaft wünschte sich wiederum eine effektivere Arbeit im gesamten paneuropäischen Raum. Das machte die Kompromissfindung schwer. Dass Umwelt für Europa weitergeht und dass Reformdiskussionen und eine weitere Konferenz 2011 in Kasachstan vereinbart wurden, ist daher schon ein gutes Zeichen.

Doch dies war schon das einzige nennenswerte Ergebnis der Konferenz. Das ist traurig, wenn man bedenkt, dass Umwelt für Europa zu besseren Zeiten so wichtige Vereinbarungen wie die Århus-Konvention hervorgebracht hat. Doch für den Beobachter der Verhandlungen wurde schnell deutlich, dass die Staaten zu keinem großen Wurf bereit waren. Allen voran blockierten die USA jeden Fortschritt – obwohl sie als nicht-europäisches Land gar nicht unmittelbar betroffen sind. Aber auch unter den übrigen Staaten gab es wenig Bereitschaft zum Kompromiss. Beispiel Energiepolitik: Die EU hatte vorgeschlagen, den Ausbau erneuerbarer Energien für die EECCA-Staaten zu beschleunigen. Das wollte Russland nur akzeptieren, wenn dasselbe auch für die Atomkraft gälte. Die Türkei ergänzte, große Wasserkraftwerke seien ein ebenso wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Da die EU beides ablehnte, wurden alle drei Punkte gestrichen.

So weit, so wenig. Allerdings war bereits im Vorfeld klar, dass es keine nennenswerten Ergebnisse geben würde. Denn die Belgrader Konferenz sollte ausdrücklich die erzielten Erfolge und die Umsetzung der bisherigen Beschlüsse in den Mittelpunkt stellen. Das taten dann vor allem die Europäische Umweltagentur (EEA) und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Beide veröffentlichten eine Studie über Produktions- und Konsummuster in Osteuropa und Zentralasien – und zeichneten ein düsteres Bild. In fast allen untersuchten Bereichen sind negative Trends zu verzeichnen. Sei es, dass die einst ausgeklügelten Recyclingsysteme weitgehend zusammengebrochen sind, dass der Ausstoß von Industriegiften zunimmt oder dass immer mehr Menschen ihren eigenen Pkw fahren, statt den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen: Es gehörte schon viel Optimismus dazu, die leichte Entkopplung vom Wirtschaftswachstum, den einige Kennzahlen andeuteten, als richtungweisend zu betrachten.

Westeuropäische Arroganz ist allerdings fehl am Platz. Denn zu Recht weisen osteuropäische Umweltschützer darauf hin, dass die Ökobilanz der EU alles andere als glorreich ist. Gerade bei Naturschutz und Biodiversität, aber auch bei den Konsum- und Produktionsmustern predige die EU Wasser und trinke Wein, sagte Anna Golubovska von der ukrainischen Organisation MAMA-86. War nicht der 6. Oktober der diesjährige „Tag der ökologischen Schulden“, an dem wir Europäer unseren Teil vom ökologischen Kuchen vollständig aufgegessen haben, sodass wir nun bis zum Jahresende auf Kosten des Rests der Welt leben? Die Forderung nach einem umfassenden Bericht über die Konsum- und Produktionsmuster der EU-Staaten beantwortete der Vertreter der Europäischen Umweltagentur mit den Worten: „Würden wir gerne, ist aber nicht erwünscht.“ Kein Wunder, dass der Ansatz der EU, Umwelt für Europa in Zukunft auf die EECCA-Staaten zu beschränken, bei vielen anderen TeilnehmerInnen der Konferenz auf Befremden stieß. Im Brückenbau muss auch die Europäische Union noch viel lernen.

[Kommentar: Markus Steigenberger]

verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Die globalisierungskritische Organisation setzt sich zudem für eine bindende Volksabstimmung über den Reformvertrag ein.

[jg]

- ▶ EU-Ratsdokumente: www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1317&lang=de
- ▶ EEB, John Hontelez, Brüssel, Tel. +32 2 / 28910-91, E-Mail: info@eeb.org, www.eeb.org
- ▶ Attac-Positionspapier: www.attac.de/aktuell/erklarung-eu-reformvertrag.pdf

EU-Umweltkommissar

Dimas im Netz

■ EU-Umweltkommissar Stavros Dimas hat einen Weblog eröffnet. Mit dem Internet-Tagebuch wolle er mehr Aufmerksamkeit und Bewusstsein für die wichtigsten Umweltthemen unserer Zeit erreichen, sagte der aus Griechenland stammende Politiker. Gleichzeitig hoffe er, dass Menschen aus ganz Europa ihre Ideen und Vorstellungen zur europäischen Umweltpolitik in seinem Blog vorstellten. Alle seien aufgefordert, ihm ihre Meinung mitzuteilen.

[ms]

- ▶ <http://blogs.ec.europa.eu/dimas>

EU-Ratspräsidentschaft 2008/2009

Troika mit grüner Agenda

■ Klimawandel, Luftqualität, Biodiversität, Abfallmanagement und die Förderung nachhaltiger Entwicklung werden die umweltpolitischen Schwerpunkte der nächsten „EU-Troika“ bilden. Darauf haben sich die Umweltminister Frankreichs, Tschechiens und Schwedens in Vorbereitung auf ihre EU-Ratspräsidentschaften geeinigt. Frankreich wird im zweiten Halbjahr 2008 die EU-Ratspräsidentschaft von Slowenien übernehmen, 2009 folgen Tschechien und Schweden. Ein gemeinsames Arbeitsprogramm soll Anfang 2008 von den Umweltministern fertiggestellt werden. Die

EU-Außenminister hatten 2004 beschlossen, dass ab 2008 jeweils drei aufeinanderfolgende Präsidentschaften zu einer sogenannten Troika zusammengeschlossen werden. Immer bestehend aus einem großen, einem kleinen und einem neuen EU-Mitgliedstaat, sollen diese Dreiergruppen die insgesamt eineinhalb Jahre gemeinsam planen. [io]

► www.ecologie.gouv.fr

Bessere Rechtsetzung

Stoiber als Entbürokratisierer

■ EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat den ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zum Vorsitzenden einer Expertengruppe ernannt, die sich mit dem Bürokratieabbau in der EU befassen soll. Die fünfzehnköpfige Gruppe soll die Kommission bei ihren Bemühungen unterstützen, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen bis zum Jahr 2012 um ein Viertel zu senken.

Die überraschende Ernennung stieß bei Insidern in Brüssel auf Unverständnis. Dass ausgerechnet der „penible Aktenfresser“ Stoiber nun den Bürokratieabbau beschleunigen solle, sei eine feine Ironie, so eine EU-Parlamentarierin. Auch habe sich dieser bisher nicht als EU-Befürworter hervorgetan. Doch vielleicht vertiefe die neue Funktion sein Verständnis der europäischen Politik und mache ihn letzten Endes zu einem großen Europäer, so die Politikerin. [ms]

VERKEHR & TOURISMUS

Feinstauburteil

Recht auf saubere Luft

■ Wer an einer Straße wohnt, die besonders mit Feinstaub belastet ist, kann ab sofort sein Recht auf saubere und gesunde Luft einklagen. Das Bundesverwaltungs-

gericht in Leipzig entschied Ende September, dass Betroffene von ihren Kommunen Sofortmaßnahmen gegen die Luftverschmutzung verlangen können. Das gilt in den Bundesländern, in denen noch keine Aktionspläne zur Reduzierung des Feinstaubes in Kraft getreten sind. Maßnahmen können Fahrverbote für Lkw mit hohem Dieselausstoß oder die Einführung von Umweltzonen sein.

In dem Grundsatzurteil gab das Bundesverwaltungsgericht dem Münchener Dieter Janecek Recht. Er hatte, unterstützt von der Deutschen Umwelthilfe (DUH), gegen die Untätigkeit der Landeshauptstadt geklagt. Sie habe keine Schutzmaßnahmen ergriffen gegen die krebserregenden Rußpartikel, die vor allem von Fahrzeugen mit Dieselmotoren ohne Filter stammen. In der Landshuter Allee, in der der Kläger wohnt, waren die von der EU zugelassenen Feinstaubgrenzwerte 2006 an mehr als 90 Tagen überschritten, fast dreimal häufiger als erlaubt.

Die DUH hat unterdessen weitere Musterklagen in anderen Städten eingereicht. Sie unterstützt seit 2005 in fünf Großstädten betroffene Bürger bei ihren Klagen gegen die Feinstaubbelastung. Außerdem ist eine entsprechende Klage vor dem Europäischen Gerichtshof anhängig. Dessen

Feinstaub verursacht Krebs

Feinstaub gilt als der größte Luftverschmutzer in Deutschland. Auf den Hauptverkehrsstraßen blasen vor allem Pkw- und Lkw-Dieselmotoren die Mikropartikel in die Luft. Prognosen der Weltgesundheitsorganisation WHO und der EU gehen davon aus, dass in Deutschland insgesamt 75.000 Menschen vorzeitig an Krebserkrankungen durch Feinstaubbelastung sterben. Die EU setzte deshalb 2005 eine Feinstaubrichtlinie in Kraft. Danach darf die Konzentration an höchstens 35 Tagen im Jahr höher als 50 Mikrogramm liegen. Bei darüber hinaus gehender Belastung sind Schutzmaßnahmen nötig. In Deutschland wurde der Grenzwert 2006 an über 100 Orten überschritten. [jg]

Urteil wird Mitte 2008 erwartet. Dann könnten die Mitgliedstaaten dazu gezwungen werden, Aktionspläne zur Einhaltung der europäischen Feinstaubrichtlinie zu erstellen. [mbu]

► DUH, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-0, Fax -77, E-Mail: info@duh.de, www.duh.de

Güterverkehr auf der Straße

Gigaliner rollen nicht durch deutsche Lande

■ Weil sie die Verkehrssicherheit gefährden und weder Fahrbahnen noch Brücken für sie geeignet sind, dürfen sogenannte Gigaliner nicht auf deutschen Straßen fahren. Das beschlossen die Verkehrsminister von Bund und Ländern bei ihrer Konferenz am 10. Oktober in Merseburg in Sachsen-Anhalt. Sie bezogen sich auf ein Gutachten der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Modulare Nutzfahrzeuge“. Derzeit gibt es Modellversuche mit den Riesenlastwagen, die bis zu 25 Meter lang und 60 Tonnen schwer sind. Industrie und Handel wollten die gigantischen Fahrzeuge gern flächendeckend einsetzen, weil diese dreimal so viel transportieren könnten wie herkömmliche Laster. Das würde den Unternehmen Kosten sparen.

Verkehrs- und Umweltverbände hatten gegen die Zulassung der Gigaliner mobil gemacht (umwelt aktuell 10.07, S. 24). Die Allianz pro Schiene und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) zeigten sich erleichtert über den Beschluss der Verkehrsminister. „Die Vernunft hat gesiegt“, sagte der VCD-Vorsitzende Michael Gehrmann. Er hoffe, dass es dabei bleibe, wenn Ende des Jahres die Modellversuche auslaufen. Für Europa sei dies eine Vorentscheidung, sagte der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene Dirk Flege. Er kündigte weiteren Widerstand gegen die Zulassung von Riesenlastwagen an.

Im Sommer 2008 kommt das Thema in Brüssel wieder auf den Tisch. Dann werden die Ergebnisse einer EU-Studie erwartet. Die Verkehrsministerkonferenz forderte

den Bund auf, die Ergebnisse des deutschen Gutachtens und der Modellversuche in die EU-Diskussion einzubringen. [mbu]

- ▶ Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 20082040, E-Mail: presse@bmvbs.bund.de, www.bmvbs.bund.de
- ▶ Allianz pro Schiene, Dirk Flege, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 246259940, E-Mail: dirk.flege@allianz-pro-schiene.de, www.allianz-pro-schiene.de
- ▶ VCD, Michael Gehrmann, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2803510, E-Mail: michael.gehrmann@vcd.org, www.vcd.org

EU-Grünbuch Stadtverkehr

Kleine Revolution der Mobilitätskultur

■ Geht es nach dem Willen der EU-Kommission, könnten in Zukunft weniger Autos durch Europas Städte rollen und Fußgänger sowie Radfahrer mehr Platz im urbanen Umfeld bekommen. Im Grünbuch Stadtverkehr, das Ende September veröffentlicht wurde, spricht sich die Brüsseler Behörde für „eine neue Kultur der städtischen Mobilität“ aus. Dazu beitragen könne beispielsweise eine Citymaut, deren Einnahmen dem öffentlichen Nahverkehr zugute kommen, sagte EU-Verkehrskom-

missar Jacques Barrot. Auch Parkgebühren kämen als Instrument infrage.

Laut Kommission ergab die Arbeit an dem Grünbuch, dass Staus, Luftverschmutzung und Lärm die Hauptprobleme städtischen Verkehrs seien. Sie wirkten sich negativ auf Wirtschaft, Gesellschaft, Gesundheit und Umwelt aus. Außerdem kam 2005 ein Drittel der 41.600 Straßenverkehrstoten in Städten ums Leben. Die Kommission plädierte dafür, bei Strecken unter fünf Kilometern das Auto stehen zu lassen. Im europäischen Durchschnitt betreffe das die Hälfte aller Wege. [mbu]

- ▶ Grünbuch Stadtverkehr (PDF): www.kurzlink.de/eu-stadtverkehr

Deutsche Bahn

Vorerst keine Privatbahn

■ Der Bundesrat hat mit großer Mehrheit im Oktober den Regierungsentwurf zur Teilprivatisierung der Deutschen Bahn abgelehnt. In der Begründung der Länderkammer hieß es, nach den vorliegenden Plänen würde eine Privatisierung „die Umsetzung verkehrspolitischer Ziele stark behindern“. Einige Länder sehen große finanzielle Risiken oder haben verfassungsrechtliche Bedenken. Sie fürchten, dass

Privatinvestoren den Grundgesetzauftrag zur flächendeckenden Schienenversorgung ignorieren könnten. Außerdem wird aus Sicht der Länder der Nahverkehr vernachlässigt. Der Bundesrat forderte, dass der Staat seine Mitspracherechte nicht aufgeben solle.

[mbu]

- ▶ Bundesrat, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 1891000, www.bundesrat.de

Eisenbahnverkehr in der EU

Fahrgäste bekommen mehr Rechte

■ Das Europäische Parlament hat Ende September das sogenannte Dritte Eisenbahnpaket verabschiedet. Darin ist festgelegt, dass ab 2010 der Wettbewerb im grenzüberschreitenden Personenverkehr beginnt. Dann können Eisenbahnunternehmen Fahrgäste von einem Mitgliedstaat in den anderen, aber auch innerhalb eines Landes befördern.

Das Gesetzespaket sieht außerdem mehr Rechte für Bahnfahrer vor. Dies betrifft sämtliche Strecken, nicht nur die grenzüberschreitenden. Danach haben Kunden bei Verspätungen Anspruch auf

Nachhaltigkeit

A-Z



R wie Regional Governance

Die regionale Gestaltung von politischen Prozessen wird von Politikwissenschaftlern in den letzten Jahren heiß diskutiert. Das Buch »Regional Governance« stellt Fallstudien regionaler Initiativen vor und führt in die aktuelle Diskussion um diese Form der politischen Regulierung ein. Erfahren Sie mehr über Chancen und Grenzen regionaler Kooperationen und Netzwerke in dem Buch »Regional Governance – Stimulus for Regional Sustainable Development?«.

G. Nischwitz (ed.)
Regional Governance – Stimulus for Regional Sustainable Development?
 oekom verlag, München 2007, englisch
 134 Seiten, 29,80 EUR, ISBN 978-3-86581-033-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

eine teilweise Erstattung des Fahrpreises. Bei 60 bis 119 Minuten Verspätung erhalten sie 25 Prozent des Ticketpreises zurück, ab 120 Minuten 50 Prozent.

Für Lokführer wird es einen einheitlichen Führerschein geben. Die Richtlinie legt Mindestanforderungen für ihre Qualifikation fest. So sind für den grenzüberschreitenden Verkehr ein Mindestalter von 20 Jahren und Sprachkenntnisse für die betreffenden Länder erforderlich.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament, Michael Cramer, lobte zwar das Gesetz, kritisierte aber, dass die Mitgliedstaaten die Umsetzung um mehrere Jahre verzögern könnten. Bei der Regelung der Fahrradmitnahme werde sich zeigen, ob die Deutsche Bahn sich „weiterhin international blamieren“ wolle, indem sie den Transport im ICE verweigere. [mbu]

- Europäisches Parlament, Michael Cramer MdEP, Brüssel, Tel. +32 2 / 284-5779, -9779, E-Mail: mcramer@europarl.eu.int, www.michael-cramer.de

Sicherheit im Straßenverkehr

Fast 40.000 Verkehrstote auf Europas Straßen

■ Wenn die Polizei auf europäischen Straßen die Einhaltung von Tempolimits und Promillegrenzen nicht stärker kontrolliert, wird die EU die Zahl der Verkehrstoten in diesem Jahrzehnt nicht wie geplant halbieren können. Das prognostizierte der Europäische Verkehrssicherheitsrat (ETSC), dem 37 internationale Organisationen angehören, Anfang Oktober in Brüssel. Im vergangenen Jahr starben nach Angaben des Rates in Europa 39.200 Menschen durch Straßenverkehrsunfälle.

Lediglich Frankreich, Luxemburg und Portugal haben laut ETSC die Zahl der Verkehrstoten seit 2001 jährlich um mehr als acht Prozent gesenkt. In Deutschland gab es 2006 im Vergleich zu 2001 fünf Prozent weniger Unfallopfer im Straßenverkehr. Zu wenig, um das EU-Ziel zu erreichen:

Dafür sei ein Rückgang pro Jahr um 7,4 Prozent notwendig. Am 10. Oktober beschlossen die deutschen Verkehrsminister höhere Geldstrafen für AutofahrerInnen, die rasen, drängeln, Alkohol getrunken oder Drogen genommen haben.

In Frankreich wurde laut Verkehrssicherheitsrat vor allem durch schärfere Kontrollen der Tempolimits mehr Disziplin auf den Straßen erreicht. Luxemburg hat auch die Promillegrenzen gesenkt. Außerdem darf die Polizei dort bei schweren Verstößen direkt den Führerschein einziehen. [mbu]

- Europäischer Verkehrssicherheitsrat (ETSC), Brüssel, +32 (0)2 / 230-4106, Fax -4215, E-Mail: information@etsc.be, www.etsc.be

Gesundheitsschutz

Straßenverkehr ist Hauptquelle von Lärm

■ Fast ein Drittel der Menschen, die in der EU in Großstädten leben, empfinden Verkehrslärm als Belästigung. Das ergab eine Umfrage des europäischen Forschungsprojekts Silence in Zusammenarbeit mit der Universität Dortmund. Mehr als die Hälfte der Befragten nannte den Straßenverkehr als „am meisten störende Lärmquelle“, während 16 Prozent sich über Bahnlärm beklagten. Lärm kann der Gesundheit schaden und beispielsweise zu Schlaf- oder Konzentrationsstörungen führen. ExpertInnen gehen sogar von einer geringeren Lebenserwartung für StadtbewohnerInnen aus, die übermäßigem Lärm ausgesetzt sind. Das Projekt Silence soll Methoden zur Reduzierung von Lärm entwickeln.

Im Grünbuch zum städtischen Nahverkehr, das die EU-Kommission Ende September veröffentlichte, geht es auch um die Lösung des Problems der Umweltverschmutzung in Städten. [mbu]

- Projekt Silence: www.ifado.de/silence
- Verkehrslärmbeispiele der Uni Dortmund: www.ifado.de/topic/presse_und_mehr/audio

WASSER & MEERE

Meeresreport

Jetzt helfen nur noch Ozean-Nationalparks

■ Der einzige Weg, die Weltmeere aus der Krise zu holen, ist die Schaffung von großen „Nationalparks für die Ozeane“. Das ist die Kernaussage des Mitte September von Greenpeace und dem Worldwatch Institute veröffentlichten Report „Oceans in Peril“. Bereits 1998 hatten dieselben Experten eine ähnliche Bestandsaufnahme erarbeitet. Der Vergleich zeigt, dass Ausmaß und Geschwindigkeit der Zerstörung rasant zugenommen haben. Zu den Gefahren zählen neben der massiven Überfischung, der Einleitung von Dauergiften sowie dem Walfang inzwischen auch der Klimawandel und die zunehmende Versauerung der Meere durch den Anstieg von Kohlendioxid in der Atmosphäre. Die bisher geschaffenen Schutzgebiete seien bei weitem nicht ausreichend, meinen die Experten. Sie fordern, 40 Prozent der Meeresflächen zu Schutzzonen zu erklären, damit sich die Fischbestände erholen können. Greenpeace sammelt Unterschriften für eine Petition zum 40-Prozent-Ziel. [bv]

- Report: www.worldwatch.org/node/5352
- www.greenpeace.at/meere

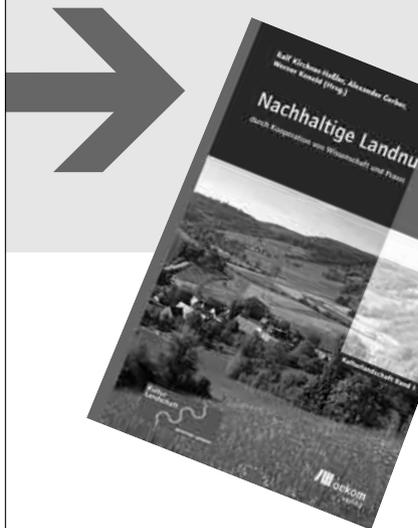
Tote Zonen in der Ostsee

Deutschland blockiert Rettungsplan

■ Schon ein Sechstel des Meeresbodens in der Ostsee gehört zur „toten Zone“. Die Anrainerstaaten verhandeln seit zwei Jahren einen Rettungsplan, der auf der Ostseeschutz-Konferenz HELCOM Mitte November im polnischen Krakau beschlossen werden soll. Etwa 13 Prozent Stickstoff und 43 Prozent Phosphor sollen demnach jährlich bis 2016 eingespart werden. Der WWF ►

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kulturlandschaft

Wer wüsste besser, was gut ist für die Region, als jene, die dort leben? Doch „gut“ ist nur dann dauerhaft „gut für alle“, wenn alle Nutzer(innen) einer Landschaft wirtschaftliche, ökologische und soziale Interessen gemeinsam aushandeln. Lesen Sie im ersten Band der Reihe Kulturlandschaft, wie im Jagsttal in Baden-Württemberg die Menschen vor Ort in die nachhaltige Regionalentwicklung eingebunden werden.

R. Kirchner-Heßler, A. Gerber, W. Konold (Hrsg.)
Nachhaltige Landnutzung durch Kooperation von Wissenschaft und Praxis
 Reihe Kulturlandschaft Band 1
 oekom verlag, München 2007, 763 Seiten
 62,90 EUR, ISBN 3-928244-83-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
 verlag

Die guten Seiten der Zukunft

bezeichnete diese Nährstoffquote als „Minimalkonsens“. Um die Ostsee wirklich zu retten, müsse die Überdüngung drastisch reduziert werden. Die aus der industriellen Landwirtschaft kommenden Nährstoffe Phosphor und Stickstoff verursachen in der Ostsee eine starke Algenblüte, die zu einem massiven Sauerstoffmangel führt. In den so entstehenden „toten Zonen“ können Tier- und Pflanzenarten nicht mehr überleben.

Während Polen, Russland, Dänemark und Schweden der Nährstoffquote zustimmen wollen, lehnen die deutsche Bundesregierung und das Land Mecklenburg-Vorpommern dieses Vorhaben laut WWF ab. Die Bauern sollten nicht belastet werden. Bei anhaltender Ablehnung droht nun jedoch nach Ansicht des WWF die ganze Konferenz, auf der auch über Schiffssicherheit, Schutzgebiete und Umweltgifte verhandelt werden soll, zu scheitern. Schwedens Umweltminister habe bereits mit seinem Fernbleiben gedroht. [io]

- ▶ www.wwf.de/ostsee
- ▶ www.helcom.fi

EU- Meeresrahmenrichtlinie

Parlamentarier unter Druck

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat sich Anfang Oktober bei der zweiten Lesung der EU-Meeresrahmenrichtlinie dafür ausgesprochen, dass die Mitgliedstaaten der EU bis 2017 einen „guten Umweltstatus“ ihrer Meere erreichen müssen. Die Abgeordneten unterstützten erneut zahlreiche Vorschläge aus ihrer ersten Lesung, die die Richtlinie substantiell verbessern sollen. Sie forderten, bis 2012 ein Netzwerk von Meeresschutzgebieten einzurichten und die Ostsee als Pilotgebiet zur Umsetzung der neuen Richtlinie zu nutzen. Mitgliedstaaten, die gemeinsame Meereszonen haben, sollen regionale Aktionspläne gegen die Verschmutzung aufstellen. Zudem soll die Europäische Kommission mit Rechten zur Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen ausgestattet werden. Bei seinen Änderungen

ging der Umweltausschuss allerdings auch auf die Befürchtungen der Mitgliedstaaten ein, dass Maßnahmen zum Meeresschutz nicht bezahlbar sein könnten. Er strich die radioaktive Verseuchung der Meere durch Atomanlagen sowie verschiedene Ziele zur Erreichung des „guten Umweltstatus“ aus dem Gesetzestext. Greenpeace warf dem Umweltausschuss vor, dem Lobbydruck der größten Emittenten toxischer Substanzen in den Mitgliedstaaten nachgegeben zu haben. [bv]

- ▶ Greenpeace European Unit, Saskia Richartz, Brüssel, Tel. +32 2 / 2741902, E-Mail: saskia.richartz@diala.greenpeace.org, www.kurzlink.de/gpkritikmeere
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Meerespolitik

EU verbietet die schlimmsten Fischereimethoden

■ Die EU will die Grundschleppnetzfisherei in der Tiefsee verbieten. Mitte Oktober hat die Europäische Kommission eine Strategie für den Schutz der empfindlichen Tiefseeökosysteme vor zerstörerischen Fischereipraktiken vorgelegt. EU-Schiffen soll die Fischerei in mehr als 1000 Meter Tiefe untersagt werden. Die Verwendung schädlicher Grundfanggeräte wird in den betreffenden Gebieten auf Hoher See ganz verboten. Im Dezember 2006 hatte die UN-Generalversammlung Empfehlungen zum Schutz der Tiefsee verabschiedet und alle Staaten zum Handeln aufgefordert.

Allerdings hat die EU nicht für alle Meeresregionen gesetzgeberische Befugnisse, vielfach gelten regionale Fischereiabkommen. Für die Gebiete auf Hoher See, die noch nicht von einer regionalen Fischereiorganisation abgedeckt werden, schlägt die Kommission nun vor, dass Fischer eine Genehmigung einholen müssen. Der betreffende Mitgliedstaat dürfe eine Fangerlaubnis nur erteilen, wenn sichergestellt sei, dass die geplante Fangtätigkeit den empfindlichen Lebensräumen keinen

bedeutenden Schaden zufügt.

Darüber hinaus will die EU weltweit mit härteren Sanktionen gegen illegale Fischerei vorgehen. Laut den Vorschlägen der EU-Kommission soll es künftig eine Schwarze Liste von Schiffen und Staaten geben, die illegale Fischerei betreiben oder dulden. Europäische Fischer, die sich an einem beliebigen Ort der Welt an der sogenannten Piratenfischerei beteiligen, sollen durch drastische Strafen abgeschreckt werden. Dazu gehört die Beschlagnahmung des Fangertages und der Boote sowie der Entzug der Fischereilizenzen.

Schließlich will die EU die Hafenstaaten besser kontrollieren. Schon die Anlandung illegaler Fischerträge soll verhindert werden. Für Fisch, der frisch, gefroren oder verarbeitet in die EU eingeführt wird, soll künftig der Staat, unter dessen Flagge das Schiff fährt, bescheinigen, dass legal gefischt wurde. Fangschiffe ohne Lizenz sollen laut dem Vorschlag der EU-Kommission in EU-Häfen nicht mehr anlegen dürfen. [jg]

- EU-Kommission, www.europa.eu/rapid (Reference IP/07/1506, IP/07/1507)

Korallenriffe

Jahr der Riffe reloaded

■ Die International Coral Reef Initiative (ICRI), ein Zusammenschluss von Regierungen, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, hat 2008 zum zweiten Internationalen Jahr der Riffe erklärt. Obwohl über 200 Organisationen in einer Kampagne 1997 auf die Situation der Riffe aufmerksam machten und zu einem besseren Schutz der Riffe aufrufen, ist der Zustand vieler Riffe weiterhin kritisch. Laut einer in der Fachzeitschrift *Frontiers in Ecology and the Environment* veröffentlichten Studie werden Ende des Jahrhunderts rund 70 Prozent der Tiefwasserriffe aufgrund einer übersäuerten Umgebung bedroht sein. Auch die Lage der tropischen und subtropischen Riffe ist nach Angaben der britischen Wissenschaftlervereinigung Royal Society nicht

besser. Zurückzuführen sei dies auf Korallenbleiche, Versauerung und Verschmutzung der Meere, Baumaßnahmen und Fischerei sowie Infektionen durch Pilze und Bakterien. Die Kampagne zum Jahr der Riffe 2008 wird von einem Beirat, einem Koordinationsteam und einem Experten- und Aktionsnetzwerk geführt. [io]

- www.iyor.org

Fangquoten

EU-Fischerei schafft sich selbst ab

■ Harte Kritik hat die EU für die Festlegung ihrer Fangquoten für 2008 vom WWF geerntet. Wegen der anhaltenden Überfischung sind nach Berechnungen der Umweltorganisation rund 80 Prozent der Fischbestände in den europäischen Küstenregionen gefährdet. Grund hierfür seien zu hohe Fangquoten, eine zu große Fangflotte und ein mangelhaftes Fischereimanagement. Die rund 230.000 Arbeitsplätze im Fischereisektor seien ebenfalls gefährdet. Die auf zehn Jahre angelegte Gemeinsame Fischereipolitik der EU habe es nach fünf Jahren nicht geschafft, die Ausbeutung der Meere zu stoppen, kritisierte der WWF. So habe die EU die Quotenvorgaben des Internationalen Rates zur Erforschung der Meere (ICES) oftmals ignoriert. [io]

- www.wwf.de/meere
- www.ices.dk

Seerecht

Höchste Zeit für Tiefseeschutz

■ Eine verbindliche Rechtsgrundlage zum Schutz der Artenvielfalt und der genetischen Ressourcen der Tiefsee haben Ende September die Teilnehmer eines Symposiums der Internationalen Stiftung für Seerecht (IFLOS) in Hamburg gefordert. Das ökonomische Interesse an der Ausbeutung der Tiefsee wachse enorm, hieß es

auf der Tagung „Biodiversity and Genetic Resources of the Deep Sea“. So hoffe zum Beispiel die Pharmaindustrie neue Wirkstoffe in der artenreichen Tiefsee zu entdecken. Deshalb müsse diese davor geschützt werden, dass sie zerstört, geschädigt oder unkontrolliert ausgebeutet wird, forderte die Stiftung. [bv]

- www.iflos.org/d/?cmd=2

Donau

EU will weiter kanalisieren

■ Für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T) der EU sollen 1.000 weitere Kilometer ausgebaut werden, um die Schifffahrt zu fördern. Große Teile der naturnahen Flusslandschaften und Auwälder würden hierdurch zerstört werden, warnen europäische Umweltverbände. Neben Donaugebieten, die nicht zur EU gehören und somit nicht unter EU-Naturschutzrichtlinien fallen, seien auch Abschnitte in Deutschland und Ungarn betroffen. Details zu bevorstehenden Baumaßnahmen seien noch nicht veröffentlicht worden.

Umweltverbände in den Donaustaaten sammeln Unterschriften für eine Petition zum Schutz der Donau. [io]

- Donauschutzkommission: www.icpdr.org
- Petition: www.danubecampaign.org/de

Internationale Bauausstellung

Fluss wird zum Großstadterlebnis

■ Die Internationale Bauausstellung IBA 2010 in Magdeburg widmet sich dem „Leben an und mit der Elbe“. Dieses Leitthema beschloss die Stadtverwaltung für ihre Präsentation. Die IBA solle den Fluss auch in der Stadt wieder erlebbar machen. Mit dem neuen Konzept für den Fluss erhoffe man sich auch eine wachsende Attraktivität des gesamten Standorts. Iris Brunar vom Umweltverband BUND sagte, ►

die Elbe solle wieder mehr als naturnaher Lebensraum für den Menschen verstanden werden. Dazu müssten Teile des Flusses renaturiert werden. Die Elbe steht als Teil von Fauna-Flora-Habitat-Gebieten (FFH) unter EU-Schutz. Um zu überprüfen, inwieweit dieser Schutz auch gewährleistet wird, hat der BUND die AnwohnerInnen der Elbe aufgerufen, Eingriffe und Veränderungen zu melden. [io]

- ▶ www.iba-2010-magdeburg.de
- ▶ BUND-Elbeprojekt, Iris Brunar, Magdeburg, Tel. +49 (0)340 / 8507978, E-Mail: i.brunar@gmx.de, www.elbe-insel.de

Rheinministerkonferenz

Abgestoppter Fluss-Lauf

■ Nur langsam kamen die Delegierten der am Rhein gelegenen Länder Mitte Oktober in Bonn voran. Naturschutzverbände hatten auf dem Vorplatz des Tagungsgebäudes der 14. Rheinministerkonferenz den Rhein und seine Nebenflüsse mit Stoffbahnen nachgebildet und Stoppschilder an allen Eng- und Baustellen aufgestellt, wo sie Informationen verteilten. Die Minister trafen sich unter dem Dach der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins und debattierten über Hochwasservorsorge, Reduzierung der Stoffbelastung, Klimafolgen und Verbesserung der Ökosysteme. Ein breites Bündnis von Umweltverbänden forderte die Minister auf, den Rhein und alle Gewässer des Einzugsgebietes ökologisch wiederherzustellen und die Schadstoffeinleitung besonders auch aus diffusen Quellen wie der Landwirtschaft zu stoppen. Auch die Nebengewässer müssten barrierefrei verbunden werden, um die biologische Durchlässigkeit zu gewährleisten. Vorhandene Wanderungshindernisse, unter anderem bei Straßburg und Marckolsheim sowie in den Altrheinarmen zwischen Straßburg und Vogelgrün, müssten bis 2015 beseitigt werden. [jg]

- ▶ AK Wasser im BBU, Dr. Jörg Lange, Freiburg/Breisgau, Tel. +49 (0)761 / 45683334
- ▶ www.kurzlink.de/rmk-positionspapier

Ausschreibung

Junge Meeresforscher

■ Am Leibniz-Institut für Meeresforschung an der Universität Kiel wird auch in diesem Jahr der Annette-Barthelt-Preis für Meeresforschung an junge NachwuchswissenschaftlerInnen verliehen. Die Auszeichnung ist mit einem Forschungsstipendium in Höhe von 5.100 Euro verbunden. Bewerbungsschluss ist der 2. Januar 2008. [mi]

- ▶ www.annette-barthelt-stiftung.de (Wissenschaftspreis)

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Umweltfreundlichere Computer

Warten auf die Politik

■ Die Computerbranche sieht eine Trendwende in der Nachfrage nach umweltfreundlicheren und energiesparenden Produkten. Allerdings müssten sowohl PrivatkundInnen und Unternehmen als auch Politik und Behörden klare Entscheidungen für die Umwelt treffen. Das erklärten Vertreter der Informations- und Telekommunikationsindustrie auf einer Veranstaltung zu „Green IT“ im Oktober in München. Man forsche seit Jahren an technischen Möglichkeiten für „grünere“ Rechner, die Politik tue sich aber schwer bei der Entwicklung von Rahmenbedingungen. Es gebe inzwischen sehr viele Zertifizierungsinstrumente und Kennzeichnungen, vom Blauen Engel bis zum Energy Star. Allerdings sei der Weg zu diesen Produktauszeichnungen langwierig und bürokratisch, erklärten die Branchenvertreter. Einerseits würden die Richtlinien für die Zertifizierung von Produkten verschärft, andererseits würden Umweltkriterien bei öffentlichen Ausschreibungen nur als Option und nicht obligatorisch angegeben.

In der IT-Industrie gibt es große Einsparpotenziale für Energie und Ressourcen. Hier wird inzwischen ebenso viel

CO₂ produziert wie im weltweiten Luftverkehr. Nach Angaben der Right Livelihood Foundation verbraucht eine einzige Suchmaschinen-Anfrage im Internet heute so viel Strom wie eine Energiesparlampe in einer Stunde. Allein in Deutschland sind etwa 50.000 Rechenzentren in Betrieb. Die Informations- und Kommunikationstechnik ist hier für acht Prozent des gesamten Stromverbrauchs verantwortlich. Wegen der hohen Steigerungsraten im Energieverbrauch diskutiert die Bundesregierung mit der IT-Branche über Gegenmaßnahmen, etwa den Ausgleich der bei der Herstellung und Nutzung von Computern anfallenden CO₂-Emissionen.

Auch in der EU wird zurzeit über die Produkt- und Industriepolitik diskutiert. Umweltkommissar Stavros Dimas schlug eine europaweite Kennzeichnung des der CO₂-Verbrauchs von Produkten vor. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/green-it
- ▶ Nachhaltige EU-Industriepolitik: www.ec.europa.eu/enterprise/environment/sip.pdf

Kleine und mittlere Unternehmen

EU will KMU begrünen

■ Die EU-Kommission hat ein Umweltprogramm für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) ins Leben gerufen. 99 Prozent aller europäischen Firmen zählen zu den KMU und nur sehr wenige hätten bisher Umweltaspekte systematisch in ihre Arbeit integriert. Das neue Programm mit dem Namen „klein, sauber, wettbewerbsfähig“ soll sie daher für Umweltfragen sensibilisieren, bei der Einhaltung von EU-Umweltrecht unterstützen und zu mehr Energie- und Ressourceneffizienz bewegen.

Das Programm sieht vor, den Verwaltungsaufwand für KMU zu reduzieren, finanzielle Unterstützung durch Förderprogramme wie LIFE+ zu gewähren oder die Umsetzung von Umweltmanagementprogrammen wie EMAS zu vereinfachen. Außerdem will die Kommission Informationen zur Verfügung stellen und regionale und nationale Netzwerke fördern. [ms]

- ▶ www.ec.europa.eu/environment/sme

DNR INTERN

DNR-Mitgliederversammlung

„Sind wir noch zu retten?“

■ „Sind wir noch zu retten?“ – so lautet der Titel des Vortrags von Freiherr Enoch zu Guttenberg, der die diesjährige Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings am 24. November einläutet. Dem Dirigenten Guttenberg liegt nicht nur die Musik, sondern auch die Zukunft der Menschheit und die Ökologie am Herzen. Sein Vortrag und die umweltpolitische Jahresrede von DNR-Präsident Hubert Weinzierl gehören zum öffentlichen Teil der diesjährigen Mitgliederversammlung des DNR, die in den Räumen der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin stattfindet.

Der anschließende nichtöffentliche Teil beinhaltet die regulären Tagesordnungspunkte des höchsten Gremiums des Dachverbandes der deutschen Umwelt- und Naturschutzverbände. Eingeladen sind die VertreterInnen der rund einhundert DNR-Mitgliedsverbände. [jg]

► Deutscher Naturschutzring, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

Konferenzdokumentation

Wildnis-Symposium zu Ehren von Wolfgang Engelhardt

■ Die Dokumentation des Fachsymposiums „Mehr Wildnis – Die Zeit ist reif“ zum Gedenken an den im Mai 2006 verstorbenen ehemaligen DNR-Präsidenten Professor Wolfgang Engelhardt ist erschienen. Im Oktober 2006 hatten der Deutsche Naturschutzring, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt und der Bund Naturschutz in Bayern das gleichnamige Fachsymposium veranstaltet.

Die TeilnehmerInnen debattierten über die Frage, welcher Naturschutz politisch zu fordern und welches Naturschutzverständnis zu verfolgen sei. Dass Wildnis in Deutschland möglich und notwendig sei, wurde als zentrale Aussage des Symposiums gewertet.

Die Präsentationen der ReferentInnen wurden zu Aufsätzen umgearbeitet, die ein breites Spektrum der Ansätze und Erfahrungen beim Umgang mit Wildnis zeigen. Die daraus entstandene Dokumentation kann auf der Internetseite des DNR heruntergeladen werden. [io]

► Tagungsband: Mehr Wildnis, die Zeit ist reif. DNR, Bonn 2007, 60 S. Kostenloser Download (PDF, 2,2 MB): www.kurzlink.de/mehr-wildnis

AUS DEN VERBÄNDEN

UN-Konferenz biologische Vielfalt

Zentrale Botschaft gefragt

■ Was ist eigentlich die CBD? Wie kommuniziere ich Biodiversität? Darüber haben am 20. und 21. September rund 100 ExpertInnen aus Verbänden, Behörden, Universitäten, Stiftungen, Medien und der Stadt Bonn diskutiert. Aktivitäten und Kommunikationsstrategien zur UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) sowie deren Inhalte – das waren die Themen einer Tagung in Frankfurt am Main, die der DNR und das Forum Umwelt und Entwicklung zur Vorbereitung der 9. CBD-Vertragsstaatenkonferenz 2008 in Bonn veranstalteten. Fazit: Die Umweltverbände sollten für diese internationale Großveranstaltung eine gemeinsame zentrale Botschaft erarbeiten, um politischen Druck für ihr Anliegen zu erzeugen.

Doch dazu ist fundiertes Wissen nötig, weshalb es zunächst eine Einführung in Hintergründe und Funktionsweise der CBD gab. DNR-Vizepräsident Manfred Niekisch, Professor für Internationalen Naturschutz an der Universität Greifswald, berichtete über seine Erfahrungen mit COPs und MOPs – Conference of the

Nachhaltigkeit

A-Z

2. überarbeitete Auflage



K wie Kommunikation

Das Standardwerk bietet erstmals einen umfassenden, fachübergreifenden Überblick über die theoretischen Grundlagen der Nachhaltigkeitskommunikation und liefert hilfreiche Hinweise für die Praxis. Es richtet sich an Wissenschaftler(innen) und Vertreter(innen) aus Unternehmen, Behörden, Bildung und Beratung sowie Natur- und Biosphärenschutz.

G. Michelsen, J. Godemann (Hrsg.)
Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation
 Grundlagen und Praxis
 oekom verlag, München, 2. aktualisierte und überarbeitete Auflage 2007
 940 Seiten, 49,90 EUR, ISBN 978-3-936581-33-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@rhenus.de
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

oekom
 verlag

Parties und Meeting of Parties. Danach wurden fachliche und politische Positionen der Umwelt- und Entwicklungsverbände sowie des Bundesumweltministeriums (BMU) vorgestellt und öffentlichkeitswirksame Aktionen zusammengetragen. Zum Abschluss des ersten Tages sahen die TeilnehmerInnen die Voraufführung des Kinospots der BMU-Kampagne zur biologischen Vielfalt.

Am zweiten Tag lag der Fokus auf der öffentlichen Wahrnehmung von Biodiversität und der CBD in verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Einführend sorgten Präsentationen zu „Sinus-Milieus“ und zielgruppenorientierter Kommunikation für Biodiversität für Aha-Erlebnisse bei den TeilnehmerInnen. Diese konnten ihre bisherigen und geplanten Aktivitäten an den wissenschaftlichen Erkenntnissen messen. Jana Lemme vom ZDF vermittelte die praktischen Auswirkungen der CBD auf unser Alltagsleben: Sie zeigte Filme über das äthiopische Getreide Teff.

In dem abschließenden Workshop stellte Martin Kaiser von Greenpeace eine stark polarisierende Kommunikationsstrategie vor. Die Diskussion mit den Medienexperten ergab, dass die Nichtregierungsorganisationen eine zentrale Botschaft für die Konferenz 2008 entwickeln müssen. Nur so könnten die Verbände den notwendigen politischen Druck aufbauen. Sie müssten die Schwerpunktthemen der Konferenz stärker in den Fokus nehmen und ihre Ziele schärfen. **[Bettina Lange]**

► Präsentationen und Ergebnisse der Veranstaltung: www.biodiv-network.de

Umweltbildung

Multiplikatoren Ausbildung

■ Im Januar 2008 startet eine 18-monatige bundesweite Ausbildung für außerschulische pädagogische Fachkräfte im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen. Die von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Ausbildung wird im Arbeitsbereich Erziehungswissenschaftliche Zukunfts-

forschung der Freien Universität Berlin geleitet. Inhaltlich werden sich die 80 bis 100 zukünftigen MultiplikatorInnen in dieser berufs begleitenden Ausbildung mit Themen wie dem Leitbild der Nachhaltigkeit, Bildung für nachhaltige Entwicklung und deren Umsetzung in Ganztagschulen sowie mit Lehr- und Lernmethoden befassen. **[io]**

► www.bne-ganztagschule.de

EHRENAMT

Bürgerschaftliches Engagement

Steuererleichterung für ehrenamtlich Engagierte

■ Der Bundesrat hat Ende September dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerlichen Engagements zugestimmt. Durch Steuererleichterungen soll das Engagement der rund 23 Millionen ehrenamtlich Tätigen, Spender und Stifter in Deutschland weiter gefördert werden. Das Gesetz erhöht unter anderem den Übungsleiterfreibetrag von bisher 1.848 Euro auf 2.100 Euro. Für Einnahmen aus allen nebenberuflichen Tätigkeiten im gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Bereich wird ein allgemeiner Freibetrag in Höhe von 500 Euro eingeführt. Außerdem wurde auf Empfehlung des Bundesrates zum einen die Höchstgrenze für die zusätzliche steuerliche Begünstigung von Spenden in den Vermögensstock von Stiftungen angehoben: von gut 300.000 auf eine Million Euro. Zum anderen genügen Bareinzahlungsbelege oder Buchungsbestätigungen eines Kreditinstituts künftig zum Nachweis für Zuwendungen bis 200 Euro.

Der Deutsche Naturschutzring begrüßte das Gesetz grundsätzlich. DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen kritisierte jedoch die „Beibehaltung und Verstärkung gravierender Nachteile für den Natur-, Tier- und Umweltschutz“. So gebe es bei der Übungsleiterpauschale nicht die von

den Naturschutzverbänden nachdrücklich geforderte Gleichstellung. Röscheisen mahnte darüber hinaus politische Korrekturen zur Stärkung des Dritten Sektors an, zu dem Verbände und gemeinnützige Unternehmen zählen. Es müsse mehr politische Mitwirkungsrechte geben, etwa bundesweite Volksentscheide.

Der größte Teil des Gesetzes tritt rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft, so dass die davon betroffenen Steuererleichterungen schon für das laufende Jahr geltend gemacht werden können. **[mb]**

► www.steuertlinks.de/#c83661

Aktionswoche

Ohne Ehrenamt kein Naturschutz

■ Mit der Rolle des Ehrenamts für Verbandsarbeit und Gesellschaft befasste sich ein Symposium des Bund Naturschutz in Bayern (BN) und des Deutschen Naturschutzrings (DNR) in Würzburg. Im Rahmen der diesjährigen bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements im September diskutierten ExpertInnen aus den Umweltverbänden über die Frage, inwieweit das Ehrenamt eine Grundlage für demokratische Verbandsstrukturen und für gesellschaftliche Veränderungen ist.

Ohne ehrenamtlich Engagierte gäbe es vielerorts keine geschützte Natur, so DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Die Koordination dieser Freiwilligen sei daher eine strategische Verbandsaufgabe. Da die Arbeit der Verbände vor Ort traditionell von Ehrenamtlichen erbracht werde, gelte es, diese sowohl politisch als auch strukturell zu unterstützen. Nur so könne die Umweltbewegung vital bleiben.

Dass umgekehrt auch das Engagement die Ehrenamtlichen vital hält, beweist Albert Lippert: 60 Jahre lang hat er sich in verschiedenen Bereichen des Naturschutzes engagiert. Zudem war er Mitglied des DNR-Präsidiums und DNR-Vizepräsident. Für sein langjähriges und vielfältiges Engagement für Natur und Umwelt wurde

Albert Lippert nun auf dem Symposium geehrt.

Auch an anderen Orten wurde in der Woche des bürgerschaftlichen Engagements auf den Beitrag der Umweltbewegung im Dritten Sektor hingewiesen. Mehr als 680 Aktionen fanden statt, die die Vielfalt freiwilligen Engagements in Deutschland zeigten. Unter den Organisatoren waren viele Umweltverbände, so der Landesbund für Vogelschutz, die Naturwacht, der NABU und seine Jugendorganisation NAJU, die Naturfreunde und der Deutsche Wanderverein. [jg]

- ▶ Bund Naturschutz, Sebastian Schönauer, Rothenbuch, Tel. +49 (0)6094 / 984022, E-Mail: sebastian.schoenauer@bund-naturschutz.de, www.bund-naturschutz.de
- ▶ www.dnr.de
- ▶ www.engagement-macht-stark.de

Naturschutzpreis

muna 2007 verliehen

■ Bei der Abschlussveranstaltung des Wettbewerbs muna – Mensch und Natur haben die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) und die Sendung ZDF.UMWELT Ende September ein Preisgeld von 25.000 Euro an aktive ehrenamtliche NaturschützerInnen vergeben.

In der Kategorie Nachhaltigkeit erhielt die NABU-Ortsgruppe Hambergen den Preis für die Renaturierung des Heilmoores, durch die sich im niedersächsischen Landkreis Osterholz wieder Kraniche und Ziegenmelker ansiedelten. Die muna in der Kategorie Idee und Innovation ging an die Naturschutzjugend und den Verein Youth and Environment Europe für ihre Internetplattform Eurotop.net. Auf der englischsprachigen Plattform können junge Aktive international umweltpolitisch kooperieren. Im Bereich Kinder und Jugend erhielt der BUND-Naturerlebnisgarten im nordrhein-westfälischen Hertens eine Auszeichnung. Er gestaltete einen alten Zechenparkplatz zum Naturerlebnisraum um. Die Freiwilligen Jugendfeuerwehren Moisburg und Hollenstedt und die BUND-Ortsgruppe

Regesbostel aus Niedersachsen wurden in der Kategorie Kommunikation ausgezeichnet. Zusammen mit Anglern übernahmen sie Bachpatenschaften. Dabei banden sie Grundeigentümer, Landpächterinnen und die Untere Naturschutzbehörde Harburg ein und kommunizierten vorbildhaft mit verschiedenen Interessengruppen.

Die Auszeichnung „Lebensaufgabe Natur“ wurde dem Vogelkundler und ehemaligen Vorsitzenden des NABU Berlin Hans-Jürgen Storck verliehen. Um das Naturinteresse der BerlinerInnen zu wecken, entwickelte er naturschutzpädagogische Konzepte und wirkte beim Aufbau des Naturschutzzentrums Storchenschmiede mit. Dieses ist inzwischen ein Anziehungspunkt für Naturtouristen. [mi]

- ▶ DBU, Dr. Uwe Fuellhaas, Zentrum für Umweltkommunikation, Tel. +49 (0)541 / 9633-930, www.dbu.de

Aktive in Naturschutzgebieten

Freiwillige in Nationalparks geehrt

■ Der Active Citizens of Europe Award geht an das Freiwilligenprogramm in Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservaten Deutschlands. Der Preis wird von Volonteuropa, einem europäischen Netzwerk von über 1.200 sozialen und bürgerschaftlichen Organisationen, verliehen. Europarc Deutschland als Träger des bundesweiten Freiwilligenprogramms in den Nationalen Naturlandschaften nahm die Auszeichnung entgegen. Das 2003 aufgebaute Programm vereint heute 29 Schutzgebiete, die gemeinsam mit Europarc ein professionelles Freiwilligenmanagement entwickeln. Der Active Citizens of Europe Award wird erstmals vergeben. Insgesamt werden fünf Pioniere des bürgerschaftlichen Engagements in ganz Europa ausgezeichnet. [mi]

- ▶ Europarc Deutschland, Berlin, Tel. +49/ (0)30 / 288788215, www.europarc-deutschland.de
- ▶ www.freiwillige-in-parks.de

Netzwerk21Kongress

Ideen und Preise für lokale Nachhaltigkeit

■ Im September fand in Berlin der erste bundesweite Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen statt. Dabei wurde der Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis „Zeitzeichen“ verliehen, der Personen und Initiativen ehrt, die sich für lokale nachhaltige Entwicklung einsetzen. Unter den acht Preisträgern sind die Lokale Agenda 21 Trier, die Volksbank Ruhr Mitte und der Kreis Steinfurth. In Workshops wurden neben umweltpolitischen Themen wie Klimaschutz oder dem Erhalt biologischer Vielfalt auch Fragen der Organisationsentwicklung und des Bürgerengagements behandelt. 2008 wird der zweite Netzwerk21Kongress in Leipzig stattfinden. [mi]

- ▶ www.netzwerk21kongress.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Naturschutzgroßprojekte

Zukunftspreis idee.natur

■ Im Vorfeld des Treffens zur UN-Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) im Mai 2008 in Bonn ist der Wettbewerb „idee.natur – Naturschutzgroßprojekte und ländliche Entwicklung“ gestartet worden. Der von den Bundesministerien für Umwelt und Landwirtschaft ausgetragte Wettbewerb richtet sich an Naturschutzverbände, Stiftungen, Landkreise und weitere Akteure. Je 10.000 Euro erhalten die zehn besten Konzepte für Naturschutzgroßprojekte in den Bereichen Wälder, Moore und urban-industrielle Landschaften, die zugleich Möglichkeiten für die regionale Wirtschaftsentwicklung bieten. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2008. [io]

- ▶ www.idee-natur.de

REZENSIONEN

Leere Meere?

Fisch als Nahrungsmittel: Der Spagat zwischen Profit und Welternährung geht an die marine Substanz. Damit das faszinierende Ökosystem Meer nicht als Fischstäbchen auf unserem Teller landet, muss dringend etwas zu seinem Schutz getan werden.



■ Wo bis vor Kurzem noch deftige deutsche Küche serviert wurde, werden heute längst Thun- und Schwertfisch kunstvoll filetiert und nach Art der Japaner roh verzehrt.

Fisch gilt als gesundes Lebensmittel und wer ihn nach fernöstlicher Manier genießt, gilt noch dazu als „in“ – ein Doppelnutzen also, wer kann dazu schon nein sagen? Wie die Statistiken zeigen, sind es immer weniger: Insbesondere in den westlichen Industrienationen nimmt der Fischkonsum rapide zu. Unser Hunger auf Rotbarsch, Schellfisch und Kabeljau scheint unendlich zu sein – die Bestände sind es nicht. Es ist kaum zu glauben: Das Meer, diese schier unendliche Wassermasse, ist in manchen Bereichen besorgniserregend überfischt. Wo sich einst die reichsten Fischschwärme tummelten, herrscht jetzt oftmals gespenstische Öde. Drei Viertel aller Bestände kommerziell genutzter Fischarten und Meeresfrüchte sind stark oder schon bis zu ihrer Vernichtung ausgebeutet.

„Meer ohne Fische?“ heißt denn auch folgerichtig eine neue Publikation, die sich mit dem Drama in den Weltmeeren auseinandersetzt. Noch lässt sich die bange Titelfrage mit einem klaren „Nein“ beantworten, doch der Sammelband lässt für die Zukunft Schlimmstes befürchten. Der Herausgeber Peter Cornelius Mayer-Tasch, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Umweltstiftung und Rektor der Münchener Hochschule für Politik, hat eine stattliche Anzahl von Autoren aus dem Bereich der Rechts- und Politikwissenschaften um sich geschart. Sie beleuchten das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln. Ein Beitrag lässt die

Geschichte der Fischerei Revue passieren – vom „hilfsmittelfreien“ Fischfang der Vorzeit bis hin zum industriell betriebenen heutiger Zeit, der es ermöglicht alljährlich 90 bis 100 Millionen Tonnen Fisch aus Poseidons Reich heraufzubefördern. Das Kapitel Wirtschaft und Ernährung nennt weitere Kennzahlen zum Wirtschaftsfaktor Fisch und stellt darüber hinaus die Frage, ob die Gesundheitsversprechen mit der toxikologischen Realität in Einklang zu bringen sind.

Wie KüstenbewohnerInnen, die vom Fisch leben, sich immer seltener gegen die hochtechnisierte Fischereiwirtschaft durchsetzen können, wird ebenfalls beschrieben. Neben dem legalen Fischfang ist aber auch der illegale Raubzug in den Meeren ein großes Problem. Bernd Mayerhofer versucht schließlich mit einem moralischen Schlusswort zu retten, was noch zu retten ist. Schonungslos schildert er, unter welchen Umständen der schmackhafte Fisch auf unseren Tellern landet. Er deckt auf, was die Branche unter Scheuchketten, Beifang oder Rückwurf versteht, wobei sich die Fachbegriffe als beschönigende Umschreibungen für das erbarmungslose Treiben unter Wasser erweisen. Ob es hilft, die Misere aus dem „finsternen Schoß der Meere“ in das Bewusstsein der VerbraucherInnen zu befördern, darf bezweifelt werden, denn auch zwischen offensichtlichen Tiertransporten und dem Steak auf dem Teller stellt das menschliche Gehirn nur selten Zusammenhänge her. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt, und ohne Aufklärung ändert sich nichts – das informative Buch will hierzu einen Beitrag leisten, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

[Christoph Hirsch]

► Mayer-Tasch, P.C. (Hrsg.): Meer ohne Fische? Profit und Welternährung. Campus, Frankfurt/M. 2007, 232 S., 19,90 €, ISBN 978-3-593-38350-7.

IPCC für alle

1.000 Seiten wissenschaftliche Grundlagen des UN-Weltklima-reports für den Klimaschutz – zusammengefasst und für Laien in einem Taschenbuch aufbereitet.



■ Es war ein Paukenschlag, als im Februar dieses Jahres der erste Teil des 4. Sachstandsberichts des zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen in Paris veröffent-

licht wurde. Ein wissenschaftliches Schriftstück des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) beherrschte ein paar Tage lang die Schlagzeilen dieser Welt. Die zentrale Aussage: Der Klimawandel findet längst statt und er ist vom Menschen verursacht. Auf rund 1.000 Seiten wurden die wissenschaftlichen Grundlagen dargelegt. EntscheidungsträgerInnen erhielten eine abgespeckte Kurzfassung – wer quält sich schon gerne durch eine ellenlange Fachpublikation?

Das hat sich wohl auch der Lektor gedacht und den epochemachenden Pariser Bericht – inklusive der in Brüssel und Bangkok veröffentlichten weiteren Teile – leserfreundlich aufbereitet. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat ein Vorwort beige-steuert, mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Müller konnte ein klimapolitisches Schwergewicht als Herausgeber gewonnen werden. Kleinere Beiträge stammen unter anderem von Klimaforscher Mojib Latif, Umweltbundesamtspräsident Andreas Troge und Bildungsministerin Annette Schavan. Dazwischen eingebettet finden sich die drei Berichte selbst. Sie wurden auf ein vernünftiges Maß gekürzt und für den Laien mit erläuternden Passagen versehen. Derart aufbereitet ergeben sie einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Dinge: Sie stellen die unterschiedlichen Szenarien einander gegenüber, beschreiben mögliche Auswirkungen des

Klimawandels auf Ökosysteme, Wasserversorgung oder die Gesundheit, zeigen aber auch Handlungsoptionen auf. Hier klärt das Buch auf über Emissionshandel, effiziente sowie erneuerbare Energien und stellt mit der Klimaagenda 2020 die deutschen Schutzziele vor. Insgesamt ist es eine Zusammenfassung dessen, was man über den drohenden Klimawandel wissen sollte. Die Anlehnung an den IPCC-Report mag dem Buch helfen, unter der Vielzahl der Klimaschutzpublikationen aufzufallen. Die Integration zusätzlicher Expertenbeiträge bringt frischen Wind in die nicht immer packend geschriebenen Passagen des Originalberichts. **[Christoph Hirsch]**

- Müller, M.; Fuentes, U.; Kohl, H. (Hrsg.): Der UN-Weltklimareport. Bericht über eine aufhaltsame Katastrophe. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007, 429 S., 12,95 €, ISBN 978-3-462-03960-3

Pestizide in der EU

Die Verwendung von Pestiziden ist risikoreich sowohl für die Umwelt als auch für die menschliche Gesundheit. Deshalb debattiert die EU zurzeit über ihre Pestizidpolitik. Auf 28 Seiten hat die Europäische Kommission Informationen zur 2006 veröffentlichten thematischen Strategie für die nachhaltige Nutzung von Pestiziden zusammengefasst. Neben der Beschreibung, wie die Strategie entstanden ist, werden auch ihre Bausteine erklärt und künftige Schritte erläutert. Zwischen den Zeilen lassen sich mögliche Ansatzpunkte für die Umweltlobby herauslesen. So fehlen zum Beispiel quantitative Reduktionsziele. Die zur Strategie zugehörigen Gesetzesvorschläge („Pestizidpaket“) werden zur Zeit von EU-Parlament und Ministerrat erörtert. Wer sich einmischen will, kann sich mit der Broschüre nötiges Hintergrundwissen aneignen. **[jg]**

- EU-Kommission (Hrsg.): EU-Politik für eine nachhaltige Nutzung von Pestiziden. Hintergrund der Strategie. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 2007, 28 S. Kostenloser Download: www.kurzlink.de/pestizide (PDF, 1,4 MB)

Leitfaden für Natura 2000



Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) zeigt in seinem Leitfaden „Natura 2000 – Lebensraum für Mensch und Natur“, wie der europäische Biotopverbund Natura 2000 erfolgreich in die Praxis umgesetzt werden kann. Es gelte umzudenken und neue Wege zu beschreiten, um Natura 2000 wirksam umzusetzen, so das Fazit der Publikation des Dachverbandes der Landschaftspfleger. Verschiedene Faktoren wie Flexibilität in der Umsetzung, eine kompetente Beratung vor Ort, qualifizierte Förderprogramme sowie die Beteiligung der regionalen Akteure, insbesondere der Landnutzer, seien dabei entscheidend. Die Strategien und Empfehlungen, die der Leitfaden für Praxis, Beratung und Verwaltung vorstellt, sind das Ergebnis eines dreijährigen Projekts des Landschaftspflegeverbands. **[bv]**

- Deutscher Verband für Landschaftspflege (Hrsg.): Natura 2000 – Lebensraum für Mensch und Natur. Leitfaden zur Umsetzung. Ansbach 2007, 80 S., 5,- €. Bezug: Verband für Landschaftspflege, Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach, Tel. +49 (0)981/ 46533540, E-Mail: unseld@lpv.de, www.landschaftspflegeverband.de

Europas Umweltzustand

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat ihren vierten Bericht über den Zustand der paneuropäischen Umwelt veröffentlicht. Er enthält politikrelevante Umweltinformationen aus dem europäischen und zentralasiatischen Raum. Der 450-seitige englischsprachige Bericht erfasst Daten aus 53 Ländern. **[ms]**

- Europe's environment – The fourth assessment. Download in einzelnen Kapiteln: http://reports.eea.europa.eu/state_of_environment_report_2007_1/en

Wie sicher sind Lebensmittel?



Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) warnt vor dem übermäßigen Verzehr von Hai und Schwertfisch. Dies geht aus dem Lebensmittel-Monitoring 2006 hervor, einer Auswertung von 4.356 Lebensmittelkontrollen der Landesbehörden. Die „großen alten Raubfische, die am Ende der Nahrungskette stehen“, seien mittelgradig bis hoch mit Schwermetallen belastet. In jeder dritten Haifischprobe und bei jedem vierten Schwertfisch liege der Quecksilbergehalt über dem zulässigen Höchstwert von einem Milligramm pro Kilogramm. Auch in der Mehrzahl der Dorschleberproben und in Thunfisch seien Schwermetalle nachgewiesen worden. Nur in wenigen Fällen habe die Belastung aber über den Grenzwerten gelegen.

Insgesamt zeigt das Lebensmittel-Monitoring 2006 ein gemischtes Bild: Paprika, Tafeltrauben und Salat überschritten häufig die zulässigen Höchstmengen für Rückstände von Pflanzenschutzmitteln. Säuglings- und Kleinkindernahrung, Eier, Käse sowie Innereien waren dagegen nur geringfügig mit unerwünschten Stoffen belastet. Bioprodukte enthielten keine Rückstände von Pflanzenschutzmitteln.

Zwar stellte das Monitoring tendenziell weniger Pestizidrückstände fest als bei der Erhebung im Jahr zuvor. Dennoch rechnet der Präsident des Bundesamtes, Christian Grugel, damit, dass Lebensmittel in Zukunft wegen der Globalisierung der Lebensmittelproduktion unsicherer werden könnten. Der Bundesverband der Lebensmittelchemiker warnte deshalb bereits vor einem Stellenabbau bei den KontrolleurInnen. **[fn]**

- Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Hrsg.): Bericht zur Lebensmittelsicherheit. Lebensmittel-Monitoring 2006, Berlin 2007, 101 Seiten. Kostenloser Download: www.bvl.bund.de/lebensmittelmonitoring

INTERNET

Genetische Ressourcen und biologische Vielfalt

■ Seit Mitte September ist eine aktualisierte und überarbeitete Internetseite des

Bundesamtes für Naturschutz (BfN) zum Thema Access and Benefit Sharing (ABS) freigeschaltet. Die Webseite wurde im Rahmen des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) erstellt und ist zweisprachig. Der deutsche Titel lautet: „Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteilsausgleich“. [mbu]

► www.abs.biodiv-chm.de, www.abs.bfn.de

Wald der Zukunft online

■ Wer wissen will, ob es auch in hundert Jahren noch möglich ist, im Wald spazieren zu gehen, und wie dieser Wald dann vielleicht aussieht, kann dies auf einer neuen Internetseite nachlesen: Das Forschungsprojekt „Zukünfte und Visionen Wald 2100“ veröffentlicht dort Ergebnisse und Ziele seiner Arbeit. Seit März suchen ExpertInnen des Forschungsteams Antworten auf Fragen rund um den Wald, der sich ständig den wandelnden klimatischen Bedingungen anpassen muss. Die Wissen-

schaftlerInnen wollen die Öffentlichkeit in diese Diskussion einbinden. Sie bieten auf ihrer Webseite Informationen über sich, ihre Ziele und Vorgehensweise an. Sobald neue Erkenntnisse vorliegen, sollen diese veröffentlicht werden. [mbu]

► www.waldzukunft.de

New Ethics – Plattform für Konsumethik

■ Die neue Internetplattform „New Ethics“ bietet Informationen für VerbraucherInnen und Unternehmen rund ums Thema Konsumethik. Zu den Rubriken Essen und Trinken, Mode, Kosmetik, Reisen und Wohnen und Leben finden die NutzerInnen Berichte sowohl zu aktuellen Entwicklungen als auch zu Unternehmen, die nach strengen ethischen, sozialen und ökologischen Regeln wirtschaften. Das Portal gibt es in einer deutschen und englischen Version. [io]

► www.newethics.com/de

Die institutionelle Reform der EU

■ Eine neue Webseite des Internetportals „Europa“ ermöglicht Interessierten einen umfangreichen Einblick in die wichtigsten Etappen der institutionellen Reform der EU. Angefangen bei dem 2003 in Kraft

getretenen Vertrag von Nizza bis hin zur 2007 beschlossenen Regierungskonferenz, die als Ziel die Ausarbeitung des Reformvertrages hatte, kann man sich über den chronologischen Ablauf der Reform und neueste Entwicklungen informieren. [io]

► www.europa.eu/institutional_reform/index_de.htm

Toxipedia

■ Toxipedia ist ein englisch sprachiges Lexikon zu Giften und ihren Wirkungen auf den Organismus. Ziel ist, eine wissenschaftlich fundierte Quelle für Informationen zur Toxikologie zu schaffen und zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und der Umweltsituation beizutragen. Neben Informationen zur Geschichte der Toxikologie, zu den Risiken und Gefahren von chemischen Mitteln und anderen Themenaspekten, bietet Toxipedia eine Diskussionsplattform. Toxipedia funktioniert ähnlich wie die Webseite Wikipedia, das heißt: JedeR kann sich beteiligen. Die Artikel werden gegengelesen (Review System) und bekommen dann ein Kürzel, das anzeigt, ob die Artikel von den Toxipedia-MacherInnen geprüft und akzeptiert worden sind. [io]

► www.toxipedia.org

newsletter

Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... „druckfrisch“ über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/aktuelles/newsletter.html

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Altner, G. (Hrsg.): **Jahrbuch Ökologie 2008**. C.H. Beck, München 2007, 319 S., 14,95 €, ISBN 978-3-406-54817-8.
- ▶ Belz, F.; Karg, G.; Witt, D. (Hrsg.): **Nachhaltiger Konsum und Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert**. Metropolis, Marburg 2007, 320 S., 34,80 €, ISBN 978-3-89518-601-1
- ▶ Biermann, B.: **Nachhaltige Ernährung. Netzwerk-Politik auf dem Weg zu nachhaltiger Gemeinschaftsverpflegung**. oekom, München 2007, 340 S., 39,90 €, ISBN 978-3-86581-072-4
- ▶ Borowski, B.: **Schwein gehabt: Ein Leben vor dem Tod. Die Bedeutung der Dimension Zeit für eine nachhaltige Viehwirtschaft**. oekom, München 2007, 120 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-077-9
- ▶ Centi, G.; VanSanten, R.A. (Hrsg.): **Catalysis for Renewables. From Feedstock to Energy Production**. Wiley-VCH, Weinheim 2007, 448 S., 139,- €, ISBN 978-3-527-31788-2
- ▶ Eich, S.; Pyhel, T.; Schulte, M.: **Umweltkommunikation auf Großveranstaltungen. Von der IGA bis zum Weltjugendtag**. oekom, München 2007, 128 S., 24,80 €, ISBN 978-3-936581-74-4
- ▶ Hirte, K. et al (Hrsg.): **Ökolandbau – mehr als eine Verfahrenslehre?** Metropolis, Marburg 2007, 289 S., 22,80 €, ISBN 978-3-89518-612-7
- ▶ Rudolph, S. (Hrsg.): **Wachstum, Wachstum über alles? Ein ökonomisches Leitbild auf dem Prüfstand von Umwelt und Gerechtigkeit**. Metropolis, Marburg 2007, 225 S., 19,80 €, ISBN 978-3-89518-621-9
- ▶ Hoffmann, E. et al. (Hrsg.): **Gesellschaftliches Lernen und Nachhaltigkeit**. Metropolis, Marburg 2007, 331 S., 29,80 €, ISBN 978-3-89518-602-8
- ▶ Le Monde Diplomatique (Hrsg.): **Die Globalisierungsmacher. Konzerne, Netzwerker, Abgehängte**. taz, Berlin 2007, 112 S., 8,50 €, ISBN 978-3-937683-14-0
- ▶ Nentwig, W.; Bacher, S.; Brandl, R.: **Ökologie kompakt**. Spektrum, Heidelberg 2007, 344 S., 24,95 €, ISBN 978-3-8274-1876-0
- ▶ Neßhöver, C.; Berghöfer, A.; Beck, S.: **Weltranglisten als Beratungsinstrumente für Umweltpolitik. Eine Einschätzung des Environmental Performance Index**. Metropolis, Marburg 2007, 114 S., 16,80 €, ISBN 978-3-89518-614-1
- ▶ Partzsch, L.: **Global Governance in Partnerschaft. Die EU-Initiative Water for Life**. Nomos, Baden-Baden 2007, 242 S., 49,- €, ISBN 978-3-8329-3033-2
- ▶ Schmidthals, M.; Scharp, M.; Behringer, R.: **powerado: Schulprojekte Erneuerbare Energien – Gute Beispiele für Erneuerbare Energien in Schulen und Projekten**. Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin 2007, Download (3,4 MB): www.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/IZT_WB86_powerado.pdf
- ▶ Schmitz-Feuerhake, I.; Pflugbeil, S.: **Das Elbmarsch-Leukämiecluster. Kontaminationen bei Geesthacht durch Kernbrennstoffe und Abschätzung der Strahlendosis für die Bevölkerung**. Köln/Berlin 2007, 44 S., www.kurzlink.de/elbmarsch
- ▶ Schuchardt, B. et al.: **Land unter? Klimawandel, Küstenschutz und Risikomanagement in Nordwestdeutschland: die Perspektive 2050**. oekom, München 2007, 243 S., 39,80 €, ISBN 978-3-86581-036-6
- ▶ Schwarz, N.: **Umweltinnovationen und Lebensstile. Eine raumbezogene, empirisch fundierte Multi-Agenten-Simulation**. Metropolis, Marburg 2007, 484 S., 54,80 €, ISBN 978-3-89518-609-7
- ▶ Staiß, F.: **Jahrbuch Erneuerbare Energien 2007**. Bieberstein, Radebeul 2007, 476 S., 24,95 €, ISBN 978-3-927656-19-2
- ▶ Umweltbundesamt (Hrsg.): **Positionen von Mitgliedern des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages zum Umweltgesetzbuch**. Reihe Forum Umweltgesetzbuch, Heft 2, Berlin 2007, 63 S., Download (1 MB): www.umweltdaten.de/publikationen/pdf-l/3313.pdf

Impressum

umwelt aktuell November 2007
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Am Michaelshof 8–10, D-53177 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger (Europa und Internationales, verantwortw.), Adressen siehe Redaktion
Redaktion: Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Markus Steigenberger [ms], Bjela Vossen [bv], Marion Busch [mbu]

Kontakt: umwelt aktuell, Prenzlauer Allee 230, D-10405 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 443391-82, -81, Fax -80, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.dnr.de/publikationen

Redaktionelle Mitarbeit: Isabel Oettinger [io], Maria Ihlenfeld [mi], Florian Noto [fn]

Schlusskorrektur: Katja Neubauer

Grafik/DTP: Matthias Bauer, Juliane Grüning

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Druck: Kessler Verlagsdruckerei, D-86399 Bogen. Druck auf 100 % Altpapier

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss 12/2007: 10.11.2007

Abonnements/Bestellungen/Probeabos:

Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de

Bildnachweis: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (Titel)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der Frankfurter Rundschau bei.



TERMINE

NOVEMBER

05.–06.11.2007,

Stuttgart (D)

Neue Chancen für Umweltbildner

- ▶ stratum GmbH, München, Tel. +49

(0)89/ 5994677-2, E-Mail: info@stratum-consult.de, www.stratum-consult.de

05.11.2007, Berlin (D)

Corporate Social Responsibility – wenn Unternehmen Gutes tun. Podiumsdiskussion

- ▶ Humboldt-Forum Wirtschaft, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 4404567-8, Fax -9, E-Mail: info@hufw.de, www.hufw.de

06.11.2007, Berlin (D)

Resource Efficiency and Factor X: Japan and Germany at the Forefront. Konferenz

- ▶ UNEP und Wuppertal Institut, Raimund Bleischwitz, Tel. +49 (0)202 / 2492-276, Fax-250, E-Mail: raimund.bleischwitz@wupperinst.org, www.ressourcenproduktivitaet.de

06.–07.11.2007, Dessau (D)

Dritter Nationaler Workshop Klimawandel in Deutschland: Strategien der Anpassung

- ▶ Umweltbundesamt, Dessau, Fax +49 (0)340 / 2104-2835, E-Mail: kompass@uba.de, www.umweltbundesamt.de

6./20./27./29.11.2007, München/Frankfurt a.M./Berlin/Hamburg (D)

REACH-Erfahrungsaustausch in der betrieblichen Praxis. Tagung

- ▶ Katalyse-Institut, Andrea Bartelmeß, Köln, Tel. +49 (0)211/ 682226, E-Mail: bartelmess@katalyse.de, www.katalyse.de

08.–09.11.2007, Osnabrück (D)

Naturschutz erleben – Kooperationen für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung und Ehrenamt in der Naturschutzbildung. Tagung

- ▶ Zoologische Gesellschaft Frankfurt, Eva Gross, Tel. +49 (0)69 / 94344612, Fax 439348, E-Mail: gross@zgf.de, www.naturschutz-erleben.de

08.–09.11.2007, Potsdam (D)

II. überregionaler REFINA-Workshop: Flächenmanagement in Umbruchregionen

- ▶ Umweltministerium Brandenburg, Annekathrin

Jacobs, Potsdam, Tel. +49 (0)331 / 9772-984, Fax -717, E-Mail: flaechenmanagement@uni-potsdam.de, www.nachhaltigkeitsrat.de

08.11.2007, Wolpertshausen/Schwäbisch Hall (D)

Agro-Gentechnik - Risiko für die Biogasbranche?

- ▶ Fördergesellschaft nachhaltige Biogasnutzung, Silke Volk, Kirchberg, Tel. +49 (0)7954 / 921969, E-Mail: info@biogas-zentrum.de, www.fnbb.eu

08.–10.11.2007, Berlin (D)

31. Umweltrechtliche Fachtagung 2007 – Auf dem Weg zum Umweltgesetzbuch

- ▶ Gesellschaft für Umweltrecht e.V., Berlin, Tel. +49 (0)30 / 90148530, E-Mail: gesellschaft-fuer-umweltrecht@web.de, www.gesellschaft-fuer-umweltrecht.de

09.11.2007, Berlin (D)

Ökologische Marktwirtschaft. Tagung

- ▶ Heinrich-Böll-Stiftung, Ute Brümmer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28534244, E-Mail: bruemmer@boell.de, www.boell.de

09.–11.11.2007, Ramsau bei Berchtesgaden (D)

unterTage Alpin 2007. Internationale Tagung

- ▶ Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher, Bärbel Vogel, Ramsau, Tel. +49 (0)8657 / 983787, E-Mail: b.w.vogel@gmx.de, www.vdhk.de

10.–11.11.2007, Putbus/Insel Vilm (D)

Linking Nature Conservation and Poverty Reduction. Workshop

- ▶ Bundesamt für Naturschutz (BfN), Meike Kretschmar, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 84911767, E-Mail: meike.kretschmar@bfn.de, www.bfn.de

11.–15.11.2007, Rom (I)

20th World Energy Congress

- ▶ World Energy Council, London, Tel. +44 2 / 0773459-96, Fax -26, E-Mail: info@worldenergy.org, www.rome2007.it

13.11.2007, Berlin (D)

Potenziale für Verkehrsverlagerung. Workshop

- ▶ Wuppertal Institut, Ulrich Kohnen, Wuppertal, Tel. +49 (0)202 / 2492-214, Fax -263, E-Mail: ulrich.kohnen@wupperinst.org, www.wupperinst.org

14.–16.11.2007, Putbus/Insel Vilm (D)

Umsetzung der Naturschutzinstrumente nach BNatSchG bei der Rohstoffgewinnung in der AWZ

- ▶ Bundesamt für Naturschutz, Martina Finger, Vilm,

Tel. +49 (0)38301 / 86-112, Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de

16.11.2007, Bielefeld (D)

Eingriffsregelung – Gute fachliche Praxis – Verbandsklage im künftigen Umweltgesetzbuch

- ▶ Deutscher Naturschutzring (DNR) und Landesbüro der Naturschutzverbände NRW, Dr. Helmut Rösch-eisen, Dr. Ellen Krüsemann, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

16.–17.11.2007, Lüneburg (D)

Business Case for Sustainability. Konferenz

- ▶ Dachverband der Studierendeninitiativen, Uni-Campus Lüneburg, Tel. +49 (0)4131 / 6771520, E-Mail: dsi@uni-lueneburg.de, www.uni-lueneburg.de/dsi

22.11.2007, Bonn (D)

Umsetzung der Globalen Strategie zum Schutz der Pflanzen (GSPC)

- ▶ Deutscher Naturschutzring (DNR), Bettina Lange, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 92399353, E-Mail: bettina.lange@dnr.de, www.biodiv-network.de

24.11.2007, Berlin (D)

Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings

- ▶ Deutscher Naturschutzring (DNR), Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

27.–28.11.2007, Neuseddin bei Potsdam (D)

Aktionen in ländlichen Räumen. Tagung

- ▶ Agro-Öko-Consult Berlin, Tel. +49 (0)30 / 547823-52, E-Mail: aoec@aoec.de, www.aoec.de

27.11.2007, Berlin (D)

Die Macht der Zukunft – 7. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung

- ▶ Fax +49 (0)228 / 2498111, E-Mail: konferenz@nachhaltigkeitsrat.de, www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/termine

28.11.2007, Schneverdingen/Niedersachsen (D)

FFH-Verträglichkeitsprüfung, UVP und Eingriffsregelung. Fachtagung

- ▶ Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Bernhard Salomon, Schneverdingen, Tel. +49 (0)5199 / 9890, E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.niedersachsen.de

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung

Bildung und Klimaschutz

Was können Bildung und Information zum Klimaschutz beitragen? Das ist das Thema der zweiten Konferenz der Norddeutschen Länder zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung. Am 22. und 23. November werden ExpertInnen aus allen Bildungsbereichen in Hamburg erwartet. Es gilt zu zeigen, welche wichtige Rolle die Bildung für den Schutz des Klimas spielt.

□ Um eine zukunftsfähige Entwicklung auf den Weg zu bringen, haben die Vereinten Nationen 1992 die Agenda 21 verabschiedet. Zehn Jahre später mussten sie feststellen, dass das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung noch immer kaum bekannt war. Um dies zu ändern, beschloss die Völkergemeinschaft eine UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für die Jahre 2005 bis 2014. Dies hat dazu beigetragen, dass viele Themen einer nachhaltigen Entwicklung heute im Mainstream der Gesellschaft zu finden sind.

Klimaschutz ist eines der wichtigsten Nachhaltigkeitsthemen. Klimaschutz kann aber nur gelingen, wenn ein gesellschaftlicher Wandlungsprozess stattfindet. Er muss alle Menschen erreichen und vor Ort gelebt werden. Dies wird ohne Bildung nicht zu erzielen sein. Dennoch tun sich PolitikerInnen schwer, Bildung als wichtiges Instrument in der Klimaschutzstrategie der Bundesregierung zu verankern.

Neues Regierungsprogramm vernachlässigt die Bildung

Auf der Tagesordnung der diesjährigen Sommerklausur des Bundeskabinetts im August auf Schloss Meseberg bei Berlin standen unter anderem die Themen Klimaschutz, Bildung und Technologien der Zukunft. Das Kabinett beschloss mit seinen Eckpunkten für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm einen umfangreichen Maßnahmenkatalog. Dieser enthält jedoch ausschließlich technische und fiskalische Maßnahmen. Begriffe wie Bildung, Lernen, Kinder oder BürgerInnen fehlen. Zwar wird festgestellt, dass für etwa die Hälfte aller deutschen Schulgebäude oder Kindertagesstätten eine energetische Modernisierung dringend nötig sei. Auch

will die Bundesregierung im kommenden Jahr hierfür 200 Millionen Euro bereitstellen, wenn Länder und Gemeinden dieselbe Summe beisteuern. Damit könnte man allerdings nur 1,5 Prozent der Schulen und drei Prozent der Kindertagesstätten sanieren. Von begleitenden Bildungsmaßnahmen für Kinder, Hausmeister, Pädagoginnen oder Eltern ist keine Rede – eine vergebene Chance!

Länder sind Motoren für Klimaschutz im Bildungsbereich

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich viele Jahre lang zum Thema Nachhaltigkeit nicht geäußert. Erst im Juni dieses Jahres verabschiedete die KMK gemeinsam mit der Deutschen Unesco-Kommission einige „Empfehlungen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“. Aussagen zum Klimaschutz werden darin nicht gemacht. Verwiesen wird lediglich auf die Internetseite des Bundesumweltministeriums (BMU). Dort können eine Reihe ausgezeichnete Unterrichtsmaterialien heruntergeladen werden. Da Bildung aber Ländersache ist, darf das BMU sie nur als Informationsmaterial anbieten, ohne in das Bildungsgeschehen eingreifen zu können.

Die Bundesländer sind im Klimaschutz sehr aktiv und berücksichtigen dabei auch den Bildungsbereich. Die Umweltministerkonferenz formulierte im Mai das Ziel, „den Klimaschutz zukünftig in alle Politikfelder zu integrieren, beispielsweise im Vollzug klimaschutzrelevanter Gesetze und Verordnungen (...) sowie bei Bildungs-, Informations- und Beratungsangeboten.“ Allerdings sind fachliche und pädagogische Aspekte nicht immer gut miteinander verbunden.

Vorbildlich ist das neue Klimaschutzkonzept der Stadt Hamburg, das ein eigenes Kapitel „Bewusstsein und Qualifizierung“ enthält. Im Senatsbeschluss vom August heißt es: „Klimaschutz soll Volkssport werden“ und „gezielte Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit ist dafür unumgänglich.“ So will Hamburg neben technischen und strukturellen Maßnahmen auch die Klimaforschung ausbauen, einen zentralen Klimaschutztag in allen Schulen einführen und jährlich zehn neue Klimastationen einrichten. Das Hamburger Umweltzentrum Karlshöhe soll zu einem modernen Lernort für den Klimaschutz werden und die Zahl der Einsatzstellen im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) im Klimaschutzbereich wird aufgestockt.

Norddeutsche Partnerschaft NUN verknüpft Klimaschutz und Bildung

Seit drei Jahren arbeiten die norddeutschen Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam an der Umsetzung der UN-Dekade. Bremen nimmt als Beobachter teil. Gemäß ihrem Motto „Voneinander lernen – Miteinander arbeiten – Gemeinsam verändern“ findet alle zwei Jahre eine große Konferenz statt, dieses Jahr in Hamburg zum Thema „Klimaschutz und was Bildung und Informationen dazu beitragen können“. Hier werden Bildung und Fachebene miteinander verzahnt. Nach einem fachlichen Input stellen die Länder Beispiele vor, etwa die Initiative Arbeit und Klimaschutz Hamburg oder die Klimaschutzagentur der Region Hannover. In Arbeitsgruppen werden die Fachinhalte mit der pädagogischen Praxis verknüpft und auf Exkursionen und in Lernstationen vertieft. Eingeladen sind MultiplikatorInnen aus allen Bildungsbereichen. Das Programm kann aus dem Internet heruntergeladen werden.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ www.kmk.org/aktuell/kmk-duk-empfehlung.pdf
- ▷ www.bmu.de/publikationen/bildungsservice/aktuell/aktuell/6807.php
- ▷ www.nachhaltigkeitlernen.hamburg.de
- ▷ www.klima.hamburg.de/?id=121
- ▷ www.nun-dekade.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Bundestagung 2007: Biodiversität und Umweltbildung

□ Im Mai 2008 wird die 9. internationale Vertragsstaatenkonferenz zum UN-Rahmenübereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) in Bonn stattfinden. Zur Vorbereitung darauf lädt die ANU vom 29. November bis 1. Dezember 2007 bundesweit UmweltpädagogInnen in die Burg Ludwigstein bei Kassel ein, um vorhandene Bildungsansätze zur Biodiversität weiterzuentwickeln. Die Themen reichen von Natura 2000 und gentechnisch veränderten nachwachsenden Rohstoffen über das „Leersammeln“ von Heilpflanzen bis zu Biopiraterie. Methodisch sollen Ansätze wie Selbstorganisiertes Lernen, Planspiele und Simulationen erprobt werden. Veranstalter ist der ANU-Bundesverband zusammen mit der ANU Hessen, BioFrankfurt, Transfer 21 und weiteren Partnern. Die Tagung soll die 1992 in Rio de Janeiro von 188 Staaten beschlossene CBD – oft auch als Biodiversitätskonvention bezeichnet – bekannter machen.

▷ www.umweltbildung.de

ANU Brandenburg diskutierte Umweltbildung in Wissenschaft und Praxis

□ Wie viel Wissenschaft braucht Umweltbildung? Das fragte Professor Dr. Norbert Jung von der Fachhochschule Eberswalde in seinem Hauptvortrag auf der diesjährigen Mitgliederversammlung der ANU Brandenburg. Jung forderte mehr Ganzheitlichkeit in der Umweltbildung sowie mehr Naturerfahrung in der Pädagogik und stellte die Bedeutung der Psychologie als wichtiger Teildisziplin heraus. Mit einem Ausspruch des US-amerikanischen Umweltpädagogen Steve van Matre brachte er es auf den Punkt: „Umweltbildung, die den Menschen nur etwas über die Umwelt beibringt, ohne sie aufzufordern Veränderungen in ihrem Leben vorzunehmen, ist keine Umweltbildung, sondern Naturwissenschaft.“ Eine angeregte Diskussion zeigte den allseitigen Wunsch

nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen Umweltbildung und Umweltbildungswissenschaft. Die Vortragsfolien von Norbert Jung können im Internet abgerufen werden.

▷ www.anu-brandenburg.de

ANU Bayern stellt Wasserkampagne 2008 vor

□ Auf einem Workshop hat die ANU Bayern im Oktober in München die geplante landesweite Wasserkampagne 2008 vorgestellt. Unter dem Motto „WasSerleben“ können sich von April bis Oktober 2008 alle Träger der Dachmarke Umweltbildung.Bayern mit ihren Projekten und Veranstaltungen beteiligen. Während der „Highlightwoche“ vom 30. Mai bis 6. Juni 2008 werden ausgewählte Leuchtturm-Veranstaltungen aus Bayern vorgestellt. Alle Veranstaltungen werden im Internet sowie in einer Broschüre veröffentlicht. Am 5. Oktober 2008 findet eine vom Waldinformationszentrum Ziegelwies organisierte Abschlussveranstaltung statt.

▷ www.umweltbildung-in-bayern.de/marketing/marktkampagne.html

Nationalpark Berchtesgaden plant Haus der Berge als neues Besucherzentrum

□ Ein nachhaltiger Qualitäts-Tourismus ist eine der wichtigsten Wirtschaftssäulen des Alpenraumes, für viele Familien die Existenzgrundlage und für die Gemeinden eine Haupteinnahmequelle. Bayern will deshalb im Nationalpark Berchtesgaden ein neues Informations- und Bildungszentrum bauen. Das Haus der Berge soll als dreigliedriger Gebäudekomplex in Form einer Bergsilhouette mit freiem Blick zum Watzmann gestaltet werden. Highlight wird eine interaktive Ausstellung, in deren Mittelpunkt die mit 2.300 Metern längste Senkrechte der Ostalpen vom Grund des Königssees bis zum Watzmann Gipfel steht. Bayern hat im Juli den Kostenrahmen auf 19 Millionen Euro aufgestockt. Spatenstich soll im Herbst 2008 sein.

▷ www.nationalpark-berchtesgaden.bayern.de

Neues Loki-Schmidt-Haus in Hamburg zeigt botanische Exponate

□ Hamburg hat eine Attraktion mehr: Das neue Loki-Schmidt-Haus ist ein blauer Kubus mit einer Außenhaut aus Keramikfliesen und steht mitten im Botanischen Garten. Drei Ebenen mit insgesamt 450 Quadratmeter Ausstellungsfläche stehen für die Objekte der einzigartigen Sammlung des Botanischen Museums zur Verfügung. Das älteste Exponat ist das haushohe Wurzelgeflecht einer Würgefeige. Schwerpunktmäßig werden Nutzpflanzen gezeigt. Seit August steht das Erdgeschoss als Informationsetage zur Verfügung. Das Konzept zum Haus sowie Porträts von Nutzpflanzen finden sich im Internet.

▷ www.loki-schmidt-haus.de

Nachhaltigkeit erleben: Haus am Habsberg in der Oberpfalz eröffnet

□ Seit Juli hat das Haus am Habsberg im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz seine Pforten geöffnet. Das Umweltbildungs- und Regionalentwicklungszentrum hat für Menschen jeden Alters Angebote zur regionalen Kreislaufwirtschaft, zu Ernährung, Gesundheit sowie nachhaltiger Energieversorgung, zur Gartenkultur und Landschaftspflege, zum sanften Tourismus und zum Naturschutz. Im Außenbereich wurden Streuobstwiese, Lehrgarten und Wildobsthecken geschaffen. Die Bildungseinrichtung ist seit 2006 als bayerische Umweltstation anerkannt und als Träger der Dachmarke Umweltbildung.Bayern ausgezeichnet.

▷ www.hausamhabsberg.de

Burg Lenzen soll europäisches Zentrum für Umweltbildung werden

□ 13 Jahre dauerte die Sanierung der barocken Burg Lenzen an der Elbe, die der BUND-Landesverband Niedersachsen mit Unterstützung des Landes Brandenburg und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) zu einem auenökologischen Zentrum umgebaut hat. Die Burg beherbergt auch ein Besucherzentrum für das

Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe-Brandenburg sowie ein Tagungshotel mit Gastronomie. Die Elbe-Ausstellung „Mensch und Strom“ des BUND und das Heimatmuseum zeigen die faszinierende Natur- und Kulturgeschichte an der Elbe. Der BUND will Burg Lenzen zu einem europäischen Zentrum für Umweltbildung ausbauen.

▷ www.burg-lenzen.de

Umweltbildungszentrum Licherode kooperiert mit Solarfirma

□ Das Solarunternehmen Kirchner aus Alheim und das von der Unesco ausgezeichnete Umweltbildungszentrum Licherode wollen das Thema Sonnenenergie stärker in der Bildungsarbeit in Schulen und Kindergärten in ganz Hessen verankern. Eine gemeinsam erstellte Lehrerhandreichung „Wärme, Strom und gute Laune“ wurde an 2.000 Schulen in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen verteilt. Darin wird zum Beispiel das Projekt „Sonnenwoche“ vorgestellt, bei dem Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren einen Solarpass erwerben können. Die Kooperationspartner wollen nun eine DVD über die Licheröder Sonnenwoche herausbringen, die im Januar 2008 an alle hessischen Schulen verteilt werden soll.

▷ Umweltbildungszentrum Licherode, Klaus Adamaschek, E-Mail: adamaschek.licherode@t-online.de, www.oekologische-bildung.de

Erster Barfußpfad mit Bahnanschluss

□ Derzeit existieren etwa 30 Barfußpfade, vornehmlich in Süddeutschland. Im Sommer eröffneten die Stadt Gransee und der Fußgängerschutzverein FUSS e.V. den neuen rund 750 Meter langen Barfußpfad Dannenwalde nördlich von Berlin. Er ist der erste mit einem eigenen Bahnanschluss und bietet witzige und unterhaltsame Stationen zum Mit- und Weiterdenken über die gesundheitliche Bedeutung des Barfußgehens.

▷ www.barfusspfad-dannenwalde.de

SCHWERPUNKT: KLIMASCHUTZ

CO₂-Rechner im Vergleichstest

□ Im Internet gibt es eine Vielzahl CO₂-Rechner. Über einen Qualitätsvergleich berichtet das Internetmagazin Spiegel Online. Während die Rechner bei Verkehr, Heizung und Strom weitgehend identische Ergebnisse zeigten, variierten sie deutlich bei Bereichen wie Ernährung und Lebensstil, da hier mit Schätzungen gearbeitet werden müsse. Sehr differenziert seien die Rechner des Bayerischen Landesamts für Umwelt und vom Forum Umweltbildung in Wien.

▷ www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,470825,00.html

Relaunch von umweltbildung.at

□ Das österreichische Forum Umweltbildung hat seinen Internetauftritt überarbeitet. Neu sind eine Webzeitung, eine Bildungslandkarte von Österreich, eine Schnellnavigation mit Gesamtübersicht aller Unterrichtsmaterialien und viele interaktive Seiten. Dazu zählen ein CO₂-Rechner, Videos sowie Audiodateien und Podcasts. Neu ist auch ein kleiner englischsprachiger Bereich.

▷ www.umweltbildung.at

Centre for Alternative Technology

□ Jährlich besuchen mehr als 80.000 Gäste aus aller Welt eines der führenden Ökozentren Europas, das Centre for Alternative Technology in Irland. Das CAT ist eine Ausstellungs- und Schulungseinrichtung, die selbst forscht und Informationen für die Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Es bietet praktische Ideen und Infomaterial für nahezu alle Arten von Umwelttechnologien und umweltbewussten Lebensweisen. Auf dem vier Hektar großen Gelände gibt es ein Niedrigenergiehaus sowie praktische Beispiele für Solar-, Wind-, und Wasserkraftnutzung, für verschiedene Formen von organischem Landbau, für Kompostierung und Abwassersysteme.

Schulklassen erhalten geführte Rundgänge sowie auf Anfrage eine Unterkunft in den „Eco Cabins“. Das ganze Jahr über finden Wochenendkurse statt.

▷ www.cat.org.uk

Jeder zweite Jugendliche sieht Klimawandel als großes Problem an

□ 87 Prozent aller Jugendlichen wünschen sich mehr Informationen darüber, warum viele Tiere und Pflanzen vom Aussterben bedroht sind und wie man die Arten besser schützen kann. Dies ergab eine repräsentative Forsa-Umfrage unter SchülerInnen zwischen zwölf und 16 Jahren, die das Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben hatte. Gerade Jugendlichen aus Großstädten ist die Natur wichtig: Bei der Frage nach den größten Problemen im Umwelt- und Naturschutz nannten 53 Prozent das Verschwinden der Regenwälder und 52 Prozent den Klimawandel, gefolgt vom Aussterben der Tier- und Pflanzenarten und der Luftverschmutzung (48 und 47 Prozent).

▷ www.bmu.de/artenschutz/downloads/doc/39523.php

Infobrief gibt Tipps zum Klimaschutz

□ Die Umweltakademie Schleswig-Holstein gibt in ihrem aktuellen Infobrief Umwelt und Bildung Hinweise zum Klimaschutz. Neben einer Analyse zu den Klimabeschlüssen von Heiligendamm wird die Multivisionsshow „Klima und Energie“ des BUND vorgestellt. Eine Broschüre und CD der Allianz-Umweltstiftung richtet sich an Akteure der Umweltbildung sowie LehrerInnen. Eine Aktion von Jugendlichen wird vorgestellt, die eine Milliarde Bäume pflanzen wollen, um die CO₂-Konzentration zu senken. Hinzu kommen Tipps zum CO₂-Fußabdruck, zur Klimabilanz oder für den Stromcheck im Haushalt. Das insgesamt 60-seitige Heft kann kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden.

▷ www.umweltakademie-sh.de/downloads/Brief_Nr42.pdf (3 MB), ab S. 44

Aktion „1000 Schulen für die Orang-Utans“

□ Die Umwandlung der indonesischen Regenwälder in Agrarsprit-Monokulturen hat katastrophale Klimafolgen. Die rund zwölf Millionen Hektar Torfsumpfwälder in der Provinz Zentral-Kalimantan auf Borneo entziehen der Atmosphäre pro Jahr 24 Millionen Tonnen CO₂. Werden sie für Palmöl-Plantagen vernichtet, gelangen nach und nach rund 84 Milliarden Tonnen Treibhausgase in die Atmosphäre. Mit der Regenwaldvernichtung wird auch der Lebensraum der dort lebenden Orang-Utans zerstört. Für jedes Exemplar des Bildbandes „Die Denker des Dschungels – Der Orangutan-Report“, das von Rettet den Regenwald gekauft wird, verschenkt der Verein in seiner Aktion „1000 Schulen für die Orang Utans“ ein Buch an eine Schule in Deutschland.

- ▷ www.rettet-den-regenwald.de/spenden.php?id=21

Klimaschutz in der außerschulischen Umweltbildung

□ Wer nach Praxisbeispielen zum Klimaschutz in der außerschulischen Umweltbildung sucht, wird hier fündig: Auf der Internetseite des ANU-Bundesverbandes findet man unter der Rubrik „Nachhaltigkeit lernen“ eine Vielzahl an Beispielen aus Umweltzentren.

- ▷ www.umweltbildung.de/173.html

LITERATUR

Klimawandel – und danach?

□ Die Auswirkungen des Klimawandels auf das globale Ökosystem untersucht eine Publikation der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg. Wetterextreme wie Hochwasser oder Dürreperioden bewirken lokal und regional in Mitteleuropa wahrnehmbare Veränderungen der Ökosysteme. Auch haben sie Auswirkungen auf Flora und Fauna. So wird bei verschiedenen Vogelarten ein veränderter Rhythmus beim Zugverhalten

beobachtet. Auch die Ausbreitung von Infektionskrankheiten aus den Tropen und Subtropen bis nach Mitteleuropa ist näher gerückt.

- ▷ Hutter, C.-P.: Klimawandel – und danach? Folgen und Konsequenzen für Mensch und Natur. Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 2007, 143 S., 24,- €, ISBN 978-3-8047-2409-9

Arbeitsblatt „Klima – ein planetarer Notfall“

□ Das Arbeitsblatt „Klima – ein planetarer Notfall“ der Landesmediendienste Bayern listet 40 aktuelle und ausgesuchte Dokumentationen, Lern- und Spielfilme für die pädagogische Arbeit auf. Das vierseitige Blatt enthält auch Energiespartipps und weist auf Klimaschutzprojekte, CO₂- und Ökostrom-Rechner hin.

- ▷ www.kurzlink.de/klima-medien (PDF, 182 kB)
- ▷ www.umweltschulen.de

UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine selbst kostenlos einstellen.

05.–06.11.2007, Stuttgart (D)

Neue Chancen für Umweltbildner: Märkte, Unternehmensmodelle, Professionalisierung

- ▷ www.stratum-consult.de

07.–08.11.2007, Schwedt/Oder (D)

Selbstbestimmtes Lernen lernen: Wie können Umweltbildner die Lernneugier der Kinder wecken? Wie entdecken Kinder ihren Entdeckergeist?

- ▷ www.anu-brandenburg.de

07.–09.11.2007, Freising (D)

Von lebendigen Systemen lernen – Moderation für Führungskräfte

- ▷ www.tuwas.net

08.–11.11.2007, Lindberg/Bayern (D)

Heilkräfte im Märchen, freies Erzählen in Verbindung mit Naturerfahrung

- ▷ www.wildniscamp.de

10.11.2007, Benediktbeuern/Oberbayern (D)

Fachtag Schulgarten: Vernetzt denken – Nachhaltig handeln

- ▷ www.zuk-bb.de

16.–18.11.2007, Gersheim/Saarland (D)

Schullandheime bewegen – Von der Umwelterziehung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

- ▷ www.bne.schullandheim.de

16.–18.11.2007, Hamburg (D)

Nachhaltiger konsumieren! Kreativitätswerkstatt

- ▷ www.21-kom.de

17.–18.11.2007, Lindlar bei Köln (D)

Ein Bach – künstlerisch und multimedial. Klassenfahrten-Programm

- ▷ www.creta.de

22.–23.11.2007, Hamburg (D)

Norddeutsche Konferenz zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2. NUN-Konferenz)

- ▷ www.nun-dekade.de

23.–25.11.2007 Melle/Niedersachsen (D)

Wildnis-Basisseminar

- ▷ www.natur-wildnisschule.de

27.–29.11.2007, Stuttgart (D)

Woche der UN-Dekade in Baden-Württemberg mit Rundem Tisch der Akteure, Vernetzung der Dekade-Projekte, Sitzung des Nationalkomitees

- ▷ www.bne-portal.de

30.11.–02.12.2007, St. Georgen/Schwarzwald (D)

Natur und Märchen. Fortbildung für Erwachsene

- ▷ www.naturschule-freiburg.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,
Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de